H 8040 F
ISSN 1619-1404
25. Jahrgang
Nummer 151
November | Dezember 2014
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen



ausgelutscht?

50 Jahre NPD

Unser Titelbild entstand im Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern

editorial & inhalt

Liebe Leserinnen und liebe Leser!

vor fast genau drei Jahren, im Dezember 2011, listeten wir, die Redaktion von »der rechte rand«, im Editorial unseres Heftes auf, was nun, kurz nach der Selbstenttarnung des rechtsterroristischen »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) zu fordern sei: »Klare Grenzziehung zwischen Sicherheitsbehörden und Neonazis. Keine indirekte oder direkte finanzielle Förderung von Neonazis. Abzug aller V-Leute. Keine Vertuschung der Vorgänge um den NSU. Keine Sophisterei um die Opferzahlen rechter Gewalt. […] Entschädigung und Unterstützung aller Opfer.«
Heute, drei Jahre später, klingt dieser Forderungskatalog wie ein müder Hohn. Er ist eine fast vollständige Auflistung dessen, was nicht geschehen ist. Im Gegenteil: Einige unserer Befürchtungen (Vertuschung) wurden von der Realität deutschen Geheimdiensthandelns (Aktenschreddern) gar noch übertroffen. Immer noch tummeln sich V-Leute in der extremen Rechten, immer noch fließen Gelder in unbekannter Höhe in die Neonazi-Szene. Die offiziellen Zahlen der Opfer rechter Gewalt sind noch himmelweit von dem entfernt, was unabhängige Recherchen ergeben. Einige wenige VerfassungsschützerInnen nahmen ihren Hut, aber niemand wurde bisher strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Besonders beschämend ist die Tatsache, dass eine angemessene Unterstützung der Betroffenen des NSU-Terrors weitgehend ausgeblieben ist – sowohl in finanzieller Hinsicht als auch im Sinne eines glaubwürdigen politischen Willens, den NSU-Komplex lückenlos aufzuklären.
Wieso fehlte der politische Wille, einerseits vor 2011 gegen Rechtsterrorismus vorzugehen, andererseits danach angemessene Konsequenzen aus dem NSU zu ziehen? »Fehler im System« nannte es unser Autor Andreas Speit kürzlich in der taz. Die Theorie vom »Extremismus«, die zwischen links und rechts nicht unterscheidet, habe das Versagen der Sicherheitsbehörden verursacht. Eine Ideologie wie die Extremismustheorie ist eben nicht nur ein abstraktes Gedankenkonstrukt in den Köpfen von Wissenschaftlern wie Uwe Backes und Eckhard Jesse, sondern sie hat konkrete Auswirkungen auf das politische Geschehen. Hätte der »Systemfehler« nicht bestanden, hätte der Verfassungsschutz das neonazistische Gewaltmilieu nicht jahrelang gefüttert oder bestenfalls ignoriert, dann wäre das Morden des NSU womöglich viel früher gestoppt worden – und dann wäre die Liste der Mordopfer kürzer.
Drei Jahre lang haben wir, ebenso wie unsere KollegInnen anderer Medien, Recherchestellen und antifaschistischer Initiativen, zum Thema NSU recherchiert, analysiert und geschrieben – und werden dies auch in den nächsten Jahren tun. Zuletzt haben wir ein Sonderheft zu V-Leuten in der Neonaziszene herausgebracht. Denn uns ist und war auch schon 2011 klar, wie »wichtig fundierte, kontinuierliche und von staatlichen Geldern unabhängige Recherche ist«.

»Rohe Bürgerlichkeit«

Demonstrationen gegen Flüchtlinge, Wahlerfolge der »Alternative für Deutschland«, Hooligans und rassistische Gewalt – »rohe Bürgerlichkeit« ersetzt »tolerante Bürgerlichkeit«.

von Andreas Speit



»Wir sind keine Nazis – Wir sind das Volk«. Selbstbewusst hielt der Mann das selbst gedruckte Plakat hoch. Am 6. November dieses Jahres wollte niemand auf der Demonstration in Hamburg gegen die Unterbringung von Flüchtlingen ein »Nazi« oder »Rechtsextremer« sein. »Wir sind Bürger aus Farmsen«, sagte der Anmelder der Demonstration Andreas Schacht vor rund 50 TeilnehmerInnen. Keine zwei Stunden später wurde der kleine Tross kurz vor der Abschlusskundgebung im Stadtteil Farmsen blockiert. Etwa 600 DemonstrantInnen traten den vermeintlich nicht rechten »Bürgern« entgegen. Nicht nur an der Elbe haben sich in den vergangenen Monaten die Auseinandersetzungen wegen der weiter nach Deutschland kommenden Menschen aus den Krisengebieten verstärkt. Erste Brandsätze sind gegen Unterkünfte gepflogen, Kampagnen gegen Flüchtlinge werden fortgesetzt. Auf den Straßen werden Menschen, die als »nicht deutsch« ausgemacht werden, verstärkt Opfer verbaler und militanter Anfeindungen. In Limburg schlugen drei Männer am 23. Oktober 2014 einen Mann aus Ruanda tot.

In Farmsen spiegelten die Kräfteverhältnisse auf der Straße nicht das Klima in der »Mitte« der Gesellschaft wieder. Dort sind die Ressentiments gegen Flüchtlinge, Muslime, Sinti und Roma stetig gestiegen, wie Studien belegen. Schon der Bucherfolg von Thilo Sarrazins »Deutschland schafft sich ab« markierte 2010 diese Bewegung, die der Wissenschaftler Wilhelm Heitmeyer als »rohe Bürgerlichkeit« bezeichnet. In der Studie zu »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« stellt er fest, dass die mittleren bis höheren Schichten der Gesellschaft die Solidarität mit den unteren Klassen aufkündigen und auf Ellbogenmentalität umschalten. Die bisherige tolerante Bürgerlichkeit werde durch eine »rohe Bürgerlichkeit« ersetzt. Sie »lässt sich in ihrer Selbstgewissheit nicht stören: Die Würde bestimmter Menschen und die Gleichwertigkeit von Gruppen sind antastbar«, so Heitmeyer.

Die Wahlerfolge der »Alternative für Deutschland« (AfD) mit ihren Forderungen »Ja zur Einwanderung«, aber nicht in die Sozialsysteme, bestätigen diese Gedanken. Auf dem Landesparteitag der AfD in Hamburg am 3. und 4. Oktober 2014 führte Hans-Olaf Henkel dieses Denken vor. Die MigrantInnen suchen sich das Land aus, beklagt der Europaabgeordnete der AfD, statt dass das Land sich die Menschen aussuche. »Lassen Sie es uns so formulieren, dass es nicht den Geruch von Ausländerfeindlichkeit bekommt«, forderte er. Dieser »Newspeak« funktioniert: In der Ablehnung von Flüchtlingen darf nur nicht von Blut oder Boden gesprochen werden – und schon ist der gemeine Rassist, kein gemeiner Rassist mehr. In der Mitte der Gesellschaft ist Wohlstandschauvinismus und Sozialrassismus nichts Anrüchiges.

Schweigend war in Hamburg-Farmsen der Tross losgezogen. Hatte doch der Anmelder Schacht gedroht, jeden anzuzeigen, der rassistische Sprüche rufen würde. Das machte sprachlos. Einen »Newspeak« für ihre Parolen hatten sie offenbar noch nicht gefunden. Die NPD hatte Schacht extra ausgeladen. Sie scheint politisch zu belastend. Die »Hooligans gegen Salafisten« aber nicht. An deren Aktion Ende Oktober 2014 in Köln war er beteiligt. Das Hamburger AfD-Gründungsmitglied Tatjana Festerling bedankte sich sogar bei den Hooligans und erklärte, dass deren Parolen »in keinster Weise rassistisch, rechtsextrem« waren oder zur Gewalt aufgefordert hätten. Die AfD möchte ihr Mitglied nun loswerden. Wegen der Warnung vor dem Salafismus? Wohl kaum. Wegen der Gewalt der Hooligans wohl eher.

In Farmsen sagte Schacht, er habe eigentlich nichts gegen Flüchtlinge. Aber die Politik könne doch nicht willkürlich entscheiden, dass noch weitere 400 Personen in die Unterkunft kommen sollen. Es klingt fast, als wenn sich die Männer und auffallend viele Frauen auf der Demonstration sorgten, dass die Unterbringung für die Flüchtlinge kein angemessenes Leben wäre. Doch dazu sagten die selbsternannten »Nicht-Nazis« und »Nicht-RassistInnen« nichts. Für die Not der »Anderen« und der »Fremden« fehlt Empathie.

2014 ist nicht 1992. Heute gehen Menschen auch auf die Flüchtlinge zu. Nachdem die Bundesregierung trotz der zu erwartenden steigenden Zahl von Flüchtlingen nicht frühzeitig handelte, versuchen nun Initiativen Unterstützung anzubieten. Auch die Medien hetzen heute weniger. Aber auch 2014 ist wieder zu erleben, was es schon 1992 gab. Nach den Toten durch rassistisch motivierte Täter und den Brandanschlägen änderten damals CDU/CSU, FDP und SPD die Asylgesetzgebung. 2014 änderten nun CDU/CSU und SPD, auch mit Zustimmung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne), erneut die Regelungen, so dass Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten gelten. AsylbewerberInnen von dort, vor allem Roma, können jetzt schneller abgeschoben werden. Durch den Druck der Wahlerfolge der AfD scheint man sich zum Handeln genötigt gefühlt zu haben

Zur »rohen Bürgerlichkeit« gehört auch der abwertende Ton gegen »Gutmenschen« und eine »Willkommenskultur«. Ihr Star ist Akif Pirinçci, der in seinem Buch »Deutschland von Sinnen: Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer« gegen ein »links-grün versifftes Dogma« wettert. Dass dieses Buch ein Bestseller ist, offenbart den Zeitgeist.



»Wir könnten 200.000 sein«

»Hooligans gegen Salafisten« – seit dem Hooligan-Aufmarsch am 26. Oktober 2014 in Köln diskutiert ganz Deutschland eifrig über Fußballgewalt und die Gefahren des Salafismus. Dabei war es schlicht einer der größten extrem rechten Aufmärsche der westdeutschen Geschichte.

von Nina Juliane Rink

Auf dem Breslauer Platz ist Festivalstimmung. Hunderte Hände sind in der Luft, sie filmen via Smartphones die Bühne, klatschen zur Musik oder zeigen den Hitlergruß. »Kategorie C« gibt die Hymne »Hooligans gegen Salafisten« zum Besten – eine extrem rechte Band, die in anderen Bundesländern Auftrittsverbot hat. Hier wird sie von Tausenden ZuhörerInnen abgefeiert.
Seit der Ankündigung der HoGeSa (»Hooligans gegen Salafisten«), in Köln ein »Treffen« abzuhalten, wurde von allen Seiten spekuliert, was das bedeuten könne. Zu einer vorangegangen Veranstaltung in Dortmund waren 300 TeilnehmerInnen gekommen, das Programm bestand vor allem darin, sich gegenseitig auf der Katharinentreppe in der Innenstadt zu fotografieren und vorher, nachher, zwischendurch rechte Parolen und rassistische Beleidigungen zu brüllen.

Was sind schon 8.000 Likes?
Der Zuspruch war zuerst auf Facebook enorm, als 8.000 Likes zusammen kamen – aber was bedeutet das schon? Ein Klick ist leicht gemacht. Unklarheit herrschte im Vorfeld auch in Bezug auf die TeilnehmerInnen der Veranstaltung. Da war von unpolitischen Fußballfans, von gewaltbereiten Hooligans, von »normalen« BürgerInnen mit Hang zur Islamfeindlichkeit, von muslimischen SalafismuskritikerInnen die Rede. Die kamen dann auch. Tatsächlich rund 5.000 aus ganz Deutschland und dem europäischen Ausland und feierten erst die größte Hooligan-Party unter den Augen der Polizei und starteten dann zu einem der größten rechten Aufmärsche der westdeutschen Geschichte, randalierten durch die Kölner Innenstadt, griffen PolizistInnen, PassantInnen und JournalistInnen an.

HoGe... Was?
Worum ging es noch mal? Ach ja, gegen Salafismus – und das schien vielen ein berechtigtes Anliegen zu sein; die Sympathiebekundungen für das Motto der »Hooligans« kamen im Vorfeld aus verschiedenen Richtungen – von Fußball-Fans, Hitler-Fans, aber eben auch Menschen, die sich halbwegs glaubwürdig über den IS-Terror empörten, einige auch mit Migrationshintergrund. Das Bild, das sich dann letztendlich vor der Kulisse des Kölner Hauptbahnhofs ergab, war weniger bunt – sollte da die »bürgerliche Mitte« anwesend gewesen sein, hatte sie sich gut zwischen den organisierten Neonazis, rechten KuttenträgerInnen, altgedienten IslamkritikerInnen und extrem rechten Fußballfans versteckt. Immerhin applaudierten ein paar Hundert, als es von der Bühne hieß: »nicht alle hier sind Nazis«.

Alle gegen Salafismus
Unter die Botschaft des Tages »Wir woll'n keine – Salafistenschweine…« konnten offenbar viele einen Haken setzen. Das Motto »In der Sache vereint« zeigt, wie viel Potential in der Mobilisierung gegen »den Salafismus« steckt – und darum ging es den VeranstalterInnen. Auf der Bühne schreit ein bärtiger Redner in die Menge: »[Das] soll eine Bürgerbewegung werden. Wir müssen in größeren Dimensionen denken […]. Wir könnten 200.000 sein.« Verfolgt man die aktuelle öffentliche Debatte, ist das in der Tat ein Thema, das viele Menschen aktiviert, die sich nicht als »rechts« bezeichnen würden, aber »den Islam« als störend und sich selbst als »fremd im eigenen Land« empfinden. Was seit langer Zeit in den sozialen Netzwerken zu beobachten ist, setzt sich hier auf der Straße fort: Menschen muslimischen Glaubens werden pauschal diffamiert







– von »Kinderschändern« und »Bombenlegern« ist in Köln auf Plakaten und T-Shirts die Rede. Würde es tatsächlich um eine berechtigte Empörung über die brutalen Taten der IS gehen, gäbe es andere Möglichkeiten, als Seite an Seite mit Neonazis zu demonstrieren. Die, die nach Köln gekommen sind, haben keine Abgrenzungsschwierigkeiten, als es kurz nach dem Start des Demonstrationszuges schallt: »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!«.

Bündnis zwischen Mob und Elite

Auch nach den Krawallen bleibt in der rechtspopulistischen Szene der scheinheilige Distanzierungs-Reflex gegen Neonazis aus, nach dem sich sonst die Uhr stellen lässt. »Pro NRW« titelt zwar mit »Trauriger Tag für die seriöse Islamkritik« – in der Sache richtig, in der Ausführung ein »Bärendienst« für die »friedliche und seriöse Islamkritik«. Während sich die bekannten RechtspopulistInnen von PRO noch fremdschämen – unter anderem für die eigenen Parteikameraden Dominik Roeseler und Jörg Uckermann, die am Aufmarsch teilnahmen – sind andere vormals um Seriosität bemühte altgediente IslamkritikerInnen der Plattform »Politically Incorrect« wesentlich offener: Nicht weniger als »Das Wunder von Köln« war der Aufmarsch in den Augen eines Autors. Die Kommentare darunter sind voll des Lobes bis hin zur begeisterten Bitte, diese Events mögen öfter stattfinden. Das Hamburger Mitglied der »Alternative für Deutschland«, Tatjana Festerling, zieht in einem Artikel der neurechten Homepage »journalistenwatch« »den Hut« vor den Hooligans und ermutigt: »Weiter so«. Die »Junge Freiheit« berichtet bemüht neutral – vielleicht will man es sich nicht mit den eigenen LeserInnen verscherzen, die sich in den Kommentarspalten darunter schon für die nächsten geplanten HoGeSa-Treffen verabreden.

Die Mär vom »Volkszorn«

Die Distanz scheint den VertreterInnen der »Neuen Rechten« diesmal besonders schwer zu fallen. Einige mögen die Gewaltexzesse verurteilen. Doch im Kern ist Sympathie da für »Deutsche, die sich was trauen«. Die Erzählung geht meist so: Die »Wut« war so groß, dass sich der »Volkszorn« letztendlich in einem Ausbruch der Gewalt entladen musste. Und wenn halt keine »Salafisten« zur Hand sind, müssen Staatsmacht in Form der diensthabenden PolizistInnen (die solche Zustände in Deutschland zulassen), JournalistInnen (die lügen) und AusländerInnen (weil die auch kriminell sind) herhalten. BeobachterInnen berichteten, dass ein chinesischer Imbiss angegriffen wurde, andere erzählten von rassistischen Beleidigungen bis hin zu körperlichen Angriffen. Vielen sonst in erster Linie verbalradikalen Neurechten und RechtspopulistInnen dürfte diese Interpretation in ihrer Prophezeiung vom »Pulverfass« in die Hände spielen.

Aufwind für die gesamte Szene

Ob sich die Zusammenkunft in dieser personellen Stärke wiederholen lässt, ist fraglich. Auf der Kundgebung wurde zum Anfang schon eine »europäische Bewegung« herbeigesehnt. In dieser Form, unter diesem Label wird das vermutlich nichts – aber nur einen Tag später schlossen sich in Dresden 500 Menschen der PEgIdA (»Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«) an, um zu demonstrieren. Diese Wiederholungsversuche werden sich in nächster Zeit in verschiedenen Zusammensetzungen mit variierenden Themen häufen. Sicher ist, dass alle in Köln beteiligten AkteurInnen ihren Vorteil daraus ziehen. Die »Das-wird-man-wohl-noch-sagen-dürfen«-Front kann sich bestätigt fühlen und vielleicht hoffen, dass es in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern, »Islamkritik« über die offiziellen Wege durch die Wahlerfolge extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien direkt in die Parlamente schafft. Besonders ermutigt haben dürfte die HoGeSa-Demo »freie KameradInnen«, die sonst durch Vorkontrollen, Drängelgitter, doppelreihige Polizeiketten oder zahlenmäßig überlegene antifaschistische Gegenproteste vom kollektiven Erfolgserlebnis abgehalten werden. Eine intensivere Zusammenarbeit mit der rechtsoffenen Fußball-Fanszene und die Erkenntnis, mit dem Thema »Salafismus« auf Stimmenfang gehen zu können, werden Strukturen vor Ort stärken.

Soziale Netzwerke im Blick

Festzuhalten ist, dass die Kommunikation über soziale Netzwerke wie Facebook die Mobilisierung enorm beschleunigt hat. Nur wenige Stunden, nachdem die erste Seite abgeschaltet worden war, hatte die Nachfolgerseite Tausende Likes. Außerdem scheint die Schwelle, vom Wort zur Tat zu schreiten, geringer als früher. Und nicht zuletzt lässt die Allianz derer, die an den Krawallen beteiligt waren, und jenen, die nur darüber schreiben, aufhorchen. Während sich die verantwortlichen PolitikerInnen, VerfassungsschützerInnen und PolizeibeamtInnen noch in Erklärungskapriolen verausgaben, können sich die Beteiligten und ihre SympathisantInnen gegenseitig auf die Schulter klopfen – sie haben ihre Marke gesetzt.

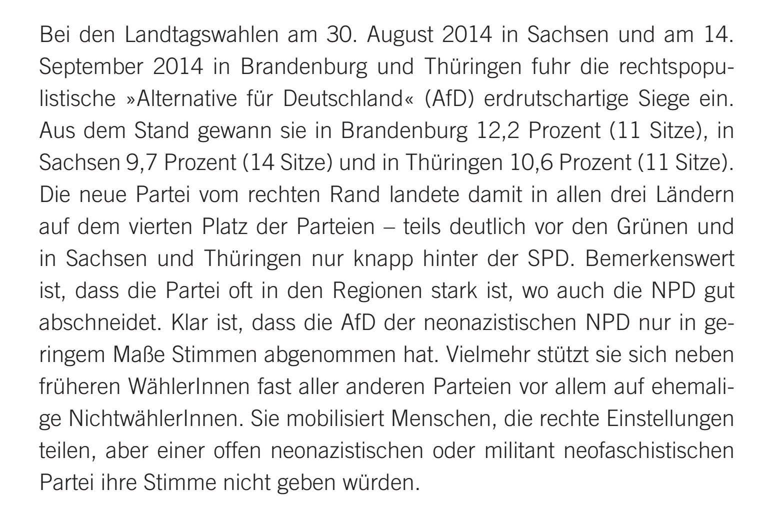
Wahlsieger

Aus dem Stand zog die »Alternative für Deutschland« bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen in die Landesparlamente ein – mit Ergebnissen um zehn Prozent.

von Sven Kames (Brandenburg) und Ernst Kovahl (Sachsen/Thüringen)



^ Lucke und Gauland am Wahlabend in Brandenburg



Bei den Landtagswahlen am 30. August 2014 in Sachsen und am 14. September 2014 in Brandenburg und Thüringen fuhr die rechtspopulistische »Alternative für Deutschland« (AfD) erdrutschartige Siege ein. Aus dem Stand gewann sie in Brandenburg 12,2 Prozent (11 Sitze), in Sachsen 9,7 Prozent (14 Sitze) und in Thüringen 10,6 Prozent (11 Sitze). Die neue Partei vom rechten Rand landete damit in allen drei Ländern auf dem vierten Platz der Parteien – teils deutlich vor den Grünen und in Sachsen und Thüringen nur knapp hinter der SPD. Bemerkenswert ist, dass die Partei oft in den Regionen stark ist, wo auch die NPD gut abschneidet. Klar ist, dass die AfD der neonazistischen NPD nur in geringem Maße Stimmen abgenommen hat. Vielmehr stützt sie sich neben früheren WählerInnen fast aller anderen Parteien vor allem auf ehemalige NichtwählerInnen. Sie mobilisiert Menschen, die rechte Einstellungen teilen, aber einer offen neonazistischen oder militant neofaschistischen Partei ihre Stimme nicht geben würden.

Brandenburg

In Brandenburg setzte die AfD auf die Themen Kriminalität und Migration: mehr Sicherheit durch weniger Zuwanderung. Die Kontrollen an der Grenze nach Polen sollen wieder eingeführt, die Polizei personell gestärkt und neue Flüchtlingsheime nicht eröffnet werden. Der Eindruck, man sei eine Partei der sozialen Kälte von und für westdeutsche wirtschaftsliberale Ökonomen, wurde vermieden. Bei einer Kundgebung in Frankfurt/Oder sagte AfD-Chef Bernd Lucke gar, er verstehe, wenn viele Menschen in Sachen innerer Sicherheit der DDR nachtrauern. Die Strategie ging auf: Die AfD bekam 120.000 Zweitstimmen (12,2 Prozent) und elf Sitze im Landtag. Damit wurden die Brandenburger Ergebnisse bei den Bundestagswahlen vom September 2013 (6 Prozent) und bei der Europawahl im Mai 2014 (8,5 Prozent) deutlich übertroffen.

Die AfD-Stimmen kamen aus allen politischen Lagern: 18.000 Stimmen von der CDU, 19.000 von der Linken, 17.000 von der FDP und 11.000 von der SPD. Ebenso konnte die AfD 12.000 frühere NichtwählerInnen mobilisieren. Am stärksten schnitt die Partei in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen ab (16 Prozent), am schlechtesten bei WählerInnen über 70 Jahren (7 Prozent). Die besten Ergebnisse erzielte sie in Wahlbezirken mit besonders wenigen Hartz-IV-BezieherInnen – also in ökonomisch besser gestellten Gegenden.

Der Erfolg glückte, obwohl die Partei mit nur rund 530 Mitgliedern kaum bekanntes Personal hat. Einzig der 73-jährige Landeschef und künftige Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland ist in Brandenburg öffentlich bekannt. Der ehemalige CDU-Anhänger und frühere Leiter der hessischen Staatskanzlei war Herausgeber der »Märkischen Allgemeinen Zeitung« – und früher Autor der rechten Zeitschrift »Criticón«.

Unter den neuen Landtagsabgeordneten haben mehr als die Hälfte eine Geschichte in der extremen Rechten: Der Potsdamer Rechtsanwalt Thomas Jung war Landesvorsitzender der islamfeindlichen Rechtsaußenpartei »Die Freiheit« und Rainer von Raemdonck war deren Brandenburger Landesvize. Der Hennigsdorfer Andreas Galau war ab 1987 bei der Partei »Die Republikaner« aktiv und Sven Schröder aus der Nähe von Beelitz gehörte »Pro Deutschland« an. Andreas Kalbitz aus Königs Wusterhausen tummelte sich im Milieu des völkischen »Witiko-Bundes«, in einer schlagenden Schülerverbindung und war Autor für das Vereinsblatt »Fritz« der »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen« sowie für die »Junge Freiheit« (JF). Steffen Königer aus Werder war von 2000 bis 2004 Redakteur der JF und bis mindestens 2011 auch Autor. Der erklärte »Rechtskonservative« und radikale Abtreibungsgegner war 1999 Kandidat für den rechtspopulistischen »Bund freier Bürger«. Außerdem für die AfD im Landtag: Franz Wiese (Neutrebbin), Birgit Bessin (Nuthe-Urstromtal) und Christina Schade (Hoppegarten).

Eigentlich wäre auch der Potsdamer Stefan Hein für die AfD im Landtag. Doch dazu kam es nicht. Kurz nach der Wahl berichtete »Der Spiegel«, dass Gauland mehrere Abgeordnete zu einem Mandatsverzicht bringen wolle, um Kritik wegen der Rechtsaußen-Positionen zu vermeiden. Die AfD dementierte. Die Information über die interne Debatte hatte Hein an die Presse weitergereicht. Daraufhin wurde er von Gauland zum Mandatsverzicht gedrängt. Nachrücker auf der Liste wäre der uckermärkische AfD-Kreisvorsitzende Jan-Ulrich Weiß. Gegen ihn wurde allerdings ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet, weil er eine antisemitische Karikatur auf seiner Facebook-Seite veröffentlichte. Nun behält Hein sein Mandat, allerdings als Abgeordneter ohne Fraktionszugehörigkeit.

Thüringen

Gut 99.500 WählerInnen (10,6 Prozent) haben bei der Landtagswahl am 14. September 2014 in Thüringen ihr Kreuz bei der AfD gemacht – elf Sitze gewann die Partei. Vor allem in Ostthüringen erzielte sie überdurchschnittliche Ergebnisse (Greiz I: 14,0 Prozent, Saale-Holzland-Kreis II: 14,2 Prozent), aber auch beispielsweise in dem südlich der Landeshauptstadt Erfurt gelegenen Ilmkreis II (15,2 Prozent). In den Hochburgen Saale-Holzland-Kreis und Ilmkreis kandidierten für die AfD Personen,



die vor Ort seit längerem öffentlich bekannt sind. Unterdurchschnittlich blieb die AfD dagegen in den nördlichen und westlichen Regionen des Freistaates, die an Hessen und Niedersachsen angrenzen, sowie in Jena und Weimar.
Die neue Landtagsfraktion wählte Björn Höcke zu ihrem Vorsitzenden, seine Stellvertreterin wurde die Juristin Wiebke Muhsal (Jena). Weitere Abgeordnete sind der Rechtsanwalt Stephan Brandner (Gera), der selbstständige Finanz- und Versicherungsmakler Olaf Kießling (Frankenhain/Ilmkreis), der Unternehmensjurist und Rechtsanwalt Stefan Möller (Erfurt), der Rechtsanwalt Oskar Helmerich (Erfurt), die Zahnärztin Corinna Herold (Erfurt), der Software-Ingenieur Jens Krumpe (Erfurt), der Frührentner Jörg Henke (Crossen/Saale-Holzland-Kreis), der Immobilienmakler Thomas Rudy (Gößnitz/Altenburger Land) und der Angestellte Siegfried Gentele (Harztor/Landkreis Nordhausen).
Nachdem die Thüringer AfD lange Zeit vor allem mit Personalquerelen auffiel, wurde der Streit um die Ausrichtung der Partei rechtzeitig vor der Wahl beendet. Die politisch liberal-konservative Vorsitzende Michaela Merz trat im Februar 2014 zurück. Deutlich kritisierte sie bereits damals den Rechtskurs des Verbandes. Nach den Wahlerfolgen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen sagte sie nun im September 2014, eine Korrektur des Rechtsschwenks der AfD sei nicht mehr möglich – sie verließ die Partei. Neuer Landesvorsitzender wurde der Lehrer Björn Höcke (Eichsfeld). Er dominiert mittlerweile den Kurs der Thüringer AfD und positioniert sie stramm rechts. Er entstammt offenbar dem Milieu der »Neuen Rechten«. Das legt ein Kommentar des rechten Aktivisten Götz Kubitschek (Zeitschrift »Sezession« und Verlag »Edition Antaios«) nahe, der im Oktober 2014 über Höcke schrieb, er gehöre zu den Leuten, die er »im Verlauf unserer langjährigen Verlagsarbeit, im Wandervogel, beim Militär oder auf einer der mittlerweile zahllosen Veranstaltungen des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) kennengelernt habe und von denen wir eines nicht erwartet hätten: parteipolitisches Engagement«. Kurz vor der Landtagswahl gab Höcke dem neurechten Online-Portal »Blaue Narzisse« ein Interview, Anfang Oktober druckte die neonazistische Zeitschrift »Zuerst!« ein Gespräch mit ihm ab. Höcke polemisierte gegen die Migrationspolitik, schürte Ängste vor dem Islam und bekannte sich zu Positionen der extrem rechten Bewegung der »Identitären«. Schon bei der Diskussion des Landtagswahlprogramms der Thüringer AfD im Dezember 2013 wurde der rechte Einfluss deutlich. Als Referenten hatte die Partei den neurechten Autor Günter Scholdt geladen.
Jüngst wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft gegen den AfD-Abgeordneten Rudy wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt. Er habe bei Facebook ein Foto mit »Gefällt mir« markiert, das ein Motorrad mit einem großen Hakenkreuz, einem Bild von Adolf Hitler und dem Aufdruck »Führer« zeigt.

Sachsen

Knapp 160.000 Stimmen (9,7 Prozent) hat die AfD bei den Sächsischen Landtagswahlen am 30. August 2014 gewonnen. 14 Abgeordnete der Partei sitzen nun im Dresdner Parlament. Damit liegt sie weit vor den Grünen und nur knapp hinter der SPD. Bei der Europawahl am 25. Juni 2014 hatte die AfD im Freistaat sogar 10,1 Prozent der Stimmen geholt. Schon bei der Bundestagswahl vor über einem Jahr im September 2013 wählten in Sachsen 6,8 Prozent die neue Rechtspartei. Überdurchschnittliche Ergebnisse verzeichnete sie vor allem in kleinstädtischen und ländlichen Regionen sowie in den Wahlkreisen an und nahe der Grenze zu Polen und der Tschechischen Republik. In Görlitz III gewann sie beispielsweise 14,6 Prozent, in Bautzen IV gar 14,8 Prozent. Deutlich unterdurchschnittlich blieb sie vor allem in den Großstädten Dresden, Leipzig oder Zwickau.
Zur Vorsitzenden der neuen Fraktion wurde die Chemikerin, insolvente Unternehmerin und Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Frauke Petry (Landkreis Leipzig) bestimmt. Sie gehört, ebenso wie der ganze Landesverband, zum rechten Flügel der Partei. Kurz vor der Wahl gab sie beispielsweise der neurechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« ein Interview und warb so in diesem Milieu für Zustimmung. Seit langem fällt die sächsische AfD durch personelle und ideologische Überschneidungen mit der extremen Rechten auf. So sorgte zum Beispiel gleich nach der Wahl Detlev Spangenberg (Radebeul) für Aufsehen. Als Alterspräsident sollte der Betriebswirt die erste Parlamentssitzung eröffnen. Doch seine frühere Mitgliedschaft im rechten »Bündnis für Freiheit und Demokratie« sorgten für einen Skandal. Aus Einzelfällen am rechten Rand ist eine Serie von Fällen geworden – so etwa die Einladung des Politikers der »Freiheitlichen Partei Österreichs« Andreas Mölzer durch Mitglieder der AfD in Leipzig, die Vergangenheit des Parteimitglieds Hans-Holger Malcomeß in der neonazistischen »Wiking-Jugend« oder die Mitgliedschaft des AfDlers Paul Morgenstern in der Neonaziband »Blitzkrieg« inklusive Ermittlungen gegen ihn wegen möglicher Verstrickungen in das internationale Neonazi-Netzwerk »Blood & Honour«. Neben der Euro-Kritik, Deutsch-Nationalismus und dem Kampf gegen angebliche »Political Correctness« steht bei der Sachsen-AfD immer wieder die rassistisch konnotierte Auseinandersetzung mit der Flüchtlingspolitik auf der Tagesordnung. So forderten die AfD-Mitglieder im Kreistag Mittelsachsen jüngst angesichts steigender Flüchtlingszahlen, »schnellere Verfahren und konsequentes Abschieben von nicht berechtigten Personen« statt des Ausbaus von Aufnahmekapazitäten in dem Landkreis.
Weitere Abgeordnete der sächsischen AfD-Fraktion sind der Immobilienmakler und Versicherungsfachmann Uwe Wurlitzer (Leipzig), der Dreher Karl Stefan (Pirna), der Ingenieur Jörg Urban (Dresden), der Natursteinhändler Mario Beger (Großenhain), Anwalt André Barth (Dippoldiswalde), der Kaufmann Carsten Hütter (Großrückerswalde), der Versicherungsfachmann Gunter Wild (Lengenfeld), der Polizeikommissar Sebastian Wippel (Görlitz), Anwältin Kirsten Muster (Moritzburg), der Berufssoldat André Wendt (Dresden), die Immobiliensachverständige Regine Andrea Kersten (Lichtenau) und die Unternehmerin Silke Grimm (Oberseifersdorf).

Neue Heimat AfD

Konservative ChristInnen sahen sich über Jahrzehnte politisch durch die CDU vertreten. Doch der behutsam-stetige gesellschaftspolitische Modernisierungskurs unter der Vorsitzenden Angela Merkel treibt das Milieu – allen voran die »Evangelikalen« – offenbar der AfD zu. Manche sprechen bereits von einer Machtübernahme christlicher FundamentalistInnen in der Partei oder von der AfD als deutsche »Tea-Party«. Unumstritten ist die christlich-fundamentalistische Strömung in der AfD nicht.

von Klaus Niebuhr und Jessica Braun

Vor der Europawahl stieg sie binnen Wochen zum Medienstar der AfD auf: Beatrix von Storch. Die bekennende evangelische Christin ist die Lautsprecherin der »Evangelikalen« in der AfD. In der Phase der Gründungseuphorie im Frühjahr 2013 nannte die neurechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) Storch die »heimliche Geburtshelferin und Mutter der Bewegung«. Inzwischen sitzt von Storch für die AfD im Europaparlament und ficht dort gegen Gender Mainstreaming. Nicht ohne Grund, denn es handelt sich um eines der zentralen Agitationsthemen der evangelikalen Rechten in Deutschland. So sind etwa die Positionen der »Deutschen Evangelischen Allianz« (DEV), dem Dachverband der protestantischen Evangelikalen, zum baden-württembergischen Bildungsplan nahezu deckungsgleich mit denen der AfD. Analog zur AfD artikuliert die DEV lautstark ihre Ablehnung gegenüber der völligen gesellschaftlichen Gleichstellung homosexueller Paare. Folgerichtig stieß die AfD in Baden-Württemberg mit ihrer Agitation gegen den Bildungsplan der Landesregierung auf breite Resonanz im pietistischen Konservatismus. Dieser agiert mit Unterschriftenkampagnen und Demonstrationen gegen die »Gender-Ideologie und Sexualisierung von Kindern«. So auch am 19. Oktober in Stuttgart, unter anderem mit Redebeiträgen von Anna Schupeck, AfD Baden-Württemberg, und Markus Frohnmaier von der »Jungen Alternative«.

Die Medien

Im christlich-konservativen Milieu ist die Debatte um die Frage, ob die AfD eine gute Adresse für evangelikale ChristInnen sei, voll entbrannt. Im Wochenmagazin »Spektrum« der christlichen konservativen Nachrichtenagentur »Evangelische Nachrichtenagentur idea e. V.« (idea) lassen sich Debattenbeiträge finden, in denen Unionspolitiker vor einer Abwanderung christlicher WählerInnen zur AfD warnen. So zum Beispiel der rechtskonservative sächsische Unionsmann Steffen Flath, der in einem Gastbeitrag im Mai 2013 die Gefahr einer Zersplitterung des christlichen WählerInnenmilieus sah. Kontra kommt von Frauke Petry, sächsische AfD-Fraktionschefin und mit einem evangelischen Pfarrer verheiratet. Petry sieht die AfD als natürliche politische Heimat für konservative ChristInnen. Als mehrfache Mutter und konservative Christin entspricht Petry selbst dem rechtskonservativen Ideal weiblicher Rollenkonzepte.
Über »idea« wendet sich auch Parteichef Bernd Lucke an diese Zielgruppe. Lucke, aus der calvinistischen Tradition der reformierten Kirche kommend, trifft mit seinen Auffassungen zu Wirtschaft und Moral offenbar deren Nerv und kann zugleich darauf verweisen, dass die calvinistische Tradition der reformierten Kirchen weitaus liberaler ist als etwa die des lutherischen Konservatismus. Die wichtigste mediale Multiplikatorin der Debatte um die ideologische Ausrichtung der AfD ist die rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Den Aufstieg der AfD begleitete die Wochenzeitung mit solcher Emphase, dass wohl bei LeserInnen der Eindruck aufkam, es handle sich um ein Parteiblatt der AfD; ein Eindruck, den JF-Chef Dieter Stein sogleich zu zerstreuen suchte. Seit dem publizistischen Ende der Wochenzeitung »Rheinischer Merkur« positioniert sich die JF mit Themen wie Familienpolitik, Abtreibung und Geburtenrückgang deutlicher als zuvor im christlich-konservativen Lager. Ob Helmut Matthies von »idea« oder Martin Lohmann vom »Bundesverband Lebensrecht«, in der JF kommen sie ebenso zu Wort wie die bekanntesten Köpfe der AfD: Lucke, Petry und Gauland.

Die Kirchen

Widersprüchlich erscheint die Position der Kirchen zur AfD. So lassen sich Statements aus dem kirchlichen Raum zu den Themen Lebensschutz, Ehe und Familie finden, die ganz auf der Linie der fundamentalistischen ChristInnen in der AfD liegen. Doch es gibt auch kritische Stimmen. Der »Evangelischen Kirche in Deutschland« (EKD) nahestehende SozialwissenschaftlerInnen ordnen die AfD-Programmatik eindeutig dem Rechtspopulismus zu. Als die ostdeutsche Bischöfin Junkermann in einem Interview mit dem Deutschlandfunk explizit von der Wahl der AfD abriet, erntete sie wütende Proteste aus dem christlich-konservativen Lager. Dort wird die Amtskirche ohnehin gern als Vorfeldstruktur angeblicher rot-grüner Hegemonieinteressen diffamiert. Auf eine im Sommer 2014 in der ARD ausgestrahlte Dokumentation, die kritisch über christlichen Fundamentalismus in Deutschland berichtete, wurde mit einer Empörungs- und Beschwerdewelle auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Kanälen reagiert. Das Diktum der Homophobie wird vehement bestritten.
Ein weiteres Herzensanliegen der konservativen ChristInnen in der AfD ist die Verfolgung von ChristInnen im Nahen Osten. Doch die berechtigte Sorge um deren Schicksal in Bürgerkriegsländern wie Syrien und Irak kommt nicht ohne antimuslimische Ressentiments aus. Während der Westen die ChristInnen im Nahen Osten der Verfolgung preisgebe, so der Tenor, übe dieser in Europa eine falsch verstandene Toleranz gegenüber MuslimInnen und ihren religiösen Interessen.
Neben Baden-Württemberg ist Sachsen das Kernland des christlichen Konservatismus. Die Soziologin Jennifer Stange spricht in ihrer Studie »Evangelikale in Sachsen« für die Heinrich-Böll-Stiftung über den Süden des Bundeslandes von einem »sächsischen Biblebelt«. In den ländlichen und kleinstädtischen Regionen der Vogtland- und Erzgebirgskreise sei die Kirche neben dem Sportverein die tonangebende Orientierungsinstanz, so Stange. In den pietistisch geprägten Kirchgemeinden der Region sind liberale ChristInnen unterrepräsentiert. Evangelisationsseminare für Jugendliche und junge Erwachsene propagieren neben biblizistischen



Glaubensinhalten rigide moralische Auffassungen zu Themen wie Ehe, Familie und Sexualität. Diese regionale gesellschaftliche Hegemonie der »Evangelikalen« schlägt sich auch in den Wahlergebnissen der AfD in den genannten sächsischen Kreisregionen nieder. So lagen die Ergebnisse der Partei bei der letzten Landtagswahl am 31. August 2014 in beiden Kreisen leicht über dem Landesdurchschnitt. In der Debatte um den Einfluss des christlichen Konservatismus auf die AfD wurde immer wieder die amerikanische »Tea-Party«-Bewegung als Referenz herangezogen. Doch so nahe liegend dieser schillernde Vergleich auch scheinen mag: er trifft eher das Wunschselbstbild des Milieus als die Realität. Die »Evangelikalen« sind im gesellschaftlichen und kirchlichen Spektrum eine lautstarke, medial sehr kampagnenfähige Minderheit mit regionalen Schwerpunkten in den südwestlichen Bundesländern. Für ihre rigiden Moralkonzepte von Ehe, Sexualität und Familie gewinnen sie, anders als ihre amerikanischen Vorbilder, keine gesellschaftlichen Mehrheiten. Der in den USA im politischen Diskurs allfällige Bezug auf einen individuellen Christusglauben würde im deutschen Kontext Irritation auslösen. Im weitgehend säkularisierten Osten der Republik stieße eine explizit oder ausschließlich christlich auftretende AfD nur auf kulturelles Unverständnis. Dort punktet die Partei nicht mit christlichem Wertkonservatismus, sondern mit sozialdarwinistischem Chauvinismus und rassistischen Schmähungen.

Interessen vereinen

Innerhalb der Partei ist der christlich-konservative Flügel nicht unumstritten. In AfD-Foren wurde die Befürchtung laut, die AfD könne sich unter dessen Dominanz zu einer Art »PBC 2.0« entwickeln. Die Gruppierungen »Partei bibeltreuer Christen« und »Christliche Mitte« warben seit den 1990er Jahren massiv, jedoch weitgehend erfolglos um von der CDU enttäuschte christlich-konservative WählerInnen. Und in der Tat: Ausschließlich gestützt auf eine explizit christliche WählerInnenschaft kann die AfD nicht erfolgreich sein. Nur das möglichst konfliktfreie Zusammenspiel der verschiedenen Parteiflügel ermöglicht es der AfD, WählerInnen aus sehr unterschiedlichen Milieus zu mobilisieren. Der wirtschaftsliberale Flügel der Partei hat ein vitales Interesse daran, die AfD nicht zum Forum des christlichen Fundamentalismus werden zu lassen. Dies ist der Grund, weshalb manche in der AfD lautstark vorgebrachte dezidiert christlich-konservative Position bisher ihren Niederschlag noch nicht in der Programmatik der Bundespartei fand. Die divergierenden Akzentsetzungen in den Wahlprogrammen der Landesverbände Brandenburg und Sachsen sind ein Fingerzeig darauf, dass der parteiinterne Aushandlungsprozess um ideologische Positionen zu christlich-konservativen Schlüsselthemen – entgegen des medialen Anscheins, der bereits von einer Machtübernahme der christlichen FundamentalistInnen in der Partei sprach – noch nicht abgeschlossen ist. Die offen rassistischen Äußerungen aus manchen Landesverbänden irritierten die christlich-konservative Klientel der Partei. Dort wägt man seine Argumente sorgfältiger ab, wenn es um ethnische Minderheiten geht.

Alle Indikatoren der Politikwissenschaft für den Erfolg einer rechten Partei besagen, dass dieser von der Fähigkeit abhängt, auf den ersten Blick divergierende ideologische Milieus durch ressentiment-gesteuerte Politikangebote an sich zu binden. Das wird der AfD nur gelingen, indem sie den Spagat zwischen konservativer Seriosität und populistischer Ankündigungspolitik meistert. Viel wird davon abhängen, welche politischen Akzente die neu konstituierten Landtagsfraktionen in Sachsen und Brandenburg setzen. Nimmt man die ersten von der AfD im Dresdener Landtag gestellten Anfragen zum Maßstab, so wandelt die Partei dort inhaltlich auf den Spuren der ausgeschiedenen NPD-Fraktion.

»Volkspartei statt Sekte«

Der neue NPD-Bundesvorsitzende Frank Franz will im 50. Jahr ihrer Existenz die älteste Partei der extremen Rechten Deutschlands erneuern. Ein Blick auf die Geschichte der NPD erklärt ihre Gegenwart.

von Andreas Speit



»Die NPD ist unser Werkzeug, das Parteiprogramm unsere Idee«. Nach dem Bundesparteitag der ältesten Partei der extremen Rechten Deutschlands gibt sich der neue Bundesvorsitzende kämpferisch. Nach vorne will Frank Franz im 50. Jahr der Partei schauen. Kurze gegelte Haare, adrettes Sakko – smart, aber nicht zu modisch will der 35-jährige Saarländer erscheinen. In der Nacht vom 1. auf den 2. November 2014 stand in der Stadthalle von Weinheim fest, dass sich Franz mit 86 von 139 Stimmen gegen Peter Marx und Sigrid Schüßler durchgesetzt hatte. Jung und modern, nicht alt und ewiggestrig will die Partei sein. Via Twitter berichtete sie aus der Stadthalle. Dort hing passend zu ihrem Jubiläumsjahr ein Transparent: »50 Jahre Kampf für Frieden, Freiheit und Souveränität«. So versteht sich die Partei, die heute 5.500 Mitglieder hat. Der 35. Ordentliche Parteitag sollte unter guten Vorzeichen stattfinden – das tat er aber nicht. Denn der Wiedereinzug in das sächsische Landesparlament misslang Ende August 2014, der Einzug in den thüringischen Landtag scheiterte, nur knapp gelang es, mit einem Sitz ins Europaparlament zu kommen. Parteiinterne Konflikte und parteipolitische Konkurrenz belasten die NPD. In der Geschichte der Partei stand sie aber auch schon viel schlechter da: weniger Mitglieder, kaum Parlamentsmandate und weniger Geld.

»Deutsche Patrioten«

Am 29. November 1964 waren zur Gründung der NPD über 700 Interessierte zur Versammlung im Döhrener Maschpark in Hannover gekommen. Dicht gedrängt sollen die Männer und wenigen Frauen im Saal gesessen haben. Der Traum, alle rechten Strömungen zu vereinen, ging jedoch nicht auf. Die »Taufrede« von Professor Berthold Rubin war ein Höhepunkt der Versammlung. Leidenschaftlich soll er alle »deutschen Patrioten« aufgerufen haben, »sich dem Versuch nicht zu versagen, eine neue nationaldemokratische Partei konservativer Prägung zu bilden, die dem Zeitgeist zu trotzen imstande ist«. Nach der Rede fragte Friedrich-Georg Thielen, der später erster Parteivorsitzender wurde, wer für die Parteigründung sei. 473 Anwesende erhoben sich von den Stühlen. »Es lebe unser geschlagenes und gedemütigtes Volk!«, rief Thielen. Zu seinen Stellvertretern wurden Adolf von Thadden, Heinrich Faßbender und Wilhelm Gutmann bestimmt. Kein Jahr später richtete die NPD im Mai 1965 ihren ersten Bundesparteitag aus. Die deutsche Wiedervereinigung war damals im »Manifest der NPD« das dominierende Thema: »Seit zwei Jahrzehnten ist Deutschland geteilt. Stacheldraht, Todesstreifen, Wachtürme und die Mauer zerreißen unser Volk. [...] Die fortschreitende Einschmelzung Westdeutschlands in den atlantischen Machtblock [... droht] die Teilung [...] zu verewigen«, beklagte die NPD und forderte: »Deutschland den Deutschen – Europa den Europäern«. Das vermeintlich konservative Selbstverständnis des »Manifestes«, das 1967 im ersten Parteiprogramm mündete, ging einher mit Revisionismus, Chauvinismus und einem »Nein« zur Westbindung.

NS-Kader

Die ersten Mitglieder kamen vor allem aus der verbotenen »Deutschen Reichspartei« und der »Sozialistischen Reichspartei«, in denen zahlreiche frühere Kader der NSDAP tätig gewesen waren. Den Funktionärskader der NPD bildeten viele Nationalsozialisten, stellten Reinhard Kühnl, Rainer Rilling und Christine Sager in einer der ersten kritischen Studien zu der Partei, »Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei«, 1969 fest. Thielen, der ursprünglich von der CDU kam, sollte die Partei von dem Vorwurf, bloß aus Alt-Nazis zu bestehen, entlasten. Doch 1967 verließ er enttäuscht die Partei. Nun übernahm von Thadden die Führung.

Wahlerfolge

»Man kann wieder wählen – Man wählt NPD«. Als neue Kraft zog die Partei 1965 in den Bundestagswahlkampf. Werbe- und Anzeigenkampagnen richteten sich gezielt an Heimatvertriebene, LandwirtInnen und Bundeswehrsoldaten. Intensiv warb sie auf dem flachen Land. 1965 stimmten bundesweit zwei Prozent für die NPD. 1966 zog die Partei dann in Hessen und Bayern in die Landtage ein, bis 1968 gelang es, auch die Landesparlamente von Niedersachsen, Bremen und Baden-Württemberg zu erobern. 28.000 Mitglieder soll die NPD zu dieser Zeit gehabt haben. Der »Kalte Krieg«, die aufkommende »StudentInnen-Bewegung«, die erste Wirtschaftskrise der Bundesrepublik in den Jahren 1966 und 1967 sowie die Koalition der CDU/CSU mit der SPD beförderten den Aufschwung am rechten Rand. Die NPD erschien als ein Garant für Sicherheit und Ordnung. Durch den Wahlzuspruch war in der NPD 1969 die Hoffnung sehr groß, in den Bundestag einzuziehen. Umso größer war dann die Enttäuschung, als sie mit 4,3 Prozent scheiterte. Gründe dafür waren, dass die CDU/CSU selbst nationalistische und antikommunistische Töne anschlug und breiter Protest aus der »Außerparlamentarischen Opposition« sowie aus der Wirtschaft den NPD-Wahlkampf begleitete. Mit dem Scheitern 1969 begann für die Partei der Weg in die Bedeutungslosigkeit. Richtungsstreits und Zersplitterungen setzen ein. 1971 legte Thadden sein Amt wegen des »Zustand[s] der faktischen Nicht-Mehr-Führbarkeit« der Partei nieder. Einzelne Mitglieder gingen in neu-rechte intellektuelle Kreise, wurden bei militanten Gruppen aktiv oder fanden sich in anderen Parteien wieder.

In der Bedeutungslosigkeit

Unter Martin Mußgnung, dem Vorsitzenden von 1971 bis 1990, konnte die NPD nicht mehr die rechten Ressentiments in der Mitte der BRD-



Gesellschaft für sich nutzen und in Wahlstimmen umwandeln. Eine Studie des »Sinus-Instituts« offenbarte 1981 allerdings, dass 13 Prozent der WählerInnen ein extrem rechtes Weltbild hatten. Auch dem Amtsnachfolger als NPD-Vorsitzenden, Günter Deckert, gelang es ab 1991 nicht, Themen und eine Rhetorik zu finden, um WählerInnen und Mitglieder zu gewinnen. Er forcierte einen radikalen Kurs für die nun etwa 4500 Mitglieder starke Partei. Von 1995 bis 2000 saß Deckert wegen Volksverhetzung und Holocaustleugnung in Haft.

Neue Strategie

Erst unter Udo Voigt gelang es dann, die NPD ideologisch und strategisch so auszurichten, dass sie nicht mehr als eine überalterte Partei von ewig gestrigen Männer erscheint. Auf dem Parteitag am 23. und 24. März 1996 setzte er sich mit 88 zu 83 Stimmen gegen Deckert durch. Ein knappes Ergebnis, obwohl Deckert in Haft war. Voigts neue Strategie führte zum Aufschwung der Partei und zu Wahlerfolgen bei den Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern 2004 und 2006. Voigt setzte darauf, soziale Themen aufzugreifen, die kommunale Präsenz auszubauen und Neonazis aus der Szene der »Kameradschaften« und des RechtsRock stärker anzusprechen. Mit dem Erfolg schwanden die Widerstände gegen Voigt in der Partei.

Erfolge der NPD

Über 7.000 Mitglieder vereinte die Partei zu der Zeit. Der »nationalen Bewegung« schienen die gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen nach der Wiedervereinigung, das gestiegene deutsche Nationalgefühl und das kulturelle Vakuum an vielen Orten der Bundesrepublik entgegen zu kommen. Auch das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren von 2003 dürfte nicht geschadet haben. Die Strategie des »Wir kümmern uns« griff insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern. Die Wahlerfolge brachten der Partei Geld, Bürgerbüros und bezahlte MitarbeiterInnen. In dieser Phase gründeten Frauen aus der Partei den »Ring Nationaler Frauen«. Auf kommunaler Ebene gelang es der NPD, mehr Sitze in den Kommunalparlamenten zu erlangen. 2014 sind es etwa 350 Mandate. Und am 12. Dezember 2011 gelang es der Partei unter dem Vorsitz von Voigt, die konkurrierende »Deutsche Volksunion« in die NPD aufgehen zu lassen. Kein anderer Vorsitzender in der Geschichte der Partei kann solche Erfolge vorweisen.

»Seriöse Radikalität«

Auf dem Bundesparteitag am 22. und 23. November 2011 in Neuruppin trat dann Voigts politischer Ziehsohn Holger Apfel mit Erfolg gegen ihn an. Die Delegierten hielten Voigt vor, im Westen die Partei nicht weiter vorangebracht zu haben und die Parteifinanzen nicht genug kontrolliert zu haben. Mit einem Kurs der »seriösen Radikalität« versprach Apfel, die Partei weiter als soziale Kümmerpartei vor Ort zu etablieren. Nicht bloß Voigt giftete gegen den neuen Vorsitzenden, auch NPD-Kader aus den »Freien Kameradschaften«, wie zum Beispiel Thomas Wulff, befürchtete, dass die Weltanschauungspartei ihre Ideologie aufweichen könnte. Auch das Bündnis mit den »Freien Kräften« schien gefährdet. Apfel gewann die Wahl. Doch 2013 musste er wegen des Vorwurfs eines sexuellen Übergriffs auf einen jüngeren Kameraden den Posten als Vorsitzender und Chef der Sächsischen NPD-Landtagsfraktion abgeben und verließ die Partei.

Franz, Pastörs und Voigt

Vor dem jüngsten Parteitag in Weinheim brachte der sächsische NPD-Vorsitzende Holger Szymanski Frank Franz ins Gespräch für den Bundesvorsitz. Keine Überraschung, denn Franz will den »sächsischen Weg« der »seriösen Radikalität« weiter vorantreiben. Auch der scheidende Bundesvorsitzende Udo Pastörs, der nach Apfels Abgang kommissarisch das Amt übernommen hatte, unterstütze Franz. Pastörs, Vorsitzender der letzten verbliebenen NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, kandidierte selbst nicht, um sich stärker seiner Familie und der Arbeit in der Fraktion zu widmen, sagte der 62-Jährige. Doch es war auffallend, dass er sich – nachdem er von der Partei nicht zum Spitzenkandidaten zur Europawahl gekürt worden war – aus der Bundespolitik etwas zurückzog. Sein alter Rivale Voigt bekam die Kandidatur und errang das Mandat. Auf dem Parteitag gaben sie sich auf der Bühne die Hand. Das sollte Geschlossenheit symbolisieren. Auf Twitter wurde das mit dem Satz »zwei große Parteiführer auf der Bühne« beschrieben.

Umstrittener Kurs

Traute Einheit herrscht in der NPD allerdings nicht. In der Partei und in der Szene der »Kameradschaften« ist Franz wegen des Kurses der »seriösen Radikalität« umstritten. In der NPD-Monatszeitung »Deutsche Stimme« (DS) schrieb er: »Ich will, dass die NPD eine Volkspartei ist«, keine »ideologische Sekte«. »Wir werden die Bürger nicht mit Facebook-Beiträgen gewinnen, die mit Superlativen und heroischem Pathos gespickt sind«, meint Franz, der für die NPD in Völklingen im Stadtrat sitzt. Das möchten die »eingefleischten Nationalisten« lesen, für den »anpolitisierten Bürger« jedoch wirke es »wie aus einer anderen Welt«, schrieb er im September 2014. Im Oktober versicherte er dann in der DS aber auch, mit der NPD keine »deutsche FPÖ« anzustreben. Der Subtext an die KritikerInnen: keine Aufweichungen der Grundpositionen. Nicht ohne zugleich aber auch an das laufende Verbotsverfahren zu denken und zu versichern, den »Organisationsrahmen« der BRD »nicht zwangsläufig« abzulehnen.

Einer der schärfsten öffentlichen Kritiker von Franz kandidierte auf dem Parteitag dann auch prompt für das Amt des Partei-Vize: Thomas Wulff. Die alte Bundesführung der NPD wollte den Hamburger Landesvorsitzenden aus der Partei ausschließen, da er sich selbst als »Nationalsozialisten« bezeichnet hatte. »Das geht nicht«, meinte Franz. Zu den stellvertretenden Parteivorsitzenden bestimmten die Delegierten dann aber nicht Wulff sondern Stefan Köster, Frank Schwerdt und Ronny Zasowk. Inwieweit Franz die Szene der »Freien Kameradschaften« und »Autonomen Nationalisten« an die NPD binden kann, ist offen. Eine Sorge soll die Partei laut ihrem Schatzmeister Andreas Storr allerdings los sein. Die Finanzlage sei zwar noch schwierig, aber im kommenden Jahr würde die NPD »schuldenfrei« sein.

Gründung der NPD

Mit der Gründung der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« sollte rechts von der Union eine strömungsübergreifende nationale Partei entstehen, um die rechtsnationalen und alt- beziehungsweise neonazistischen Milieus zu bündeln.

von Michael Sturm

An Pathos wurde gegen Ende der Veranstaltung im »Döhrener Maschpark« in Hannover nicht gespart, als am 28. November 1964 die rund 700 TeilnehmerInnen die Gründungsversammlung der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) mit der Verabschiedung des »Manifest der NPD« beschlossen. Unter der Losung »Deutschland den Deutschen – Europa den Europäern« proklamierte der Text eine »von fremden Interessen unabhängige deutsche Politik«.

Vorläufer: Die »Deutsche Reichspartei«

Die Initiative zur Gründung der NPD als Sammlungspartei des extrem rechten Spektrums ging von der »Deutschen Reichspartei« (DRP) aus, die während der 1950er Jahre eine Reihe von Versuchen unternommen hatte, sich als führende Partei rechts von der Union zu etablieren. In ihrer strategischen Ausrichtung schwankte sie zwischen der Anbiederung an die nationalkonservativen »Bürgerblock«-Parteien wie die »Deutsche Partei« (DP), den »Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten/ Gesamtdeutscher Block« (BHE/GB) oder auch die FDP und dem Werben um das offen alt- und neonazistische Milieu, das nach dem Verbot der »Sozialistischen Reichspartei« (SRP) 1952 seine politische Heimat verloren hatte.

Am Ende der 1950er Jahre firmierte die DRP zwar als führende politische Kraft des extrem rechten Spektrums, ihr organisatorischer Zustand war jedoch desaströs. Lediglich in Norddeutschland und in Rheinland-Pfalz konnte die Partei dauerhafte, halbwegs flächendeckende und belastbare Strukturen aufbauen. In ihren Wahlergebnissen spiegelte sich die kontinuierliche Marginalität der Partei. Zudem hatten die an Weihnachten 1959 von zwei DRP-Mitgliedern an der Kölner Synagoge verübten antisemitischen Schmierereien, die auch international beachtet worden waren, die Partei in der Öffentlichkeit weitgehend diskreditiert. Faktisch wurde die DRP in ihrem strategischen Lavieren zwischen etabliertem Parteienspektrum und fundamentaloppositionellem (Neo-)Nazismus aufgerieben.

Aus diesem Grund forcierte deren Führung um den Vorsitzenden Adolf von Thadden seit dem Beginn der 1960er Jahre eine gezielte Sammlungs- und Bündnispolitik, die sich in einzelnen Bundesländern vor allem auf lokaler Ebene an die verbliebenen Reste der »Bürgerblock«-Parteien richtete. Diese waren seit dem Ende der 1950er Jahre weitgehend von der Union absorbiert worden. Demnach gingen große Teile der DP in der CDU auf. Ebenso verlor mit der zunehmenden materiellen Integration seiner ursprünglichen AnhängerInnenschaft in die Gesellschaft der Bundesrepublik der BHE/GB die eigene WählerInnenbasis besonders an die Union und die FDP. Die im April 1961 vollzogene Fusion von BHE/GB und DP zur »Gesamtdeutschen Partei« (GDP), die bei der Bundestagswahl im selben Jahr bei 2,8 Prozent stagnierte, konnte den Niedergang eines parteipolitisch eigenständigen nationalkonservativen Lagers nicht aufhalten.

Von der »Deutschen Reichspartei« zur NPD

Für diese nach neuer organisatorischer Verankerung suchende Klientel bot sich die DRP als Bündnispartnerin an. Im April 1963 entstand auf deren Initiative eine »Arbeitsgemeinschaft nationaler Verbände«, die sich vorwiegend aus Mitgliedern der DRP, der DP sowie der GDP rekrutierte, um Möglichkeiten von Wahlabsprachen und gemeinsamen Kandidaturen auszuloten.

Für die Gründung einer neuen strömungsübergreifenden »nationalen« Partei spielte Friedrich Thielen eine Schlüsselrolle. Der Zementfabrikant, ehemals Mitglied der CDU und erfolgreicher Wahlkämpfer für die DP in Bremen, schien sich zumindest aus Sicht der DRP-Strategen als integrationsfähige, vermeintlich »seriöse« Figur zu eignen. Er wurde im Rahmen vorbereitender Treffen in Bielefeld und Celle im Sommer und Herbst 1964 schließlich damit beauftragt, zur Gründungsversammlung der NPD nach Hannover einzuladen. Diesem Aufruf folgte keineswegs das gesamte extrem rechte Spektrum, ebenso blieben maßgebliche VertreterInnen des nationalkonservativen Spektrums der Veranstaltung fern.

Obgleich Thielen auch als erster Vorsitzender der Partei fungierte, war doch der Einfluss der DRP und ihrer FunktionärInnen unübersehbar. Zwar begnügte sich Adolf von Thadden zunächst mit dem Posten des stellvertretenden Vorsitzenden und betonte, dass ohne Thielen »die NPD nur eine umgetaufte DRP gewesen« wäre. In den Gremien der NPD dominierten jedoch vormalige DRP-VertreterInnen. Von den fünf Mitgliedern des Parteipräsidiums hatten drei bereits in den Führungsgremien der DRP amtiert. Nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen avancierte Thadden im November 1967 zum NPD-Vorsitzenden, während Thielen die Nationaldemokraten verließ. Nicht zuletzt diese Kontroversen verdeutlichten, dass die Partei selbst in ihrer erfolgreichsten Phase zwischen 1965 und 1969 von zahlreichen Konfliktlinien durchzogen war. Die immer wieder beschworene »nationale Sammlung« verlief keineswegs harmonisch. Das zeigte sich in personalpolitischen Querelen ebenso wie in einer programmatischen Diffusität, die von unverhohlen völkisch-rassistischen Positionen bis hin zur ostentativen Anbiederung an christlich-konservative WählerInnen reichte. Gleichwohl konnte am autoritär-antidemokratischen Charakter der Partei kein Zweifel bestehen.

Aufstieg und Niedergang der »nationalen Opposition«

Die Wahlerfolge der NPD zwischen 1965 und 1969 gründeten auf einem Bündel von Faktoren. Demnach gelang es ihr offenkundig, sich nach dem Regierungsantritt der Großen Koalition im Dezember 1966 als tatsächlich einzig relevante »nationale Opposition« zu inszenieren, die sich nicht nur gegen die etablierten Parteien, sondern auch gegen den gesellschaftlichen zumal jugendkulturell geprägten Wertewandel richtete, der als »Kulturbolschewismus« und »öffentliche Unmoral« verunglimpft wurde. Zudem verwiesen die hohen Zustimmungswerte für die NPD nicht zuletzt im nördlichen Niedersachsen, in Nordhessen und in Oberfranken – in Regionen also, die bereits Hochburgen der NSDAP gewesen waren – auf die Fortexistenz weiterhin mobilisierbarer nationalistischer Kernmilieus. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rezession 1966/67 konnten die Nationaldemokraten mit ihrer nationalistischen Krisendiagnostik aber auch zumindest zeitweise in anderen WählerInnenschichten Fuß fassen, bei denen zuvor SRP und DRP nicht hatten reüssieren können.

Im Kontext des Scheiterns der NPD bei der Bundestagswahl 1969 zeigte sich jedoch die Brüchigkeit ihres Anspruchs, die »nationale Opposition« zu repräsentieren. Der Rechtsruck der auf Bundesebene in die Opposition geratenen Unionsparteien wie auch das Entstehen einer von der Partei unabhängigen militanten Neonaziszene beendeten vorläufig die Hegemoniebestrebungen der NPD. Im Gegensatz zu anderen Organisationen der extremen Rechten verschwand sie jedoch nicht vollständig von der politischen Bildfläche.

Sackgasse in Sachsen

Am 31. August 2014 endete die zehnjährige Präsenz der NPD im sächsischen Landtag. Mit 4,95 Prozent der Zweitstimmen verpasste sie knapp den Einzug. Was bleibt, sind die Vertretungen in zahlreichen Kommunen und Städten. Nach jahrelanger Aufbauarbeit stehen nun dem Landesverband und damit auch der Bundespartei schwere Zeiten ins Haus.

von Ingo Weidler



^ Holger Apfel beim Wahlerfolg 2004

Wenig mehr als 200 Neonazis zogen am diesjährigen 4. Oktober durch das mittelsächsische Döbeln. Eingeladen hatten die »Jungen Nationaldemokraten« (JN). Für sächsische Verhältnisse eine eher überschaubare Veranstaltung. Genau ein Jahr zuvor waren nicht nur etwas mehr TeilnehmerInnen, sondern auch die Granden des NPD-Landesverbandes zu sehen. Heute mag niemand von ihnen diskutieren, dass eine Sackgasse am Ende des »sächsischen Weges« liegen könnte. Entscheidender als die jüngste Landtagswahl ist eben dieser Weg. Über ihn ist bekannt, dass er die Partei im Freistaat bereits 2004 zum Gipfel führte. Danach aber sank sukzessive der Zuspruch der Wählenden. Schon zur nächstfolgenden Landtagswahl 2009 gelang der Wiedereinzug mit 5,6 Prozent nur knapp. In der Folge wurden innerparteilich Federn gelassen, abzulesen unter anderem an sinkenden Mitgliederzahlen. Auch die viel gerühmte »kommunale Verankerung« in Sachsen ist seit einer Weile im Rückbau begriffen, Indizien für eine Umkehr dieses Trends fehlen.

Die Anfänge

Wer die Konjunktur der Partei insbesondere in Sachsen verstehen will, muss in ihre Geschichte blicken. Die NPD begann bereits in der Wendezeit – noch in der Phase der Montagsdemonstrationen – mit einem gezielten und punktuell ambitionierten Strukturaufbau. Bedingt durch personelle und materielle Unterstützung von »drüben« sammelte der junge Landesverband bis 1991 bereits 400 Mitglieder. Davon waren drei Jahre später nur noch etwas mehr als 100 übrig. Das organisierte Potential der extremen Rechten verteilte sich zu der Zeit noch auf zahlreiche Gruppierungen, die in verschiedenen Regionen Hochburgen etablierten und in unterschiedlichsten Konstellationen miteinander kooperierten. In dieser Gemengelage war die NPD lediglich eine Akteurin unter vielen. Dass sich dies prinzipiell ändern konnte, war ausdrücklich nicht ihr Verdienst, sondern Resultat zahlreicher Organisationsverbote – »Nationalistische Front«, »Deutsche Alternative« und »Nationale Offensive« im November und Dezember 1992, »Wiking-Jugend« im November 1994 und »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« im Februar 1995. Erst danach begann der Aufstieg der NPD in Sachsen. Zwar blieb der Zulauf aus den nunmehr verbotenen Gruppierungen überschaubar. Der Anspruch, »führende Kraft im Nationalen Widerstand« zu sein, konnte aber in Ermangelung von Konkurrenz glaubwürdig vertreten werden. Die NPD wurde Mitte der 1990er Jahre unverhofft Monopolistin, während die Neonaziszene und ihr subkulturelles Umfeld weiter anwuchsen. Auf sie stützte sich ein breites Netz an Kameradschaftsstrukturen, die für die NPD zumeist ansprechbar waren; die »Skinheads Sächsische Schweiz« sind nur das berüchtigtste Beispiel.

Erfolge

Seit 1996, unter Leitung Udo Voigts, wusste die Partei freilich nicht nur in Sachsen ausgeprägte Entwicklungen durch strategische Schwerpunktsetzungen auszunutzen. Der fortan propagierte »Kampf um die Straße« entsprach einem zielgruppengerechten Angebot und schuf eine extrem rechte Erlebniswelt unter dem Label der Partei. Als sie zum 1. Mai 1998 zu einer Kundgebung vor das Leipziger Völkerschlachtdenkmal mobilisierte, folgten bis zu 5.000 »Nationalisten aus dem ganzen Bundesgebiet«. Tatsächlich befanden sich darunter etliche, die ihre Wurzeln in der rechten Skinhead-Szene hatten und Parteipolitik bisher skeptisch gegenüber standen. Nicht zu Unrecht konnte die »Deutsche Stimme« im Nachgang hoffnungsvoll vermelden: »Noch dominiert bei vielen der disziplinierten Jugendlichen reine Protesthaltung, die sich in Glatze, Bomberjacke und rechter Jugendkultur manifestiert, doch gerade in jungen Jahren verfestigen sich politische Einstellungen, die morgen aus ausgegrenzten Kahlköpfen klar denkende und politisch bewusst Polit-Aktivisten machen.«. Oder, besser noch, NPD-Mitglieder. Deren Zahl in Sachsen kletterte im selben Jahr auf 1.400, mehr als doppelt so viele wie heute. Der Zulauf zahlte sich für die NPD unmittelbar aus durch die Verfestigung ihrer Strukturen in Regionen mit ohnehin besonders ausgeprägter Neonaziszene, in einem zweiten Schritt dann auch an der Wahlurne. Als die Partei wiederum 1998 bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern mit 1,1 Prozent abschnitt, brachte ihr das die Rückkehr in die staatliche Teilfinanzierung. Ein Jahr später erzielte sie zur Landtagswahl in Sachsen bereits 1,4 Prozent der Zweitstimmen. Der Umzug des DS-Verlags nach Riesa und damit die Verlegung des Propaganda-Apparates der Partei nach Sachsen im Jahr 2000 zeigt an, welcher strategische Stellenwert dem Freistaat zugemessen wurde. Profitiert wurde auch durch die staatliche Parteienfinanzierung. Es waren diese binnen eines halben Jahrzehnts geschaffenen Voraussetzungen, die noch ganz erheblich den Wahlerfolg im Jahr 2004 begünstigt haben dürften.

Allerdings liegt es auf der Hand, dass sich die Umstände seitdem geändert haben: Das Reservoir, auf das sich die Partei einst stützen konnte, hat sich unter der Hand verbraucht. Es reicht heute noch aus für das, was Johannes Müller in seiner Wahlnachlese als die treue »Gesinnungsgemeinschaft« – man sagt auch: »Weltanschauungspartei« – rühmt. Diese Basis und einige kommunale Hochburgen werden schlichtweg nicht genügen, wenn die NPD künftig wieder als Wahlpartei – aktuell ist die Rede von einer »modernen nationalistischen Partei« – erfolgreich sein will. Der Widerspruch zwischen beiden Entwicklungslinien trifft jetzt offen zutage wie vielleicht nie zuvor. Der in Sachsen im Jahr 2004 locker und 2009 knapp geglückte Spagat ist 2014 dort gescheitert, wo er am längsten möglich war.

Auf- und Abstiege – Die historische Kontinuität der NPD

von Gideon Botsch



Die bereits von der »Deutschen Reichspartei« (DRP) erreichte Hegemonie innerhalb des radikalen Nationalismus konnte die 1964 gegründete NPD in den Sechzigerjahren verteidigen. Dabei verlief der Aufstieg der NPD keineswegs geradlinig und störungsfrei. Neben anderen Querelen ist hier besonders an die Konflikte in der Parteiführung zu denken, in deren Gefolge 1967 der frühere Abgeordnete der »Deutschen Partei« (DP) und NPD-Gründungsvorsitzende Fritz Thielen die Partei verlassen musste und der DRP- und NPD-Mitbegründer Adolf von Thadden den Vorsitz übernahm.

Als Wahlbündnis konstituiert, gab sich die NPD zunächst überhaupt kein Programm, sondern nur eine Art offener Agenda, das »Manifest« der NPD. Ernst Anrichs Karlsruher Rede galt dann als programmatisches Schlüsseldokument, bis Ende 1967 auf dem Hannoveraner Parteitag ein Parteiprogramm verabschiedet wurde. Gleichzeitig entstand unter maßgeblichem Einfluss Anrichs im Verlag des Thadden-Vertrauten Waldemar Schütz als weiteres zentrales programmatisches Dokument das »Politische Lexikon« der NPD.

Ein Element historischer Kontinuität ist in der Überführung des DRP-Apparats und -Funktionärskörpers in die NPD zu sehen. Beide bildeten über die Desintegrationsprozesse der Jahre 1969/71 hinaus das stabile Gerüst für die Partei. Von Thadden hatte es bereits bei der Gründung erreicht, die Organisationsleitung der NPD in die Hand zu bekommen. In Vorständen und Gremien der Partei sicherte sich die »Thadden-Clique« eine Vormacht.

Ungeachtet dieser Kontinuitäten war die NPD keine reine Nachfolgepartei der DRP. Überdies erschloss sie für das nationaloppositionelle Spektrum neue Wählerschichten. Insbesondere verlagerte sich der Schwerpunkt des nationalen Milieus vom ländlich geprägten, norddeutschen Raum in den Süden und Südwesten, wobei sich jetzt auch städtische WählerInnenschichten, zu einem bedeutenden Teil aus der ArbeiterInnenschaft, angesprochen fühlten.

Das Echo der NPD unter radikalen, aktivistischen AnhängerInnen geriet aber in Konflikt mit der »bürgerlichen« Linie der Partei. Angesichts des öffentlichen Gegendrucks radikalisierte sich das Auftreten der NPD. Die während des Bundestagswahlkampfs 1969 durch von Thadden verfolgte Kampagne, die sogenannte »Deutschlandfahrt«, die fast überall zu heftigen Protesten führte und auf deren Höhepunkt der Leiter des neu aufgebauten militanten OrdnerInnendienstes Schüsse auf DemonstrantInnen abgab, wirkte sich äußerst negativ auf die öffentliche Wahrnehmung der Partei aus.

Krise und »zweiter Frühling«

Nach dem Scheitern ihrer politischen Ambitionen bei der Bundestagswahl 1969 änderte die NPD kurzzeitig ihre Strategie. Die nach mehrmonatigem Vorlauf im Herbst 1970 initiierte »Aktion Widerstand« erwies sich indes aus Sicht der Parteiführung als katastrophaler Fehler. Die Mitgliederzahlen begannen bereits seit 1970 kontinuierlich zu sinken. Bei den WählerInnen kam die Partei weder auf Bundes- noch auf Landesebene an, kommunale Hochburgen hielt sie nur ganz vereinzelt. Zu einigen wichtigen Wahlgängen trat sie gar nicht erst an. Die Parteizeitung »Deutsche Nachrichten« musste eingestellt werden.

Die Führungskrise der NPD gestaltete sich dramatisch. Bereits seit dem Wertheimer Parteitag 1970 verließen ParteifunktionärInnen, die für einen gemäßigteren, bürgerlichen Kurs standen, die Partei. Auf dem Holzmindener Parteitag 1971 kam es dann zum Eklat: von Thadden trat völlig überraschend zurück. Die Delegierten schenkten ihr Vertrauen Martin Mußgnug, einem jüngeren, aber durch den Apparat der DRP vorgeprägten Parteimann, den von Thadden vorgeschlagen hatte.

Während die WählerInnen sich überwiegend einer radikaler auftretenden, oppositionellen CDU zuwandten, gingen die aktiven AnhängerInnen und Mitglieder der Partei unterschiedliche Wege und fanden sich im bürgerlichen Parteienspektrum, in den Vertriebenenverbänden oder der »Aktion Neue Rechte« wieder.

Die Suche nach einer eigenständigen NPD-Identität hat die Partei innerhalb des nationalen Lagers weiter isoliert. Ab Mitte der 1970er Jahre war die Partei, wie Horst Schmollinger 1983 im »Parteienhandbuch« festhielt, für einige Zeit bestimmt von »programmatischen Profilierungsversuchen«, die »vor allem von Mitgliedern der NPD-Suborganisation ›Junge Nationaldemokraten‹ betrieben wurden, die zum Teil von nationalrevolutionären Positionen der Neuen Rechten beeinflusst waren«. Sie hielten Kontakt zu den befreundeten Jugendverbänden »Bund Heimattreuer Jugend« und »Wiking Jugend« (WJ), zu den Wehrsport- und Neonazikreisen, zu »nationalrevolutionären« Zirkeln und zu national-konservativen Milieus. Vorläufig zum Erliegen, wenn auch nicht ganz zum Ende gekommen war der von der DRP und ihren Vorläuferinnen ererbte Sammlungsgedanke, die eigentliche Existenzbegründung dieser Parteien in der Vergangenheit. Letztlich stellten die 1970er Jahre in der krisenreichen Geschichte der »Nationalen Opposition« mithin das kritischste Jahrzehnt dar. Dabei blieb die weitere Existenz der NPD eine organisatorische Voraussetzung für die etwa ein Vierteljahrhundert später einsetzende Re-Integration der auseinandergerissenen Entwicklungslinien.



< *Kämpferisch gab sich die NPD 2000 in Berlin gegen das Verbotsverfahren*

Schon in den 1980er Jahren begann eine Konsolidierung auf niedrigem Niveau. Tatsächlich hatte die NPD relativ früh erkannt, dass im kommenden Jahrzehnt Politik rechts von der Union unbedingt mit der Thematisierung der »Ausländerfrage« zu verbinden war, die sich hervorragend mit extrem rechten Inhalten aufladen ließ. NPD-Gliederungen griffen bündnispolitische Sammlungsbemühungen an der Basis zaghaft wieder auf und experimentierten in einzelnen Kommunen recht erfolgreich mit Wahllisten oder »Bürgerinitiativen für Ausländerstopp«. Die Bundestagswahl im März 1983 brachte trotz eines leichten Anstiegs erneut nur verschwindend geringe WählerInnenzahlen, doch 0,8 Prozent bei den Europawahlen 1984 galten als erster Achtungserfolg. Nachdem auch die Bundestagswahl im Januar 1987 immerhin noch 0,6 Prozent gebracht hatte, suchte die NPD wieder politische BündnispartnerInnen. Im April traf sie Absprachen mit der DVU, die sich inzwischen als Wahlpartei konstituiert hatte, um konkurrierende Kandidaturen zu vermeiden und gegebenenfalls unter dem Namen »Liste D« mit anzutreten.

Die NPD nach der Ära Mußgnug

Die Ereignisse der »Wiedervereinigung« waren für die NPD durchaus ambivalent. Zwar erkannte man das Potenzial für eine radikalnationalistische Massenbewegung, dennoch gelang es keiner etablierten extrem rechten Partei im Jahr 1990, Vorteile aus dem politischen Umbruch zu ziehen. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erreichte die NPD lediglich 0,3 Prozent der Stimmen. Der »Altherrenpartei« NPD fehlte die dynamische und aktivistische Kraft, die sich nur aus dem Umfeld des militanten Neo-Nationalsozialismus gewinnen ließ. So geriet die NPD ausgerechnet auf dem Höhepunkt nationaler Begeisterung und ausländerfeindlicher Mobilisierung in eine äußerst kritische Lage. In Verbindung mit der Wahlniederlage, finanziellen Unregelmäßigkeiten und einer zunehmenden Isolierung des Parteivorsitzenden Mußgnug im Vorstand wurde dieser im Dezember 1990 zum Rücktritt veranlasst. Der Vorwurf: er wolle die NPD für eine »Große Rechte« opfern. 1991 wurde sein Kritiker Günter Deckert zum Nachfolger gewählt, hinter ihm stand der Parteiapparat. Damit verbunden war die Entscheidung, die NPD als Partei nicht in die spätere »Deutsche Liga für Volk und Heimat« (DLVH) zu überführen.
Wichtige Elemente einer revidierten Politik kündigten sich an, die an die DRP-Prägung erinnerte. Hohe Priorität erhielt die Aufrechterhaltung der NPD als legale Partei und organisatorischer Apparat. Gleichzeitig musste sich die NPD deutlicher von DVU, REP und DLVH absetzen, als dies bisher geschehen war. Vor diesem Hintergrund ist Deckerts Radikalisierungskurs in den 1990erJahren zu sehen. Auf diesem Weg hat er der Partei vermutlich so etwas wie »Street-Credibility« verschafft und damit die spätere Integration des Neonazi-Spektrums in die Partei mit vorbereitet. Die 1992 nochmals bestätigten Abgrenzungsbeschlüsse, die eine Expansion der Partei in dieses Feld jahrelang blockiert, sie aber zugleich auch vor staatlicher Verfolgung weithin bewahrt hatten, wurden mit der Amtsübernahme von Deckert zunehmend unterlaufen, wobei die JN als Blockadebrecher auftrat. Mitglieder der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP), der WJ und des Vereins »Die Nationalen« waren seit der staatlichen Verbotsoffensive 1992 aufgerufen, in die NPD einzutreten.

Udo Voigt und die Renaissance der NPD

Mit Beginn seiner Amtszeit im Jahr 1996 forcierte Udo Voigt die Verabschiedung eines neuen opportunistischen Parteiprogramms. Bald darauf formulierte Voigt ein strategisches Grundsatzpapier. Ein Element dieser Konzeption ist das »Drei-Säulen-Konzept«. Dabei sind die drei – später auch vier – Säulen keineswegs stringent gefasst und durch einheitliche Begriffe markiert. Zumeist ist vom »Kampf um die Straße«, »Kampf um die Köpfe« und »Kampf um die Wähler« oder »um die Parlamente«, bei der vierten Säule vom »Kampf um den organisierten Willen« die Rede. Funktion des Konzepts ist es, den politischen Sammlungsgedanken der alten DRP und frühen NPD wieder aufzugreifen und die erneute Integration der einzelnen Strömungen in die NPD zu ermöglichen.
Nach dem 2003 gescheiterten Verbotsverfahren brachen alle Dämme. Die NPD öffnete sich und auch den Parteivorstand weit für AnhängerInnen des Neonazispektrums. Seither ist die Partei auf allen Ebenen von Neonazis durchsetzt. Zugleich begann sie, Wahlabsprachen mit der DVU in einem »Deutschland-Pakt« zu fixieren. Die NPD entwickelte sich so zum »Flaggschiff« der »Nationalen Opposition« in Deutschland. 2009 gelang es ihr erstmals in ihrer Geschichte, an eine parlamentarische Fraktionsarbeit anzuknüpfen und in Sachsen für eine zweite Legislaturperiode in den Landtag einzuziehen. Bundesweit bei Wahlen ohne Bedeutung, zeigte sich doch, dass die NPD im Osten Deutschlands auf stabile WählerInnengruppen zählen kann. So hat sie es zwar nicht geschafft, auf Bundesebene die Grenzen der politischen Subkultur zu sprengen, ist inzwischen aber in einigen Bundesländern verankert. Der Höhepunkt der politischen Mobilisierungskraft dürfte vorläufig 2006 erreicht worden sein. Danach begann die NPD an Fahrt zu verlieren. Mitte 2010 leiteten DVU und NPD einen Verschmelzungsprozess ein.

Ergebnisse und Perspektiven

Im historischen Rückblick knüpft der Wiederaufstieg der NPD an Entwicklungslinien der Zeit bis 1969 an. Ohne die Fortexistenz der NPD als Organisation und Apparat über die Krise der 1970er Jahre hinaus wäre ein solcher neuerlicher Erfolg als Integrationskraft in der »Nationalen Opposition« nicht möglich gewesen. Die NPD der Ära Voigt als »neue NPD« zu bezeichnen, verkennt jedoch die Bedeutung, welche die lange organisatorische Kontinuität für die Partei hat.

Der Artikel ist eine Kurzfassung des Beitrags »Parteipolitische Kontinuitäten der ›Nationalen Opposition‹. Von der Deutschen Reichspartei zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands«. Zuerst erschienen in »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft«, 2011, S. 113-137.

Die NPD in den Bundesländern

Eine Einschätzung zu Parteistrukturen, Personal und den aktuellen Entwicklungen der Landesverbände.

Porträts von Robert Andreasch, Frank Metzger, Svenna Berger, Felix Krebs, Remo Schiron, Ernst Kovahl, Fabian Boist, Jan Kowalewski, David Janzen, Ingo Weidler, Hannah Hase, Charles Paresse, Michael Distel

Bayern

Die Bayern-NPD hat schon bessere Zeiten gesehen. Im früher zweitgrößten Landesverband der Partei sind derzeit nur noch wenige Kreisverbände aktiv. Mit der Inhaftierung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Sascha Roßmüller und dem darauffolgenden Rücktritt von Karl Richter vom Landesvorsitz Ende Oktober 2014 dürfte sich die desolate Lage sogar noch verschlimmern. Die militanten Neonazis machen nach dem Verbot des »Freien Netz Süd« in ihrer Partei-Neugründung »Der III. Weg« weiter; die NPD haben sie offensichtlich abgeschrieben. Trotzdem versucht die NPD gegenzusteuern und setzt dabei auf rassistische Aktionen gegen die Unterbringung von Asylsuchenden. Auffallend stark nutzt der bayerische Landesverband seinen Facebook-Auftritt, bei dem sich seine Verbalradikalität ganz deutlich zeigt. Täglich erscheinen antisemitische Artikel wie »Merkel eine Polin jüdischer Herkunft« und auch Drohungen wie »Gleich in den nächsten Zug und ab nach Auschwitz!« in der Kommentarspalte werden nicht gelöscht.

Berlin

Die Berliner NPD/JN hat offiziell etwa 230 Mitglieder in neun Kreisverbänden. Nur wenige Dutzend von ihnen sind wahrnehmbar aktiv. In drei Stadtteilen sitzen je zwei NPD-Abgeordnete ohne Fraktionsstatus im Bezirksparlament. Landesvorsitzender ist seit Anfang 2012 Sebastian Schmidtke (Jg. 1985), der seit Juni 2014 zudem als Bezirksverordneter in Treptow-Köpenick Udo Voigt ersetzt, nachdem dieser ins EU-Parlament gewählt wurde. Schmidtke gilt darüber hinaus als zentrale Figur des »Nationalen Widerstand Berlin« und ist auch überregional gut vernetzt mit jungen gewaltaffinen Neonazis aus dem Spektrum der »Freien Kräfte«. Neben Schmidtke ist vor allem Maria Fank auffallend als Vorsitzende des Berliner »Ring Nationaler Frauen«, eine besonders radikale, auch überregional auftretende Rednerin. Der Landesverband befindet sich derzeit in einem eher desolaten Zustand; mit regelmäßigen Kleinstkundgebungen verbreitet die Berliner NPD jedoch beständig bedrohliche Hetze gegen Geflüchtete, wobei sie teilweise Zustimmung von rassistischen »Normal-BürgerInnen« erhält.

Brandenburg

Die Brandenburger NPD ist nahezu flächendeckend in den Kommunalparlamenten vertreten: Bei den letzten Wahlen im Frühjahr 2014 konnte die NPD einen Zuwachs von 27 auf 48 Mandate verzeichnen, davon 20 in den Kreistagen. Dabei bleiben die allesamt fraktionslosen Abgeordneten isoliert. Den Ausbau des Landesverbandes, der 2003 aus der Spaltung der Berlin-Brandenburger NPD entstand, hatte Landeschef Klaus Beier (Jg. 1966) in den letzten zehn Jahren forciert. Zudem ist die derzeit aus acht Kreisverbänden bestehende Landes-NPD eng mit neonazistischen »Kameradschaften« verbunden. Die personellen Überschneidungen und die Zusammenarbeit mit der Berliner NPD zeigten sich zuletzt im Wahlkampf durch gewalttätige Ausfälle des Wahlkampfleiters und Berliner NPD-Chefs Sebastian Schmidtke sowie anderer Neonazis. Ihr Hauptthema lautete Asylpolitik, ob auf Demonstrationen, Kundgebungen oder Rundfahrten von Lautsprecherwagen. Doch das alles half nichts: Trotz eines massiven Wahlkampfes des einen Dutzend aktiver Parteifunktionäre hat die Partei bei der Landtagswahl im September 2014 Stimmen (2,2 Prozent) verloren (2009: 2,6 Prozent).

Hamburg

Es ging der NPD in Hamburg schon schlechter; ihren Tiefpunkt hatte sie Anfang der 1990er Jahre mit rund 80 überalterten Mitgliedern. Der Wandel kam mit dem Übertritt der Partei »Die Republikaner« und dem Eintritt der »Freien Nationalisten« vor knapp zehn Jahren – so ist der Landesvorstand seit 2007 in deren Hand. Aktuell führt Thomas Wulff die 130 NPDlerInnen an. Von der Auflösung der DVU konnte der Landesvorstand zwar kaum profitieren, er ist aber stabil. Im Hintergrund stehen langjährige und öffentlichkeitsscheue Mitglieder, die durch zahlreiche Krisen der Partei gegangen sind, ihr aber trotz desolater Finanzlage und Verbotsdrohung wohl treu bleiben werden. Staatliche Repression, lokalpolitische ›Anti-Nazi-Stimmung‹, antifaschistischer Widerstand und die Konkurrenz zur AfD machen es der NPD auch in Hamburg schwer; offensive und öffentliche Aktionen traut sie sich gegenwärtig kaum zu. Für aktionsorientierte jugendliche Neonazis ist die Partei letztlich wenig attraktiv und ein Landesverband der »Jungen Nationaldemokraten« existiert nicht.

Mecklenburg-Vorpommern

Der NPD-Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern mit seinen sieben Kreisverbänden hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Seit 2011 sitzen nur noch fünf statt sechs Abgeordnete im Schweriner Landtag. Und nach den Erfolgen 2011, als die NPD bei den Kommunalwahlen mit 26 Sitzen in alle acht Kreistage beziehungsweise Bürgerschaften einziehen konnte, hat sie im Mai 2014 ganze neun Sitze und zwei der drei Fraktionen verloren. Nach anfänglichen Bemühungen, als landespolitische Aufrührer und kommunalpolitische »Kümmerer« zu agieren, ist die inhaltliche Arbeit nahezu eingeschlafen. Einzige Ausnahme bilden Kleine Anfragen und Anträge zu »linksextremistischen Aktivitäten« und Flüchtlingsunterkünften. Es drängt sich die Frage auf, ob die NPD nach zehn Jahren rechter »Volksfront« und in Konkurrenz zur parolengleichen AfD noch das Vehikel der Szene ist. Die parlamentarische Arbeit hat zwar erhebliche Geldsummen eingespielt, aber auch den Fokus der »Bewegung« verlagert. Ob die derzeitige »Stille« und die zahlreichen Kommunalwahl-Tarnlisten zur Strategie gegen ein drohendes Parteiverbot gehören oder ein Zeichen von Schwäche beziehungsweise eines schrittweisen Rückzugs aus der parlamentarischen Politik sind, bleibt abzuwarten.

Thüringen

Die Landtagswahl am 14. September 2014 war für die NPD mit 3,6 Prozent der Zweitstimmen ein Desaster (2009: 4,3 Prozent). Ihr Vorsitzender Patrick David Wieschke war sich sicher, ins Parlament einzuziehen und vom Staat bezahlte Abgeordnete, MitarbeiterInnen und Geld für politische Arbeit zu bekommen. Die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 hatten Hoffnungen genährt, da die NPD ihre Mandate verdoppeln konnte: Sie sitzt nun mit mehr als 50 Mandaten in 16 Kreistagen und kreisfreien Städten, in zwölf kreisangehörigen Städten und einigen Ortsteilräten. Bei den Wahlen zeigte sich erneut der enge Schulterschluss mit den »Kameradschaften«. Kurz vor der Landtagswahl kamen interne Ermittlungsakten der Polizei an die Öffentlichkeit. Gegen Wieschke wurde 1999 wegen häuslicher Gewalt gegenüber seiner Mutter und Schwester sowie 2001 wegen sexuellen Missbrauchs eines Kindes ermittelt. Die Veröffentlichung befeuerte einen schwelenden Führungsstreit in der Partei, ihr Vor-



sitzender ist daher angezählt. Im September 2014 eröffnete die NPD in Eisenach ihre Landesgeschäftsstelle in einem angekauften Wohnhaus.

Rheinland-Pfalz

Nach einem Bruch innerhalb der rheinland-pfälzischen NPD im September 2013 strukturierten sich die Kreisverbände des Landesverbandes neu: Aufgrund langjähriger Streitigkeiten zwischen dem völkischen und dem subkulturellen Flügel traten die AnhängerInnen des ersteren aus der Partei aus und gründeten die Partei »Der III. Weg«. Daraufhin lagen zunächst große Teile des Landesverbandes brach. Die Verbände Westpfalz und Trier bestehen nach wie vor; die Parteistrukturen in Rheinhessen-Pfalz und Mittelrhein wurden neu aufgebaut und sollen die durch Parteiaustritte entstandenen Lücken füllen. Der Kreisverband Westpfalz um den Landesvorsitzenden Markus Walter ist der größte und aktivste. Er stellt auf fast allen Veranstaltungen die Infrastruktur und eine Vielzahl der TeilnehmerInnen; ohne ihn wären die übrigen Verbände oftmals nicht zu Aktionen in der Lage, bei denen selten mehr als 20 Neonazis erscheinen. Enge Kontakte werden zur NPD Baden-Württemberg und zu »Freien Kameradschaften« in Rheinland-Pfalz und im Saarland gepflegt. Ingesamt verfügt die Partei über fünf Kommunalmandate.

Nordrhein-Westfalen

Nach den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 zog der nordrhein-westfälische Landesverband der NPD in acht Kommunalparlamente ein: in Bochum, Duisburg, Dortmund, Essen, Mönchengladbach sowie in den Kreisen Heinsberg, Rhein-Sieg und Märkischer Kreis. In Duisburg erreichte die Partei mit 1,7 Prozent ihr bestes Ergebnis, dabei verdeutlicht das Abschneiden die Talfahrt. Bereits zu den Landtagswahlen 2012 erhielt sie magere 0,5 Prozent der Stimmen. Das Problem der NPD: Es fehlt an einer charismatischen Führung, Mitgliederbasis und flächendeckender Verbandsstruktur. Hinzu kommt die Konkurrenz durch »Die Rechte« und »Pro NRW«. Landesvorsitzender ist der Bochumer Claus Cremer. Der Landesverband, der eng mit den »Freien Kameradschaften« zusammenarbeitet, zählt zum Rechtsaußenflügel der Partei. Seit September 2012 hat die NPD eine neue Landesgeschäftsstelle in Essen-Kray, die dem Tarnverein »Bürgerbewegung Pro Münster e. V.« gehört. Dahinter stehen die Parteikader Dennis Dormuth aus Greven und die Zwillinge Matthias und Markus Pohl, letzterer ist Pressesprecher der NPD-NRW.

Niedersachsen

Niedersachsen, wo die NPD 1964 gegründet wurde, gilt als Stammland der Partei. Nach außen gibt man sich gern getreu dem Niedersachsenlied »sturmfest und erdverwachsen«. Doch der Landesverband mit seinen knapp 450 Mitgliedern ist derzeit schlecht aufgestellt: eine kontinuierlich schrumpfende und überalterte Mitgliedschaft, anhaltende Wahlergebnisse unter einem Prozent und vor sich hin dümpelnde Unterbezirke. Das sorgt für schlechte Stimmung und interne Diskussion. »Seriöse Radikalität« oder gemeinsamer Aktionismus mit den neonazistischen Aktionsgruppen, das ist auch in Niedersachsen eine wiederkehrende Streitfrage und oft Grund genug für Rücktritte und Parteiaustritte. 2013 wurde der 67-jährige Ulrich Eigenfeld, der bis 2009 jahrzehntelang den Landesverband führte, wieder zum Landesvorsitzenden gewählt. Nur vereinzelt entfaltet die Partei im Flächenland regional überhaupt noch öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten. In wenigen Orten, wie in Nord-Elm und Helmstedt, gelingt es der NPD, überdurchschnittliche Wahlergebnisse zu erzielen.

Sachsen

Bei der Landtagswahl Ende August 2014 flog die NPD aus dem Landtag. Die Folgen sind weitreichend: Geld, Jobs und Informationszugang gehen verloren. So findet sich der Name von Andy Knape, bislang Mitarbeiter der Fraktion und Bundesvorsitzender der »Jungen Nationaldemokraten«, nicht mehr in der Mitgliederliste des Parteivorstands. Auch die Infrastruktur leidet. Einige Tage nach der Wahl erklärte der NPD-Landesvorsitzende Holger Szymanski, über die Zukunft des Verlags »Deutsche Stimme« (DS) in Riesa sei »noch nicht entschieden«. Das Parteibüro in Leipzig wurde bereits geschlossen. Nach der Wahl schimpfte die NPD auf die WählerInnen, raunte von »Wahlbetrug« und verwies auf die AfD-Konkurrenz; von Selbstzweifeln keine Spur. Während der gescheiterte Spitzenkandi-

dat Szymanski sich »nichts vorzuwerfen« habe, gestand Landesvize Maik Scheffler den »tiefen Fall« ein und hat Anfang November mit seinem Rücktritt aus dem Landesvorstand Konsequenzen – auch aus den internen Querelen – gezogen. Ein Schritt, dem JN-Landeschef Paul Rzehaczek gefolgt ist; auch er trat von seinem Amt zurück. Der Landesverband will zukünftig auf parlamentarische Arbeit in den Kommunen und »außerparlamentarische Aktionen« setzen. Auf einem Landesparteitag Anfang 2015 soll ein neuer Landesvorstand gewählt werden.

Bremen

Seit rund zwei Jahren sind vom Bremer NPD-Landesverband kaum Aktivitäten bekannt geworden. Er scheint sich von seiner Niederlage bei der Bürgerschaftswahl 2011 (1,6 Prozent) nicht erholt zu haben. Sowohl bei der Bundestagswahl 2013 als auch bei der Europawahl 2014 konnte der Landesverband nur mit Unterstützung aus anderen Bundesländern Aktionen initiieren. Die Internetseite wird nur selten genutzt, die Beiträge sind veraltet oder fehlen. Die Partei-VertreterInnen in den Beiräten Blumenthal und Gröpelingen sowie in der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven fallen durch Abwesenheit auf. Das Bürgerbüro in Bremerhaven-Surheide wird zwar nach wie vor genutzt, hat aber keine größere Bedeutung für die Szene zu haben. Der Kern der NPD um den Landesvorsitzenden Horst Görmann, Thorsten und Gerold Schibblock, Gabriele Yardim und Karlo Ronstadt schafft es offenbar nicht, Nachwuchs zu rekrutieren. Der Jugendverband der NPD, die »Jungen Nationaldemokraten«, trat zuletzt 2006 öffentlich in Erscheinung.

Saarland

Drei parteiinterne Schwergewichte der NPD stammen aus dem Saarland: Peter Marx, Peter Richter und Frank Franz. Der Pressesprecher der Bundespartei, Frank Franz aus Völklingen, wurde auf dem Bundesparteitag am 2. November zum Nachfolger des Parteivorsitzenden Udo Pastörs gewählt. Der Landesvorsitzende Marx ist seit Jahrzehnten in der Partei aktiv und war bis April 2014 Generalsekretär der Bundespartei. Auch er warf bei der Neuwahl des Bundesvorsitzenden seinen Hut in den Ring. Stellvertretender Landesvorsitzender ist der Anwalt Peter Richter, der die NPD derzeit im Verbotsverfahren vertritt. 2004 gelang der Saarländischen NPD ein Überraschungserfolg, als sie es mit vier Prozent fast in den Landtag schaffte. Doch der Erfolg zerbröselte: 2009 bekam sie noch 1,5 Prozent, 2012 nur 1,2 Prozent der Stimmen. Kommunal sieht es noch schlechter aus: 2014 gewann sie landesweit 0,5 Prozent der Stimmen und sitzt nun in Saarbrücken im Stadtrat, im Bezirksrat West und in der Regionalversammlung sowie im Stadtrat von Völklingen. Zuletzt mobilisierte die NPD im Oktober unter dem Motto »Schluss mit dem Asylbetrug!« zu einer »Mahnwache« nach Lebach.

Baden-Württemberg

Angeführt wird der NPD-Landesverband Baden-Württemberg seit 2013 von Alexander Neidlein. Offiziell verfügt die Partei zwar in ganz Baden-Württemberg über Kreisverbände und Stützpunkte, in der Realität entwickeln nur wenige davon Aktivitäten. Schwerpunkte liegen im Schwarzwald-Baar-Kreis und im Rhein-Neckar-Kreis sowie in Weilheim am Rhein. Die NPD-Nachwuchsorganisation »Junge Nationaldemokraten« konzentriert sich auf den Raum Heilbronn und wird von Martin Krämer angeführt. Er ist zusammen mit Matthias Brodbeck stellvertretender Vorsitzender der Landespartei. Aktuell verfügt sie über zwei Gemeinde-, beziehungsweise Stadträte: In Mannheim ist es der Hooligan und ehemalige »Blood & Honour«-Aktivist Christian Hehl und in Villingen- Schwennigen der ehemalige Landesvorsitzende Jürgen Schützinger. Daneben gibt es noch zwei Kreistagsmandate im Schwarzwald-Baar-Kreis (Jürgen Schützinger) und in Böblingen (Janus Nowak).

Schleswig-Holstein

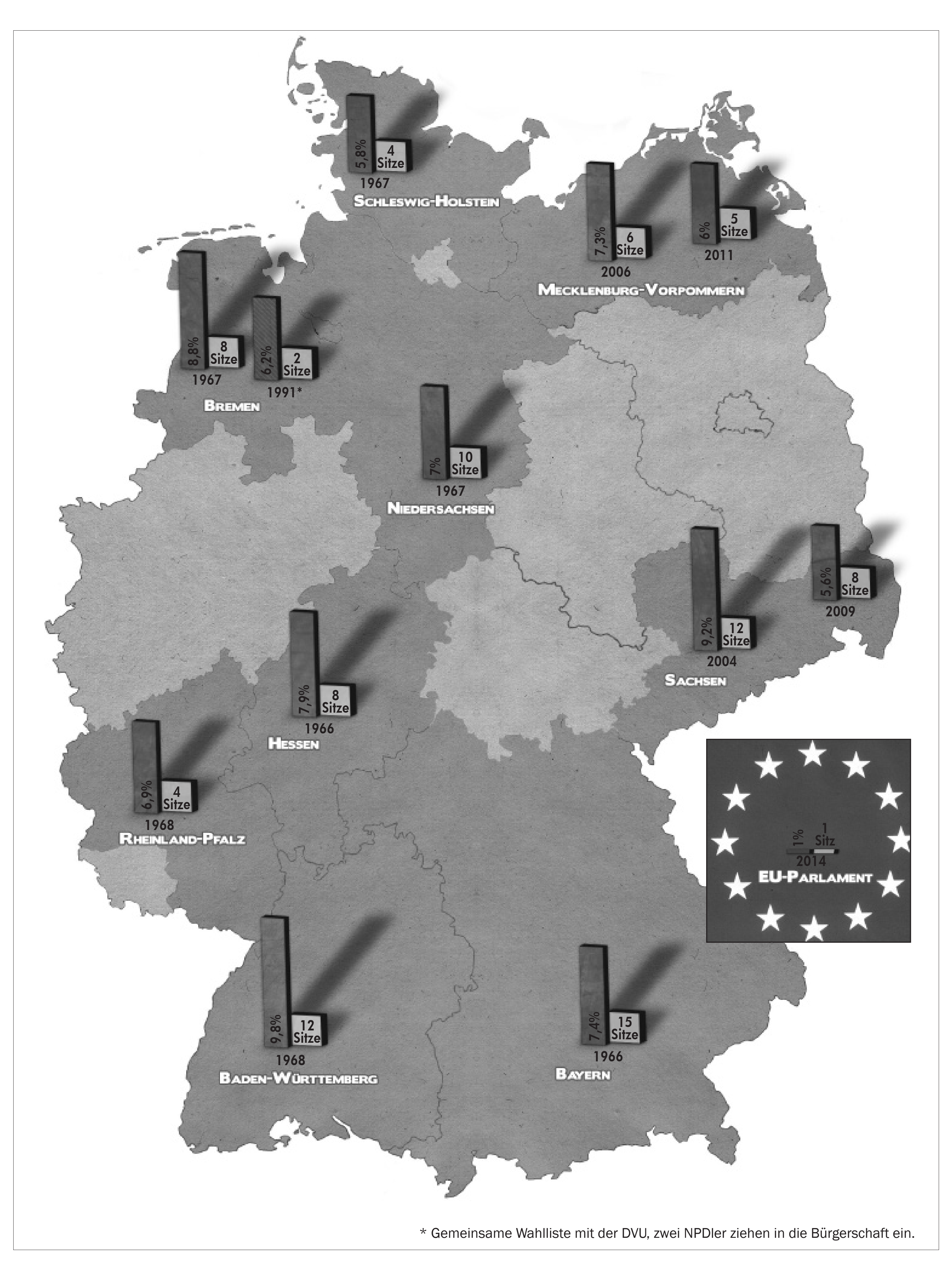
Im nördlichsten Bundesland zeichnet sich die NPD derzeit weder durch Qualität noch durch Quantität aus. Die Tätigkeiten beschränken sich auf Infostände und Flugblattaktionen – meist angeführt von den aktivsten Kreisverbänden Kiel-Plön, Neumünster-Segeberg und Lübeck-Ostholstein. Die Themen lauten »härtere Strafen für Sexualstraftäter«, »Flüchtlingspolitik« und »EU-Kritik«. Federführend sind die Vorstandsvorsitzenden Ingo Stawitz, Daniel Nordhorn und Jörn Lemke, wobei der Landesvorstand seit Jahren fast identisch besetzt ist. Zuletzt saß die NPD von 1967-1971 im schleswig-holsteinischen Landtag. Ihre derzeitige Strukturschwäche spiegelte sich in der Kandidatenaufstellung zur Landtagswahl 2012 wider: Waren es 2009 noch 15 Nominierte in 40 Wahlkreisen, kam sie nun lediglich auf fünf Direktkandidaten. Viele aktive UnterstützerInnen haben sich anderen Gruppierungen wie Rockern oder »Bruderschaften« zugewandt. Inwieweit es eine Zusammenarbeit dieser Gruppen mit der NPD gibt, wird sich zeigen.

Hessen

Die hessische NPD befindet sich in einem desaströsen Zustand. Hatte sie 2008 noch 450 Mitglieder, waren es zuletzt noch etwa 280. Wiederholt wechselten die Vorsitzenden: Von 2008 bis 2012 führte der Frankfurter Stadtverordnete Jörg Krebs die Partei. Ihm folgte bis Ende 2013 Daniel Knebel (Wetterau-Kreis). Bei der Landtagswahl am 22. September 2013 fuhr die Partei ein vergleichsweise gutes Ergebnis ein: 33.400 WählerInnen kreuzten die NPD an (1,1 Prozent), das waren 0,2 Prozentpunkte mehr als 2009. Trotzdem legte Knebel den Vorsitz nieder. Seitdem führen die stellvertretenden Vorsitzenden Stefan Jagsch und Daniel Lachmann (beide Wetterau-Kreis) die Partei, die kaum über handlungsfähige Kreisverbände verfügt. Zu Aufmärschen erscheinen wenige AnhängerInnen und die Präsenz der NPD in den Kommunalparlamenten schrumpft. Selbst in ihren alten Hochburgen wie Ehringshausen und Wölfersheim im Lahn-Dill-Kreis schwächelt sie. Derweil ist landesweit ein enger Schulterschluss mit »Kameradschaften« und »Autonomen Nationalisten« zu beobachten.

Sachsen-Anhalt

Bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 erreichte die NPD 1,6 Prozent der Stimmen und 34 Mandate. Ein Erfolg war das nicht. Bei der zeitgleich stattfindenden Europawahl gewann die Partei unter ihrem Landesvorsitzenden Peter Walde und dessen StellvertreterInnen Anne Adler, Heiko Krause und Thomas Grey 2,1 Prozent der Stimmen. Wichtigstes Thema in Wahlkämpfen und Kommunalparlamenten ist rassistische Hetze. Im Frühjahr 2016 wird in Sachsen-Anhalt der Landtag neu gewählt. Doch die Hoffnungen, in das Parlament einzuziehen, sind gering. Zu schwach ist der Landesverband, zu unbekannt ihr Personal. Einer der wenigen überregional aktiven und bekannten Funktionäre war der aus Magdeburg stammende ehemalige Bundesvorsitzende der »Jungen Nationaldemokraten«, Andy Knape. Doch nach der Wahlniederlage der Sachsen-NPD tauchte der ehemalige Mitarbeiter der dortigen Landtagsfraktion politisch ab. Zum frühzeitigen Auftakt des Landtagswahlkampfes traf sich die NPD im Oktober 2014 »im privaten Rahmen«.



^ *Wahlerfolge der NPD; wenige Jahre nach ihrer Gründung konnte die NPD in den Jahren 1966 bis 1968 gleich in sieben Landesparlamente mit 61 Abgeordneten einziehen. Erst Mitte der 2000er war sie wieder auf Landesebene erfolgreich. Zurzeit sind nur noch in Mecklenburg-Vorpommern NPDler in einem Landesparlament vertreten. Aufgrund einer Änderung des Wahlrechts konnte die braune Partei 2014 erstmals einen Abgeordneten ins Europaparlament entsenden.*

Kopflos in die Kommunalparlamente

Im »Kampf um die Parlamente« wurde Mecklenburg-Vorpommern zur Modellregion. Während NPD-Abgeordnete im Landtag auf Populismus und Provokation setzen, zeigt sich auf kommunaler Ebene kein einheitliches Bild. Es fehlen die Köpfe.

von Stephan Geelhaar und Roman Guski



^ rechts Michael Andrejewski

Das Scheitern des NPD-Verbots 2003 war der Ausgangspunkt für den Aufstieg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Der Ruf, verbotsresistent zu sein, motivierte die Parteibasis zu neuem Engagement und führte zu einem beachtlichen Mitgliederzustrom. Die Kommunalwahlen 2004 brachten der NPD, neben einigen Sitzen in Gemeindevertretungen, den Einzug in die Kreistage von Ludwigslust, Ostvorpommern, Müritz und Stralsund. Der Erfolg kam überraschend und erzeugte – verstärkt durch den parallelen Einzug in den Sächsischen Landtag – neues Selbstvertrauen, welches ein Jahr später in den Parteibeitritt führender Kameradschaftsaktivisten mündete. Der besiegelte Zusammenschluss parteigebundener und »freier Kräfte« schuf die Basis für den Landtagseinzug 2006 und eine dauerhafte Verankerung in den Kommunen.

NPD als rechtes Sammelbecken

Ludwigslust war der Landkreis, der traditionell über eine starke Parteistruktur verfügte und nach der Wende gezielt von NPD-Kadern wie Udo Pastörs und Stefan Köster besiedelt wurde. Im Ostteil des Bundeslandes, etwa in Stralsund und Anklam, gab es kaum solche Strukturen. Hier dominierten völkische Männerbünde und mitunter straff organisierte Neonazigangs, die allmählich in der NPD aufgingen. Dieser Trend hielt bis zur Kommunalwahl 2011 an, bei der es der Partei gelang mit 26 Abgeordneten flächendeckend in die Kreistage einzuziehen. Der Wahlerfolg ermöglichte einen Strukturgewinn. So konnte die NPD insgesamt drei Kreistagsfraktionen gründen und ihre finanziellen Zuwendungen erhöhen. Die letzte Kommunalwahl im Mai dieses Jahres stand hingegen im Zeichen der aktuellen Parteikrise; ein Drittel der Mandate auf Kreisebene ging verloren.

Verbrämte Ideologie, vermeintliche Bürgernähe

Die NPD ist bemüht, ihr Personal nicht nur mit Mandaten auszustatten, sondern zu professionalisieren. Schulungen und ein »Leitfaden für die kommunalpolitische Arbeit« sollen helfen, sich im parlamentarischen Alltag zurechtzufinden und sich zu fragen, was im jeweiligen »Kreis von substantieller Bedeutung« ist. Die Ratschläge stammen aus der Feder von Michael Andrejewski, dem umtriebigsten Kommunalpolitiker der NPD im Nordosten. Andrejewski kam 2003 nach Anklam, um sich die verbreitete politische Unzufriedenheit im strukturschwachen Hinterland der Insel Usedom zunutze zu machen. Er inszeniert sich als Mann aus der »Mitte des Volkes«, der um die Sorgen und Nöte der »kleinen Leute« weiß. Lokale Probleme werden mit ideologischen Botschaften verknüpft – etwa wenn er den Erhalt einer Kinderbibliothek gegen die Förderung einer Gedenkstätte für Opfer der Wehrmachtsjustiz ausspielt oder in Haushaltsdebatten zur Systemkritik ausholt. Die Arbeitsintensität Andrejewskis, der auch der Landtagsfraktion angehört, geht im Vergleich zu demokratischen Mandatsträgern nicht über das Mittelmaß hinaus. Doch jede noch so kleine Aktivität wird von der NPD auf Flugschriften und im Internet öffentlichkeitswirksam beworben. »Wir kümmern uns!«, lautet die viel beschworene Parole.

Wenig Einfälle und politische Totalausfälle

Vielfach scheitern die oft unerfahrenen Abgeordneten am eigenen Anspruch. Wer die Tür zum Sitzungssaal verfehlt, bringt auch nicht den in Wahlkampfzeiten versprochenen »frischen Wind in die Parlamente«. Beispielhaft stand dafür Bernd Flotow, der als Mitglied der Stralsunder Bürgerschaft jeder zweiten Sitzung fernblieb. Der NDR kürte ihn deshalb zum »faulsten Abgeordneten Deutschlands«. Nicht wenige Parteikollegen sind überfordert und verhalten sich passiv. Als politischer Totalausfall muss auch Günther Wohlert gelten, der es in fünf Jahren nur zu einem Antrag und einer Wortmeldung in der Schweriner Stadtvertretung brachte. In diesem Jahr verzichtete die NPD darauf, in der Landeshauptstadt erneut eineN KandidatIn aufzustellen. Skurrile Blüten treibt der Personalmangel in Güstrow: Ausgerechnet mit dem Wahlslogan »Stimme der Vernunft« trat der für einen Überfall auf einen Jugendclub vorbestrafte Nils Matischent an. Kürzlich wurde der Kreistagsabgeordnete und Stadtvertreter wegen Diebstahl und Hehlerei erneut verurteilt.

Zwischen Einbindung und Ausgrenzung

Die parlamentarische Arbeit dient der NPD vor allem zur Selbstdarstellung, steht und fällt jedoch mit dem Personal. Während sich das kommunalpolitische Wirken von Markus Kopplow in der Stadtvertretung Neukloster darin erschöpfte, die »Umstellung der Wasserrutsche im örtlichen Freibad« zu beantragen, gelang es der NPD in Heringsdorf Ende 2013 durch parteifremde Stimmen einen Vertreter in den Tourismusausschuss zu entsenden. Das Ergebnis ist ein heillos zerstrittener Ausschuss und ein propagandistischer Erfolg für die NPD. Immer wieder versucht die Partei durch vermeintlich unverfängliche Anträge zusätzliche Stimmen zu erhalten, die politische Konkurrenz durch geschicktes Agenda-Setting vor sich herzutreiben und örtliche Probleme skandalträchtig aufzuladen. Das Kalkül, die eigene politische Isolation dauerhaft aufzubrechen, scheitert nicht nur am wenig sachlichen Politikstil der NPD. In den Kreistagen verständigen sich die demokratischen Parteien gemeinhin auf den im Landtag erprobten »Schweriner Weg«, NPD-Anträge zu ignorieren und mit nur einer Gegenrede zu beantworten. Die »Alternative für Deutschland« (AfD) verweigert sich diesem Konsens. Im Kreistag Vorpommern-Greifswald machten sich AfD-Abgeordnete durch ihr Abstimmungsverhalten zum Bündnispartner der NPD gegen Flüchtlinge.

»Nette Nazis von nebenan«

Trotz landesweiter Wahlergebnisse unter einem Prozent gelingt es der NPD in Niedersachsen in einzelnen Orten und Regionen überdurchschnittlich viele Stimmen auf sich zu vereinen. Was sind in diesen Orten die Erfolgsfaktoren der Kommunalpolitik der Partei? Warum gelingt es ihr nicht, diese Erfolge auch auf Landesebene auszuweiten?

von David Janzen



^ Adolf Preuß (links) hier zusammen mit Ulrich Eigenfeld und Udo Voigt

Landesweit gibt es je nach Region unterschiedliche Wahlergebnisse mit einem deutlichen Gefälle in Südost-Nordwest, stellt Lothar Eichhorn vom Statistischen Landesamt Niedersachsen fest: »Negativ auffällig sind in dieser Hinsicht vor allem Südniedersachsen, sowie die nordöstlichen und östlichen Teile des Landes«. Die Ergebnisse der NPD bei der Bundestagswahl 2009 reichten von 5 Prozent in der Samtgemeinde Nord-Elm im Südosten bis runter zu null Prozent auf der Nordsee-Insel Spiekeroog. Landesweit kam die Partei dabei nur auf 1,4 Prozent der Zweitstimmen. Von den zwölf Kommunen, in denen die NPD die höchsten Ergebnisse erzielt hatte, liegen acht an der Landesgrenze zu Sachsen-Anhalt. Alles eher kleine Gemeinden, Helmstedt mit 24.000 EinwohnerInnen ist die größte. Auffällig: Fast alle diese Kommunen gehören zu den VerliererInnen des demografischen Wandels. Auch bei der Landtagswahl 2013 war das Bild ähnlich: Die NPD bekam tendenziell in den Orten überdurchschnittlich viele Stimmen, die von hoher Abwanderung, Überalterung, Wohnungsleerstand und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dort, wo »viele Menschen keine Perspektive für sich sehen, verunsichert und orientierungslos sind«, findet die extreme Rechte mit ihren Parolen einen Resonanzboden, erläuterte Eichhorn gegenüber der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung.

»Heimattreue Kommunalpolitik«

Doch die sozioökonomischen Faktoren sind nicht allein ausschlaggebend: In den Orten mit hohen Wahlergebnissen treten meist KandidatInnen der NPD an, die im Stadt- und Dorfleben präsent sind und sich ehrenamtlich in Vereinen engagieren. Eichhorn nennt sie die »netten Nazis von nebenan«. In der Samtgemeinde Nord-Elm, die kontinuierlich hohe Wahlergebnisse der NPD aufweist, ist das der 1940 geborene Landwirt Adolf Preuß. Am Scheunentor seines Hofes, direkt an der Hauptstraße in Süpplingen, prangt seit Jahrzehnten ein Schild mit den Umrissen Deutschlands in den Grenzen von 1937 und der Parole: »3 geteilt – niemals!«. Mit 14,22 Prozent wurde er bei der Kommunalwahl 2011 zum wiederholten Male in den Gemeinderat gewählt, er sitzt im Samtgemeinderat. Im nahegelegenen Helmstedt vertritt sein Bruder Friedrich Preuß die NPD bereits seit 1991 im Rat der Stadt. Beide gehören zu den vielen Familien von ›Vertriebenen‹, die sich nach 1945 hier an der damaligen innerdeutschen Grenze ansiedelten. In diesem Milieu der ›Vertriebenen‹ und Kriegsheimkehrer hat die NPD traditionell eine ihrer Wurzeln.
Besonderes gibt es über die Kommunalpolitik der NPD in der Region Helmstedt nicht zu berichten. Friedrich Preuß meldet sich ab und an im Rat zu Wort, bringt Anträge ein und stellt regelmäßig Anfragen. Im Bau- und Umweltausschuss klagt er über kaputte Straßen oder »Schwemmsand auf dem Pastorenweg«. Er setzt sich für die Umstellung auf Ökostrom ein. Er ist kein Mann der Provokationen oder Skandale. In einem Werbevideo der NPD beantwortet er die Frage nach der Strategie einer »heimattreuen« Kommunalpolitik so: »In unserer Region ist es mit Kleinstädten, Ortschaften und so was, dass da Sachpolitik entscheidend ist. Und das honoriert der Bürger. Der Bürger möchte einfach nicht, dass nur Parteipolitik auf der kommunalen Ebene gemacht wird. […] Aber man kann Politik in die richtige Richtung machen, indem man sich für die richtigen Dinge in der Kommune einsetzt und Vertrauen der Bürger damit auch erwirbt und die auch sich [sic!] bestätigt sind, dass die NPD eine bürgernahe Partei ist«. Eine solche kommunalpolitische Verankerung braucht aber vorzeigbare Köpfe und an denen mangelt es der NPD. Statt einer flächendeckenden Verankerung vor Ort bleibt es deshalb bei einigen wenigen lokalen Hochburgen. Im Unterbezirk Braunschweig beispielsweise, der seit Jahrzehnten von Friedrich Preuß geleitet wird, und der die Stadt Braunschweig sowie die Landkreise Peine, Wolfenbüttel und Helmstedt umfasst, gibt es gerade mal noch an die 50 Mitglieder. Hier herrscht manchmal noch eher der Geist einer NPD der 60/70er Jahre: Volksmusik, Heimattümelei und Kaffeeklatschatmosphäre statt jugendlichem Aktionismus, popkulturellem Auftreten und der Ausnutzung der Propagandamöglichkeiten im Web 2.0. Ein immer wieder angekündigter Generationenwechsel im Vorstand konnte mal mangels geeigneten Nachwuchses und mal aufgrund der Mehrheitsverhältnisse bisher nicht nachhaltig umgesetzt werden. In den anderen Orten des Unterbezirks außerhalb des Landkreises Helmstedt ist die NPD so gut wie gar nicht mehr öffentlich präsent.

Fehlendes Personal

Die Erfolgsfaktoren der NPD sind in Niedersachsen dieselben wie in anderen Bundesländern auch. Vergleichsanalysen zwischen Regionen in Ost- und Westdeutschland, in denen die NPD jeweils überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt, zeigen, dass dort jeweils vergleichbare negative sozioökonomische Bedingungen herrschen. Nur in den neuen Bundesländern sind diese abgehängten Orte und Regionen deutlich verbreiteter als in den alten Bundesländern. Auch die kommunalpolitischen Strategien der NPD unterscheiden sich kaum. Nur fehlt es der NPD in Niedersachsen, mit sinkenden Mitgliederzahlen von vielleicht noch 450 Mitgliedern, schlichtweg an geeignetem Personal. Und auch beim Nachwuchs sieht es eher desolat aus: Die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) haben derzeit gerade einmal zwischen 20 und 30 Mitglieder in Niedersachsen. Das reicht weder für eine kommunale Verankerung in den knapp 1.000 Gemeinden im Bundesland, noch für einen flächendeckenden Antritt bei den Landtagswahlen.

Weltanschauliche Schulung in der NPD

Mit der »Dresdner Schule« in Meerane versuchte die NPD ihr Klientel zu intellektualisieren.

von Volkmar Wölk



^ *NPD-Aufmarsch in Rostock 2006 – vorne, zweiter von links: Jürgen Gansel*

2004 sollte alles anders werden bei der NPD. Vor allem intellektueller sollte sie werden. Meinte jedenfalls Jürgen Werner Gansel, damals frisch in den Sächsischen Landtag gewählt. Und wer sonst außer ihm selbst hätte dazu berufen sein können, die gewünschte Intellektualisierung voranzutreiben. Schließlich gehört er zu jener verschwindenden Minderheit in der NPD, die nicht nur ein Abitur in der Tasche, sondern auch das Studium tatsächlich abgeschlossen hat. Mit 1,6 hatte er sein Magisterexamen abgeschlossen, die Examensarbeit passend über die »Konservative Revolution« geschrieben. Die Wissenschaft wäre ohne die kleine Arbeit nicht ärmer. Aber unter den Blinden ist bekanntlich der Einäugige König.

Aufbruch in Dresden

Plötzlich war Dresden zum Zentrum der »nationalen Politik« in der Bundesrepublik geworden. Aktionsorientiert hatte sich die extreme Rechte hier bereits in den Jahren zuvor gezeigt, nicht zuletzt durch die jährlichen Aufmärsche zum 13. Februar. Nunmehr zeitigte auch die Parlamentsorientierung den ersten Erfolg: nach 32 Jahren endlich wieder Landtagsmandate für die NPD! Und wäre es nach dem Wollen des Jürgen Werner Gansel gegangen, dann hätte man in der sächsischen Hauptstadt künftig auch die Diskursfähigkeit unter Beweis gestellt. »Dresdner Schule«! Das ist nicht nur geographisch die Konkurrenz zur verhassten Frankfurter Schule.

Rolf Kosiek, ein ehemaliger Landtagsabgeordneter der NPD, damals gerade 70 Jahre geworden, hatte eine flammende Kampfschrift über die »zersetzenden Auswirkungen« und über die von ihr verursachte »Machtübernahme der 68er« verfasst. Hier galt es anzuknüpfen: Die »Kulturstadt« Dresden gegen die »Bankenmetropole« Frankfurt am Main, »deutscher Geist« gegen »jüdischen Ungeist«; der »deutsche Revolutionär« Richard Wagner auf den Barrikaden von 1848 gegen den »kleindeutschen Geist« des Parlamentarismus der Frankfurter Paulskirchenversammlung. Von Dresden sollte die geistige Erneuerung ausgehen.

Es hätte so schön werden können. Wenn es nach Jürgen Werner Gansel gegangen wäre. Ging es aber natürlich nicht. Gansel hatte vergessen, dass Intellektuelle auch zu der Zeit von Rolf Kosiek Mangelware in der NPD waren. Und die wenigen, die wirklich nennenswert waren, waren Restbestände aus der NS-Zeit. Alt geworden, unbrauchbar für die aktive politische Arbeit. Sicher, da gab es auch einen Ernst Anrich, einst SS-Mitglied und Dekan an der »Reichsuniversität« Straßburg, der es bis zum Parteivorstandsmitglied in der NPD gebracht hatte. Und der vor allem – obwohl nach 1945 aus dem Hochschuldienst entfernt – als Gründer und langjähriger Leiter der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft Darmstadt weiterhin Einfluss auf die »weltanschauliche Schulung« der deutschen Intelligenz nehmen konnte. Der sogar für kurze Zeit dem Patronatskomitee der Zeitschrift »Nouvelle École« der neurechten Denkfabrik »GRECE« im Nachbarland Frankreich angehörte. Doch schnell wurde er Alain de Benoist und dessen FreundInnen zu peinlich.

Das Projekt: »Dresdner Schule«

Es kam wie es nicht anders kommen konnte: die »Dresdner Schule« startete mit viel propagandistischem Wirbel als Tiger und endete als Bettvorleger. Immerhin erschien bald die Zeitschrift »Hier & Jetzt« als Theorieorgan; sie konnte auch AutorInnen außerhalb der NPD gewinnen, wurde immer umfangreicher und erschien immer seltener. Gansel hatte nichts damit zu tun. Statt des Vorzeige-Intellektuellen fungierten zunächst die sächsischen »Jungen Nationaldemokraten« als Herausgeber, danach waren es weitgehend Gansels Fraktionskollegen Andreas Storr, Arne Schimmer und Holger Szymanski, die dem Blatt sein Gepräge gaben. Außenwirkung über den Kern des nationalistischen Lagers hinaus? Fehlanzeige!

Die »Dresdner Schule« präsentierte sich folglich – typisch deutsch – als biederer Verein. Das »Bildungswerk für Heimat und nationale Identität« wurde am 18. April 2005 gegründet; mit dem erklärten Ziel, die »Denkansätze der Dresdner Schule im öffentlichen Diskurs« zu verbreiten.

Eigentlich war geplant, als parteinahe Stiftung in den Genuss weiterer öffentlicher Gelder zu gelangen. Doch zunächst wurde das Kriterium der Dauerhaftigkeit noch nicht erreicht, dann das Prinzip der Öffentlichkeit der Arbeit verfehlt. Die »Dresdner Schule« war offenbar so elitär, dass öffentliche Werbung für die Veranstaltungen schlicht unterblieb. Der Eigendarstellung »Die Veröffentlichungen und Seminare zeichnen sich durch geistige Offenheit und einen oftmals kontroversen, aber stets sachlichen und gewinnbringenden Diskurs aus« mochte man glauben oder auch nicht. Nachprüfen konnte das niemand, der nicht das Wohlgefallen des Vorsitzenden Thorsten Thomsen, zugleich wissenschaftlicher Mitarbeiter der NPD-Fraktion, oder des Vorstandes fand.

Ganze fünf Wochenendseminare führt die Homepage des Vereins im Zeitraum zwischen April 2010 und Juni 2012 auf, 40 Teilnehmende waren nach Eigenangaben der Spitzenwert. Davor: »eine längere Pause«. Danach: Funkstille. Die beiden letzten Veranstaltungen unter den Titeln »Der deutsche ›Dritte Weg‹: Soziale Marktwirtschaft neu denken« beziehungsweise »Mut zur Identität: Das Eigene erkennen und verteidigen!«



fanden – geografisch vage – »im Erzgebirge« statt. Die Vortragenden beim ersten Seminar kamen fast ausschließlich aus der NPD oder gehörten ihr, wie Jürgen Schwab, früher führend an. Konnten tatsächlich einmal Intellektuelle begrüßt werden, wie beim zweiten Thema, dann handelte es sich um ›Ausländer‹ wie den kroatischen Politologen Tomislav Sunic.

Der Hausherr: Hans-Michael Fiedler

Inzwischen spricht vieles dafür, dass die »Dresdner Schule« nicht im Irgendwo des Erzgebirges, sondern vielmehr ganz konkret im Städtchen Meerane im Landkreis Zwickau stattfand. Hier hatte sich jemand niedergelassen, bei dem Jürgen Werner Gansel in Sachen Intellektualisierung einer bildungsfernen Partei in die Schule hätte gehen können. Hans-Michael Fiedler, der dort ein verfallendes Haus zur »Tagungsstätte Mitteldeutschland« ausbauen wollte, hat zwar im Gegensatz zu Gansel nie die ersehnte Abschlussarbeit an der Universität Göttingen vollendet, hat im Gegensatz zu ihm nie von seiner politischen Arbeit leben können, hat auch als Lyriker nie die ersehnte Anerkennung erlangt und hat sein einziges Werk mit wissenschaftlichem Anspruch »Völker zur Freiheit! Vom Kampf europäischer Volksgruppen um Selbstbestimmung« nur unter Pseudonym veröffentlichen können. Doch hätte er Gansel erzählen können, auf welche Weise man als Neonazi auch unter widrigen Bedingungen einen Schulungsbetrieb für junge Leute am Laufen hält. Er tat dies als langjähriger »Studienleiter« des »Studentenbundes Schlesien« (SBS), dem Holger Apfel ebenso angehörte wie der zeitweilige Mitarbeiter der sächsischen NPD-Fraktion, Waldemar Maier. Bereits 1963 hatte er die Theoriezeitschrift »Missus. Blätter für Politik, Kultur und die Pflege des monarchischen Gedankenguts« im heimatlichen Alfeld (Niedersachsen) gegründet und bis zur Einstellung 1988 weitgehend redaktionell eigenverantwortlich gestaltet. Und nicht zuletzt war er 1968 Initiator der »Göttinger Runde«, zunächst als Veranstalter des »Studentischen Arbeitskreises Pommern« in Göttingen, die sich zu einem halbjährlich stattfindenden Theorietreffen zur Nachwuchsschulung des Neofaschismus entwickelte. Eine Ausnahme blieb allerdings, dass er zur »Sababurgrunde«, einem Ideologie- und Strategietreffen der sogenannten »Neuen Rechten«, eingeladen wurde. Einen weiteren Unterschied zur heutigen Zeit gilt es festzuhalten. Fiedler gelang es immer wieder, Unterstützung durch RepräsentantInnen des rechten Flügels der Vertriebenenverbände für seine »nationale Schülerarbeit« zu organisieren.

Die Schwierigkeiten, die Fiedler letztlich in die Einöde des Erzgebirges führten, waren bereits damals absehbar. 1975 schrieb Jürgen Rieger an seinen Freund und langjährigen Mitstreiter Hans-Michael Fiedler, »dass Du ungern mit anderen zusammenarbeitest, sofern sie eigene Ideen entwickeln. […] Wenn Du Dir mal durch den Kopf gehen lässt, wer schon alles bei der Göttinger Runde war und jetzt nicht mehr kommt, kommt eine erkleckliche Liste zusammen. Keine Erfolgsbilanz.«. Und auch die finanziellen Schwierigkeiten, über die Fiedler in Meerane immer wieder klagen sollte, waren ihm bereits damals bekannt. »Die nächste Monatsmiete zahlt der USB – sonst könnte ich gleich kündigen«, hieß es zur gleichen Zeit in einem Brief an den damaligen Funktionär des »Bundes Heimattreuer Jugend« (BHJ), Erich Lienhart, der es später zum Kreisvorsitzenden des »Bundes der Vertriebenen« (BdV) bringen sollte. Beim USB handelte es sich um den »Unabhängigen Schülerbund«, den Fiedler wesentlich angeschoben hatte. Dessen Bundesvorsitzender, der sich laut Fiedler »prächtig entwickelte«, war zu jener Zeit übrigens der Schüler Christian Heck, heute wohl bestallter Richter.

Solch Karriere blieb Fiedler verwehrt, selbst innerhalb der eigenen Partei. Zwar durfte er für die niedersächsische NPD zum Landtag kandidieren und war zeitweilig Redaktionsmitglied der »Deutsche Stimme«, doch klang es schon fast ebenso verzweifelt wie entschlossen, als er im Oktober 1991 seinen Vortrag bei der »Göttinger Runde« des SBS unter das Motto »Warum kämpfen, wenn nicht um zu siegen?« stellte. Zu jener Zeit lebte er bereits in Adelebsen, sein Einfluss in der Partei war ebenso gesunken wie die Mitgliederzahlen der von ihm beeinflussten Gruppen.

Und doch: Der Abstieg nach Meerane war noch nicht absehbar. Noch konnte er darauf verweisen, dass er in den »Staatsbriefen« von Hans-Dietrich Sander publizieren konnte. Noch konnte er stolz aufzählen, dass der Kunstpapst des Neofaschismus, Prof. Richard W. Eichler von der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« (SL), bei seiner »Göttinger Runde« referiert hatte, ebenso wie der genannte Sander, mit Ilse-Carola Salm, der Flandern-Spezialistin des Lagers, Henning Jäde vom Parteivorstand der NPD, der es später zum hohen Beamten der bayerischen Verwaltung bringen sollte, Dietrich Murswieck, der längst Professor für Staatsrecht geworden ist, und nicht zuletzt immer wieder Jürgen Rieger.

Abbruch in Meerane

Alle hatten sie Erfolg. Nur Hans-Michael Fiedler nicht. Wenigstens hatte er für das Projekt in Meerane mit Winfried Stannieder jemanden gefunden, der seinen vagen Versprechungen glaubte, dass das Schulungszentrum sich nicht nur selbst tragen würde, sondern auch dazu beitragen könne, die notwendigen Reparaturarbeiten zu bezahlen. Stannieder kam aus dem später verbotenen »Bund Nationaler Studenten« und hatte sich dann beim »Freundeskreis Filmkunst« um Jürgen Rieger bewegt. Als offizieller Träger diente der »Förderverein Jugendbildung«, eingetragen beim Vereinsregister Leipzig. Offenbar war auch daran gedacht, dass straffällig gewordene Gesinnungsfreunde beim Verein in Meerane ihre Sozialstunden ableisten sollten. Als Geschäftsstelle diente zunächst die Kanzlei eines befreundeten Leipziger Rechtsanwaltes, Vorstandsmitglieder waren vorwiegend alte Gefährten Fiedlers aus der NPD, die seit den 1990er Jahren nicht mehr öffentlich aufgetreten waren.

Inzwischen ist das Projekt gescheitert. Das Haus in Meerane verfällt. Fiedler hat sich wieder nach Niedersachsen abgesetzt. Er wollte der große Intellektuelle sein und blieb doch der kleine Möchtegern. Jürgen Werner Gansel ist noch in Sachsen. Noch. Er wollte der große Intellektuelle der NPD sein.



Die »Jungen Nationaldemokraten«

Auch wenn sie mit wenigen hundert Mitgliedern von früheren Zahlen weit entfernt sind: Die »Jungen Nationaldemokraten« sind im fünfundvierzigsten Jahr ihres Bestehens zweifellos der wichtigste, parteieigene Zusammenschluss der NPD.

von Olaf Urban

Viele wichtige Kader der NPD waren im Laufe der Jahrzehnte bei den »Jungen Nationaldemokraten« (JN) organisiert, darunter Adolf Dammann, Ralf Ollert, Peter Marx, Klaus Beier, Jens Pühse, Steffen Hupka, Mirko Appelt oder der Rechtsterrorist Peter Naumann. Zu ihren Bundesvorsitzenden zählten die späteren NPD-Chefs Günther Deckert und Holger Apfel ebenso wie Andreas Storr. Andere ehemalige JNler gingen später in die DVU (Heinrich Gerlach, Hans Weidenbach, Bernd Dröse) oder zu »Pro NRW« (Manfred Rouhs), Dieter Munier wurde umtriebiger Verleger (»Zuerst!«).
In den ersten Jahren nach der Gründung hatte die NPD keine eigene Jugendorganisation. Viele der damaligen Funktionäre lehnten entsprechende Vorstöße aus verschiedenen Erwägungen ab. So gab es unter anderem die Angst, »die Umerziehung [könnte] ihre Spuren hinterlassen haben«, oder eine solche Organisation könne »zu aufmüpfig werden«, wie es im von Holger Apfel anlässlich des 35. Jubiläums der Partei 1999 herausgegebenen Sammelband »Alles Große steht im Sturm« heißt. Einige NPDler jener Jahre sahen die Nachwuchspflege bei der »Wiking-Jugend« oder dem »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ) in guten Händen. Adolf von Thadden, 1967 bis 1971 NPD-Bundesvorsitzender, meinte, dass »die NPD keiner zweiten Hitler-Jugend bedürfe«. Es gab also offenbar auch Bedenken, eine radikale Jugendorganisation würde die Gefahr von Verboten heraufbeschwören.

Gründung

Um die Bedürfnisse jüngerer Mitglieder zu befriedigen, entschloss sich der Bundesvorstand Ende 1965 dazu, in den Vorständen »Jugendreferenten« zu installieren.
Da diese »Referenten« aber von den jeweiligen Vorständen bestimmt wurden, sahen sich die Jungmitglieder weiter bevormundet. Die JugendreferentInnen vernetzten sich und die Jungmitglieder forderten weiterhin eigene Rechte ein.
Für die JN wurde die Krise nach dem »gescheiterten Bundestagseinzug« 1969 zur Chance. Im Jahr 1970 gaben sich die JN ein eigenes Statut und im September desselben Jahres fand in Gießen der erste JN-Bundeskongress statt, auf dem Alfons Hueber zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Auf dem NPD-Bundesparteitag im Folgejahr wurden die JN als Jugendorganisation in die Satzung der Mutterpartei aufgenommen.

Anfangsjahre

Von Anfang an versuchten die JN durch Aufsehen erregende Aktionen zu punkten. Ein Vorbild des JN-Aktionismus war die »Aktion Widerstand« (AW), die 1970 als außerparlamentarisches Auffangbecken für das befürchtete Auseinanderbrechen der NPD gegründet wurde, und der sich viele wichtige Akteure der extremen Rechten anschlossen. Inhaltlicher Aufhänger war die Ostpolitik der Regierung Brandt. Die Idee zur »Aktion Widerstand« entstand im Zuge der teilweise militanten Proteste gegen das Treffen des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph mit Kanzler Willy Brandt im Mai 1970 in Kassel. Auf der gewalttätigen Demonstration beim AW-Gründungstreffen mit 3.000 Teilnehmenden am 31. Oktober 1970 in Würzburg wurden Parolen gerufen wie »Walter Scheel und Willy Brandt – Volksverräter an die Wand«.
Die auch bei nahezu allen folgenden Aktionen der AW offen und in Anlehnung an die SA praktizierte Radikalität veranlasste den NPD-Bundesvorstand zwar, die Zusammenarbeit einzustellen, und

infolgedessen löste sich die AW schon 1971 wieder auf. Teile der Szene wandten sich in der Folgezeit terroristischen Konzepten zu. So wurden in den 1970er Jahren verschiedene Wehrsportgruppen gegründet. Die JN als Teil des zumindest äußerlich legalistischen Flügels verwenden den Namen »Aktion Widerstand« aber bis heute.

Seit den 1970er Jahren machten die JN immer wieder mit spektakulären Aktionen von sich reden. So demontierten sie 1979 eine der entlang der DDR-Grenze installierten Selbstschussanlagen und protestierten gegen die Besuche des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breshnew (1983) oder des US-Präsidenten Reagan (1987).

Einige der Aktionsformen früherer Jahre wurden und werden nicht nur von den JN immer mal kopiert, wodurch der eigenen Klientel gegenüber eine gewisse Kreativität simuliert wird.

Seit den frühen 1980er Jahren tauchen JN-»Schülerzeitungen« mit meist nur wenigen Ausgaben punktuell im Einflussbereich der jeweils aktiven JN-Stützpunkte und Landesverbände auf. Schon die Namensgebung der Blättchen dient dabei der Selbststilisierung: »Der Rebell« (Verden), »Denkzettel« (Berlin), »Der Stachel« (Brandenburg), »Jugend Rebelliert« (Sachsen-Anhalt) oder noch vollmundiger zuletzt »Der Platzhirsch« (Sachsen).

Die 1990er Jahre

Anfang der 1990er Jahre spielte die NPD angesichts der Konkurrenz von »Freiheitlicher Arbeiterpartei« (FAP), »Nationalistischer Front« (NF), »Deutscher Alternative« (DA) einerseits und der Abspaltung DVU sowie den damals auch bei Wahlen erfolgreichen »Republikanern« kaum eine Rolle. Als einige der anderen neonazistischen Organisationen nach dem Vereinsrecht verboten wurden, drängten manche ihrer Kader in die nun älteste Partei des Spektrums, auch um die juristischen Vorteile des Parteienrechts nutzen zu können. Andere konzentrierten sich auf neue Organisationsmodelle und entwickelten das Konzept der »Freien Kameradschaften«.

Die JN versuchten Mitte der 1990er unter ihrem Vorsitzenden Holger Apfel aus einer Zusammenarbeit mit den »Kameradschaften« Nutzen zu ziehen. Mit der Wahl von Udo Voigt zum NPD-Bundesvorsitzenden 1996 öffnete sich auch die Mutterpartei. Maßgeblich von der NPD/JN organisiert wurden die Aufmärsche am 1. März 1997 gegen die »Wehrmachtsausstellung« in München oder am 1. Mai 1998 in Leipzig mit jeweils gut 5.000 Teilnehmenden, einem der größten seit Jahrzehnten.

Durch die erfolgreiche Zusammenarbeit boten sich den noch radikaleren Kräften nun auch Posten. So gehörten ab 1998 die JNler Steffen Hupka, Jens Pühse (beide ex-NF) und Sascha Roßmüller dem NPD-Bundesvorstand an.

Trotzdem stagnierte die Entwicklung der JN: Angesichts des Verbotsverfahrens 2001-2003 spitzten sich die Konflikte in der NPD so zu, dass einzelne Kader wegen »parteischädigenden Verhaltens« ausgeschlossen wurden. Dies traf Anfang 2001 auch Hupka, der mit seiner »Revolutionären Plattform in und bei der NPD« (RPF) versuchte, die Partei zu radikalisieren. Hupkas Ausschluss wurde von einigen NPDlern mit ihrem Austritt beantwortet. So löste sich der Kreisverband Anhalt gleich ganz auf, und seine Mitglieder machten nun wieder als »Freie Nationalisten Köthen« Politik.

Aufwind

Nach der Einstellung des Verbotsverfahrens (2003) und dem Landtagseinzug in Sachsen (2004) versuchte die NPD, sich wieder radikaleren Kräften zu öffnen, nicht zuletzt um ihren Führungsanspruch im »nationalen Lager« zu untermauern. Teile des Kameradschaftsspektrums gingen auf das Angebot ein und versuchten ihrerseits ihren Einfluss auf die Politik der Partei zu stärken, indem sie in NPD und JN eintraten. Durch ihren Aktionismus bekannt wurden vor allem die JN in Sachsen-Anhalt. Dort wurde nach einigen Jahren Pause 2005 der JN-Landesverband wiedergegründet. Zu den Neu-Mitgliedern zählten »Blood & Honour«-Aktivisten wie Sascha Braumann (Magdeburg), der Chef der früheren, zum »Thüringer Heimatschutz« gehörigen »Kameradschaft Ostara« Enrico Marx (Sotterhausen), der eng mit dem ehemaligen B&H-Kader Sven Liebig verbundene Matthias Bady (Halle) und nicht zuletzt der im vergangenen Frühjahr verstorbene V-Mann Thomas »Corelli« Richter.

Der erste neu gegründete JN-Stützpunkt ging Ende 2005 aus der kurz zuvor – angeblich um einem Verbot zu entgehen – aufgelösten »Wernigeröder Aktionsfront« hervor. Ihr Führungskader Michael Schäfer stieg 2007 zum JN-Bundesvorsitzenden auf. Sein Konzept eines »modernen Nationalismus« stand unter dem vielsagenden Motto »Hin zu altem Geist und neuer Stärke!«.

Nach dem Scheitern der NPD bei den Landtagswahlen 2011 in Sachsen-Anhalt gingen mehrere ihrer Kader als Mitarbeiter zur sächsischen Landtagsfraktion, darunter die JNler Schäfer, Julian Monaco (vorher Niedersachsen) und Marcus Großmann. Auch den Nachfolger Schäfers als JN-Bundeschef, Andy Knape (ab 2012), und die Bundesgeschäftsstelle zog es nun nach Sachsen.

Während sich die JN einerseits um ein Image bemühten, das zu Holger Apfels Konzept einer »seriösen Radikalität« passen sollte, gründete sie andererseits als eine ihrer Gliederungen die »IG Fahrt & Lager«, die sowohl in völkischer Symbolik und Habitus als auch personell als eine Nachfolgeorganisation der 2009 verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) gelten kann. Leiter der IG ist der ehemalige HDJ-Bundesführer Sebastian Richter (Mecklenburg).

Die Verlockung, neonazistische Politik unter dem schützenden Dach einer Partei weiterführen zu dürfen und dabei vielleicht auch noch bezahlte Posten abzubekommen, scheint trotz drohenden NPD-Verbots attraktiv (gewesen) zu sein.

Abwind

Seit einiger Zeit hat das Vertrauen allerdings offenbar gelitten. Etliche Neonazis haben sich neuen Parteiprojekten zugewandt. Zum einen hatten Christian Worch und andere Fusionsgegner aus der späten DVU »Die Rechte« gegründet. Schwerpunkt der Partei ist Nordrhein-Westfalen, wo das Spektrum der verbotenen Kameradschaftsstrukturen aus Dortmund, Hamm oder Aachen untergekommen ist. Mittlerweile verfügt »Die Rechte« auch über ein paar mehr oder weniger wichtige Ableger in anderen Bundesländern. Zum anderen gründeten VertreterInnen des im Juli dieses Jahres verbotenen Kameradschaftsbunds »Freies Netz Süd« prophylaktisch schon Ende 2013 die Partei »Der Dritte Weg«.

Das Vertrauen in die politische Durchsetzungskraft der NPD, und damit auch der JN, hat in den letzten zwölf Monaten noch einmal deutlich abgenommen. Beigetragen haben dazu neben dem drohenden Verbot sicher auch die diversen Skandale um Holger Apfel, »Peniskuchen«-Marx, den thüringischen Spitzenkandidaten Patrick Wieschke oder zuletzt den früheren JN-Bundeschef und heutigen bayerischen NPD-Vize und »Bandido«-Rocker Sascha Roßmüller, die nicht nur persönliche Zwistigkeiten und karrieristisches Postengerangel öffentlich machten. Vor allem die Niederlagen bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen dürften wehtun, nicht zuletzt weil der Partei in Sachsen mehrere Dutzend Jobs weggebrochen sind. Der stellvertretende sächsische NPD-Chef Maik Scheffler zog gar das Fazit, die NPD sei »als Parlamentspartei in Sachsen gescheitert«.

Einige der bisherigen Angestellten der Dresdner Fraktion sind dem Vernehmen nach auf dem Rückzug. So soll Michael Schäfer nach Sachsen-Anhalt zurückziehen. Und mit dem Rück- und Austritt von Andy Knape haben die JN gar ihren Bundeschef und damit eine Stimme im NPD-Bundesvorstand verloren.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Die JN dienten immer wieder als Durchlauferhitzer für Kaderbildung, als Instrument der parteifreien Szene zur Radikalisierung der Partei und als Karrieresprungbrett. Wie in anderen Parteien war das Verhältnis von jungen und älteren Mitgliedern aber auch in der NPD immer geprägt von Konflikten und hoher Fluktuation.

Das Frauenbild der NPD

In den 50 Jahren ihres Bestehens ist in der NPD der Frauenanteil von fast elf Prozent auf – Eigenangaben zufolge – 27 Prozent gestiegen. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein solcher Zuwachs ohne eine Pluralisierung gelebter Geschlechterbilder kaum denkbar gewesen wäre.

von Frauke Büttner



^ RNF beim Aufmarsch in Dresden 2008

Frauen sind von Anfang an in der NPD präsent und ab 1966 als Mandatsträgerinnen auf kommunaler und Landesebene aktiv. Mit der Beteiligung der Frauen am politischen Leben geht stets eine Diskussion um die Rolle der Frau in der Gesellschaft und die Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft einher. In einem 1967 vom damaligen NPD-Organ »Deutsche Nachrichten« veröffentlichten »Sonderdruck Frau und Familie« fordert Gertraude Winkelvoss, niedersächsische Landtagsabgeordnete und Bundesvorstandsmitglied, die Einbeziehung von Frauen in die Erwerbsarbeit und warnt davor, sich lediglich mit kulturellen und sozialen Themen »abspeisen« zu lassen.

Frauenbilder bis 2000

Im so genannten »Düsseldorfer Programm« der NPD von 1973 spiegelt sich eine solche Forderung wie die von Winkelvoss nicht wider. Vielmehr wird gefordert, die »weibliche Jugend […] besser als bisher auf ihre Aufgabe als Hausfrau und Mutter vorzubereiten«. Mütter sollten »mindestens bis zur Einschulung ihrer Kinder nicht berufstätig und damit fern der Familie sein müssen«. Zwölf Jahre später wird im NPD-Programm die Verwirklichung von »Gleichberechtigung auf allen Gebieten« angestrebt. Thematisiert und erwünscht ist jedoch nur eine als sinnvoll bezeichnete »Teilbeschäftigung«. Nicht programmatisch durchsetzen konnten sich offenbar Positionen wie die 1978 auf dem hessischen NPD-Landeskongress geäußerte Forderung »wird und muß es auch Frauen geben, die von ihrer Natur her eine Leni Riefenstahl werden mußten und keine Familienmutter«. Diese – im NPD-Kontext als quasi fortschrittlich zu bewertende Position – immanente Betonung von »Natur« als maßgeblichen Faktor für Lebensentscheidungen von Menschen zieht sich in Form der behaupteten »natürlichen« Unterschiedlichkeit von Mann und Frau wie ein roter Faden durch die gesamte Programmatik und mündet in daraus abgeleitete Aufgabenbereiche.
Im Parteiprogramm von 1997 wird dann zwar eine »Frauenpolitik, die Frauen und Mädchen gleiche Rechte einräumt« befürwortet, die Frage einer Verwirklichung von Frauen im Berufsleben jedoch nicht mehr berührt. Die familienpolitischen Forderungen münden in der Feststellung, die Hausfrau und Mutter sollte »nicht aus finanziellen Gründen außerhäuslich arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet«. Möglicherweise kann der programmatische Wechsel zwischen 1985 und 1997 auch vor dem Hintergrund einer geringeren Einflussnahme von Frauen in der NPD in dem betreffenden Zeitraum gesehen werden. Sie befinden sich in den 1980er und 1990er Jahren in einem Tief, das von zwei »Erfolgswellen« der Frauen umrahmt wird: Die erste, beginnend mit der Übernahme von drei Landtagsmandaten in den Jahren 1966-68, fand in den 1970er Jahren statt. Die zweite kam erst in den 2000ern und gipfelte in der Gründung des »Rings Nationaler Frauen« (RNF). Festgehalten werden kann an dieser Stelle, dass sich die erste Welle im Düsseldorfer Programm nicht in Form eines modernisierten Frauenbildes widerspiegelt, möglicherweise aber in internen Debatten.

Politische Funktionärin und/oder Hausfrau und Mutter

2001 beträgt der Frauenanteil unter den NPD-Mitgliedern 18 Prozent. Im gleichen Jahr gründet sich die »Gemeinschaft Deutscher Frauen«, in der auch einige führende NPDlerinnen maßgeblich aktiv waren. Mit der Gründung des RNF 2006 rücken Forderungen wie eine Stärkung von Frauen für die Übernahme politischer Funktionen auf die Tagesordnung. Äußerungen von NPD-Funktionärinnen wie Stella Hähnel erwecken den Eindruck, dass dem Bild vom »Heimchen am Herd« vielfältigere Lebensentwürfe entgegenstehen. Faktisch sind Frauen in der NPD in verschiedenen Bereichen aktiv: als Minderheit in Parteifunktionen, als Rechtsanwältinnen, Rednerinnen, Autorinnen, als Organisatorinnen von Veranstaltungen und Festen, am Infostand und vieles mehr.
Gleichzeitig positioniert sich der RNF massiv gegen die gleichstellungspolitische Debatte um Gender Mainstreaming (GM). Die strikte Ablehnung des GM als »naturwidrige Ideologie« ist ebenfalls Bestandteil des 2010 veröffentlichten letzten NPD-Parteiprogramms. Hier steht die Familie als »Keimzelle« und »kleinste Gemeinschaft« des »Volkes« im Mittelpunkt.
Die relative Bandbreite, in der sich der RNF in seinen Anfangszeiten bewegt, endet 2009 nach einem Eklat über die von der damaligen RNF-Vorsitzenden Gitta Schüßler geäußerte Kritik an der NPD als »Männersekte«. Im Zuge des darauf folgenden Wandels in der personellen und inhaltlichen Ausrichtung des RNF folgte eine (noch) stärkere Fokussierung auf frauen-, sozial- und familienpolitische Themen – Inhalte, die in der Regel auch den Führungsfrauen auf Landes- und Bundesebene obliegen. Es hat insofern keine qualitative Annäherung an die in den 1960er Jahren durch die NPD-Funktionärin Winkelvoss erhobene Forderung gegeben, als dass Frauen verstärkt auch andere Themen inhaltlich besetzen.

Fazit

Die Zurechtweisung kritischer Stimmen und die starke Festlegung auf »frauenspezifisch« imaginierte inhaltliche Bereiche machen deutlich, dass die aktive Beteiligung von Frauen in der NPD zwar erwünscht, aber nicht offen gestaltbar ist. Im Rückblick auf einige Etappen der programmatischen Entwicklung ist festzustellen, dass das traditionalistisch-biologistische Frauenbild stets im Zentrum steht. Mitte der 1980er Jahre ist mit der Erwähnung weiblicher (Teilzeit-)Berufstätigkeit ein kleiner Bruch mit den sonstigen Diskursen zu beobachten, der jedoch in Folge komplett verschwindet. Männer und Frauen bleiben programmatisch heterosexistischen Bildern und Aufgabenbereichen verhaftet.

In der Nähe

Die NPD stand in ihrer 50-jährigen Geschichte oft in einer engen Beziehung zum rechten Terror.

von Robert Andreasch

Am 25. Juni 1982 betrat der Neonazi Helmut Oxner kurz vor Mitternacht die Diskothek »Twenty Five« in der Nürnberger Königstraße. An der Kasse zog er einen Revolver und erschoss einen US-Soldaten. Dann stürmte er in das Lokal und feuerte mit zwei weiteren Pistolen auf schwarze Gäste und MigrantInnen. Er tötete drei Menschen und verletzte drei BesucherInnen schwer. Oxner hatte seit Frühjahr 1980 regelmäßig am Stammtisch der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) teilgenommen.

32 Jahre später zog die NPD mit Patrick Wieschke als Spitzenkandidat in den Thüringer Landtagswahlkampf 2014. Im Jahr 2000 war der frühere Aktivist des »Thüringer Heimatschutzes« (THS) in einen Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss in Eisenach involviert und wurde wegen »Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion« zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt. In der NPD brachte er es danach bis zum NPD-Bundesorganisationsleiter und zum Thüringer Landesvorsitzenden. Bei seinem Stellvertreter im NPD-Landesverband, Thorsten Heise (Fretterode), beschlagnahmte die Polizei im Zuge von Razzien unter anderem eine Maschinenpistole sowie eine Handgranate.

Doppeldeutigkeit

Die Beispiele belegen eine Nähe der neonazistischen NPD zum bewaffneten Kampf von Rechts. Dabei distanziert sich die Partei in der Öffentlichkeit regelmäßig von Gewalt. Axel Michaelis schrieb 1997 in der »Deutschen Stimme«: »Terror verhindert die Entstehung einer Volksgemeinschaft, die für einen nationalistischen Volksstaat Voraussetzung ist.« 1992 hatte der Parteivorstand sogar einen Unvereinbarkeitsbeschluss gefasst: »Eine Zusammenarbeit mit Gruppen von denen Gewalt ausgeht oder die totalitäre Systeme kopieren, ist ein parteischädigendes Verhalten.« Doch was steckt hinter solchen Ausführungen? Steffen Hupka schrieb 1998 in der JN-Zeitschrift »Der Aktivist«: »Gewalt zur Durchsetzung unserer Ziele führt uns bei der gegenwärtigen Kräftekonstellation nicht zum Erfolg, sondern geradewegs ins totale Abseits.« Beim vorgeblichen Gewaltverzicht handelt es sich also um eine rein strategische Abwägung.

Angesichts der Öffnung der Partei für militante Neonazis in den 1990er Jahren sind ähnliche Bekundungen zum Teil auch schlicht Lügen. Der erste NPD-Verbotsantrag zitierte den bayerischen Multifunktionär Sascha Roßmüller – er sitzt zurzeit im Zusammenhang von Ermittlungen im militanten Rockermilieu in Untersuchungshaft – aus dem Jahr 1998. Er soll im engen Kameradenkreis empfohlen haben: »Um dieses System zu besiegen, müsse man sich aber als Demokrat geben und zwar als der Beste von allen.«

Keimzelle »Ordnerdienst«

Ende 1968 begann die NPD mit der Aufstellung des militanten »Ordnerdienstes« (OD). Dessen 250 Angehörige wurden von der Partei in Kampfsportarten geschult. Im Bundestagswahlkampf 1969 griffen sie oft AntifaschistInnen brutal an. Der »Bundesbeauftragte für den Ordnerdienst«, Klaus Kolley, schoss am 16. September 1969 in Kassel auf TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Demonstration. Nach dem knapp verpassten Einzug in den Bundestag stellten diese OD-Mitglieder den Grundstock der neu entstehenden »Aktiv-Gruppen« und »Wehrsportgruppen«.

Die zunächst bekannteste Terrorbande, die »Europäische Befreiungsfront«, wurde zum Zeitpunkt des Auffliegens 1970 vom Duisburger NPD-Vorsitzenden angeführt. Der schließlich größten Organisation, der »Wehrsportgruppe Hoffmann« (WSG), schloss sich 1976 das NPD-Mitglied Anton Pfahler an. Nach dem Verbot der WSG propagierte Pfahler die Bildung von militanten Zellen, gleichzeitig blieb er der NPD und deren Kreisverband Donau-Ries treu. Auf seinem Grundstück im bayerischen Sinning begann er mit dem »Zellenaufbau«: im Januar 1998 siedelte sich hier der Verlag der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« an. Gewissermaßen unter den Augen der NPD-Funktionäre betrieb Pfahler einen Handel mit Kriegswaffen: Eine Durchsuchung des Geländes im Jahr 1999 förderte Maschinenpistolen und Tretminen zu Tage.



^ *Manfred Börm macht seit Jahren den NPD-Ordnerdienst*

Die Partei hält auch sonst keinen Abstand zu Neonazis, die Waffen und Sprengstoff horten oder terroristische Gewalttaten verüben: Heinz Lembke, in dessen Erddepots bei Uelzen 1981 unter anderem 156 kg Sprengstoffe, 230 Sprengkörper, 50 Panzerfäuste sowie Zyankali und Strychnin gefunden wurden, war NPD-Mitglied und -Kandidat. Friedhelm Busse wurde, trotz der rechtsterroristischen Aktivitäten seiner »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands«, wieder in die Partei aufgenommen. Und den Rechtsterroristen Manfred Roeder, dessen »Deutsche Aktionsgruppen« bei Anschlägen 1980 zwei Menschen ermordet hatten, machte die NPD bei der Bundestagswahl 1998 zu ihrem Spitzenkandidaten im Wahlkreis Stralsund-Rügen-Grimmen. Das heutige Bundesvorstandsmitglied Manfred Börm war in den 1970er Jahren an einem Überfall auf das NATO-Lager Bergen-Hohn beteiligt. Ende November 2011 wurde Ralf Wohlleben in Jena verhaftet, er soll dem »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) die Tatwaffe organisiert haben. Drei Jahre vor seiner Festnahme war Wohlleben noch stellvertretender Landesvorsitzender der thüringischen NPD.

Die Partei, die sich vom bewaffneten Kampf zu distanzieren bemüht und öffentlich zu Wahlen antritt, ist von Struktur und Aktivitäten her natürlich nicht gleichzusetzen mit einer konspirativen Terrorzelle, die den politischen Erfolg mittels Anschlägen aus dem Verborgenen erzwingen will. Aber: Die neonazistische Ausgrenzungs- und Vernichtungsideologie und die selbst gewählte Identität als entweder »politischer Soldat« oder als bewaffneter »Kämpfer« bilden dennoch eine gemeinsame Schnittmenge. Mord und Totschlag liegen dann nicht fern.

Bedingter Unterhaltungsfaktor

Die NPD ist eine antimoderne Partei, mit modernen Jugendkulturen hat sie sich schwer getan. Und trotzdem ist der relative Erfolg der NPD der letzten 10 Jahre nicht denkbar ohne das Bündnis mit dem RechtsRock.

von Jan Raabe

»Es gab eine nationale Rockgruppe, die erste ihrer Art, mit dem Namen RAGNARÖCK« schreibt Frank Rennicke in dem Buch »Alles Große steht im Sturm«, welches anlässlich des 35-jährigen Bestehens der NPD 1999 erschien. In seinem Beitrag »Kultur als identifikationsstiftendes Element politischer Arbeit« schildert er die ersten Gehversuche der Band »Ragnaröck« Ende der 1970er Jahre. Titel wie »Die Mauer muß weg« oder das Rudolf Heß-Solidaritäts-Lied »Der alte Mann« trafen zwar die inhaltlichen Themen der NPD, nicht jedoch deren kulturelles Verständnis. »Leider tat man ‹dieses moderne Zeug, das wie von Linken klingt› als Zeitgeist ab und vergab die Möglichkeit einer ‹Gegenkultur von Rechts›« resümiert Rennicke.

Kulturkonservativ

Der RechtsRock der Skinheads wird in Rennickes Betrag nur ganz am Rande erwähnt. Stattdessen präsentiert er den Chor der »Jungen Nationaldemokraten« (JN), Fanfarenzüge der NPD, aber vor allem Liedermacher. Letztere gab es vereinzelt bereits ab den 1970ern Jahren aus NPD- und JN-Kreisen. Ingo Halberstadt, Detlef Schumann, Frank Körner und später natürlich auch Frank Rennicke, Jörg Hähnel und andere sind zu nennen. »Die Ballade hat jedoch gegenüber dem Rockstück den Vorteil, nicht nur Parolen oder Schlagworte zu gebrauchen, sondern auch zu erklären, wieso man zu dieser Auffassung gelangen muß. Die Ballade kann Geschichten erzählen, Gefühle ausdrücken, aufrufen und wachrütteln«, begründet er die Vorliebe für das Genre. Tatsächlich dürfte es sich eher um den Kulturkonservatismus, der in der NPD üblich ist, handeln, der lange Zeit zur Ablehnung des als »modern« empfundenen Rocks führte. Wie sang Rennicke doch: »Ich bin nicht modern, denn ich fühle deutsch [...]«. Liedermacher und Liederabende haben für die NPD bis heute eine hohe Bedeutung.

Spätzünder

»Mag einem noch nicht ganz verblödeten Zeitgenossen die musikalische Gegenwart mit Hip-Hop, Techno-Hammer und ‹Negergestöhne› noch so unerträglich auf den Geist gehen – es ist letztlich nur die logische Fortführung eines geschickt durchgeführten Programms«, drückt Rennicke seine Ablehnung moderner Musik aus. Auch wenn er Rockmusik hier nicht explizit erwähnt, dürfte auch diese für ihn zum ‹Umerziehungsprogramm› der ‹Besatzer› gehören. Bei einer solchen Haltung ist es kein Wunder, dass die NPD den boomenden RechtsRock fast verschlafen hat. Noch bis Ende der 1990er Jahre existierten in einigen Untergliederungen sogar Beschlüsse, dass Skinheads keine Mitglieder werden können.
Während die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) oder die »Nationale Offensive« beziehungsweise deren Funktionäre schon ab Anfang der 1990er Jahre in die Organisation von Konzerten involviert waren und so »streetcredibility« sammelten, fanden bei der NPD nur Liederabende statt.
Erst ab Mitte der 1990er Jahre traten erste Rock-Bands im Rahmen von NPD-Veranstaltungen auf. So spielten »Noie Werte« und »Foierstoß« am 2. März 1996 im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung der NPD in Bad Dürkheim. Auftritte wie diese bilden in den 1990er Jahren allerdings die Ausnahme, gerade mal sechs sind in den Jahren von 1995 bis 1999 zu vermelden.
Erst Anfang 2000 sind hier verstärkte Aktivitäten zu vermelden. Motor dieser Entwicklung sind einzelne Kader der JN. So organisierten Christian Hehl und Sascha Roßmüller im März 2001 ein Konzert im bayerischen Steinach mit ungefähr 600 TeilnehmerInnen. Das nicht angemeldete Konzert wurde jedoch von der Polizei aufgelöst. Hier wurden erste Erfahrungen gesammelt. Mit dem Pressefest am 8. September 2001 im sächsischen Grimma, zu dem knapp 1.500 TeilnehmerInnen kamen, verband die NPD erstmals politische Programmpunkte mit Musik in Form von RechtsRock und Liedermachern als Begleitprogramm. Mit dem »1. Thüringentag der nationalen Jugend« am 1. Juni 2002, welcher federführend von der NPD Jena organisiert wurde, folgte die Verbindung von Kundgebung und Konzert. (Eine solche Veranstaltung steht unter dem Schutz des Versammlungsgesetzes.) Veranstaltungsleiter war damals der heute wegen Unterstützung des NSU angeklagte Ralf Wohlleben. Die NPD hatte erkannt, dass sie mit Musik viele junge Menschen erreichen kann, es folgten reihenweise teils sehr erfolgreiche Veranstaltungen, die Musik und Reden kombinierten: Pressefest, »Tag der Nationalen Jugend«, seit 2003 das jährliche »Rock für Deutschland«, später der »Bayerntag«, der »Sachsentag«, »Eichsfeld-« oder »Preußentag« bescherten der NPD Zulauf und auch einiges an Geld in die Kasse. Mit ungefähr 7.000 beziehungsweise 5.000 TeilnehmerInnen stellen das Pressefest 2006 und das »Rock für Deutschland« 2009 die vorläufigen Höhepunkte dieser Entwicklung dar.

^ Frank Rennicke

Klingende Werbeträger

Während sich die NPD in den 1990ern schwer tat, jugendkulturelle Elemente zu integrieren, reagierte sie sehr schnell auf die Medienöffentlichkeit, welche 2004 die erste, aus dem Bereich der »Freien Kameradschaften« und des RechtsRock kommende, Schulhof-CD auslöste und produzierte noch rechtzeitig für die Landtagswahl in Sachsen 2004 eine eigene Schulhof-CD. Gerade bei JungwählerInnen hat diese durchaus Anklang gefunden. So wurde sie ein wichtiger Werbeträger, ohne den kaum eine Landtagswahl der NPD stattfand. Während anfangs jedoch noch Zehntausende der CDs produziert wurden, übernahm später die Downloadmöglichkeit die Verteilung mit ähnlicher Wirkung. Seit 2004 veröffentlichte die NPD mindestens 15 verschiedene solcher CDs. Die JN wollen da nicht abseits stehen und veröffentlichten 2013 einen eigenen Tonträger »Die Zukunft im Blick«. Das auf der CD enthaltene Bundeslied der JN, »Unsere Stunde, die wird kommen«, welches vom SS-Mann Gerd Knabe verfasst und vom Chor der JN gesungen wurde, führte zur Indizierung der CD. Das ‹Gestern› wurde für die JN mal wieder zur Stolperfalle.

»Den Mann von der NPD kennt jeder«

Udo Voigt sitzt seit der Europawahl im Mai 2014 für die NPD im Europaparlament. Während er parlamentarisch kaum wirksam werden kann, haben sich seine Chancen für ein parteipolitisches Comeback verbessert.

von Carsten Hübner



Udo Voigt ist gut gelaunt, als er im September 2014 vor den Delegierten des NPD-Landesverbandes Hamburg über seine Erfahrungen als Europaabgeordneter berichtet. Ein begnadeter politischer Redner war er nie. Der Plauderton hingegen scheint ihm zu liegen. Anekdote folgt auf Anekdote. Da ist der junge Elsässer, offensichtlich ein Beschäftigter des Europaparlaments, der ihn wissen lässt, sein Opa besitze noch heute einen Pass des deutschen Reiches. Da ist der Sicherheitschef des Parlaments, der sich seiner lieber persönlich annimmt. Und da ist die »helfende Hand«, so nennt es Voigt, die dafür gesorgt hat, dass er bei der ersten Parlamentssitzung in der siebten Reihe ausgerechnet den Platz 88 zugewiesen bekommt.
Überhaupt habe er von Anfang an nirgends seinen Ausweis vorzeigen müssen: »Den Mann von der NPD kennt jeder«, sagt er voller Stolz. Dass die Abgeordneten anderer Parteien in der Kantine vorbehaltlos Small-Talk mit ihm halten, empfindet er als Vorzug, ganz im Gegensatz zu der Ablehnung, die ihm seit Jahren in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick entgegenschlägt. Das Publikum dankt ihm die Geschichten mit Gelächter und Applaus.

NPD-geprägt

Voigt wirkt in diesen Augenblicken locker und aufgeräumt. Über den katastrophalen Zustand seiner Partei mit ihren schier endlosen Skandalen und Personalquerelen verliert er kein Wort. Doch der Subtext seiner Ausführungen ist unmissverständlich: Während diejenigen, die ihn vor drei Jahren als Parteichef vom Hof gejagt haben, die NPD in eine tiefe Krise geführt oder sich, wie Holger Apfel, unter dubiosen Umständen vom Acker gemacht haben, meistert er die neuen Herausforderungen mit Bravour.
Er habe die »Partei nachhaltig mit geprägt«, sagt Voigt gleich zu Beginn seines Vortrages über sich selbst. Die Stationen seiner politischen Arbeit sollen das belegen: 46 Jahre ununterbrochene Mitgliedschaft, Kreisvorsitzender, Landesvorsitzender, Leiter des Amtes Bildung, 16 Jahre Parteivorsitzender und nun erster Europaabgeordneter der NPD.

Durchbruch für die Rechte

Die Europawahl am 25. Mai 2014 hat für die Rechte in Deutschland einen Durchbruch gebracht. Die »Alternative für Deutschland« (AfD) kam auf 7,1 Prozent und ist mit sieben Abgeordneten im Europaparlament vertreten. Die NPD profitierte trotz eines vergleichsweise schwachen Ergebnisses von einem Prozent vom Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde und erreichte ein Mandat. Während die AfD relativ problemlos Aufnahme in der nationalkonservativen Fraktion »Europäische Konservative und Reformisten« (EKR) unter Führung der britischen Konservativen fand, ist die NPD mit Udo Voigt bis heute fraktionslos. Gleiches gilt für die zwei anderen offen neonazistischen beziehungsweise neofaschistischen Parteien »Goldene Morgenröte« aus Griechenland und »Jobbik« aus Ungarn. Selbst für den Fall, dass die extrem rechten Parteien um das Wahlbündnis von Marine Le Pen und Geert Wilders im Laufe der Wahlperiode doch noch eine Fraktion zustande bringen, dürfte keine der drei genannten neonazistischen und neofaschistischen Parteien mit von der Partie sein.

Arbeit im Parlament

Die parlamentarische Wirksamkeit der NPD und Udo Voigts geht damit faktisch gegen null. Gleichwohl wird er alles daran setzen, von Brüssel aus politisch wirksam zu werden, sowohl in Richtung der deutschen Politik als auch innerparteilich. Vor diesem Hintergrund ist seine Mitgliedschaft im »Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres« des Europaparlaments strategisch klug gewählt. Hier werden neuralgische Themen wie Migration, Frontex oder Minderheitenrechte beraten. Entsprechend groß war die Empörung bei Menschenrechtsorganisationen. Voigt ist darüber hinaus Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Iran.
Auch seine bisherigen Wortmeldungen im Plenum orientieren vor allem auf den innerrechten Diskurs. So nahm er mehrmals Stellung zum Israel-Palästina-Konflikt und zur Krise in der Ukraine, jeweils aus anti-israelischer beziehungsweise pro-russischer Perspektive. Die Video-Mitschnitte seiner Beiträge, die er vor nahezu leeren Rängen hielt, dokumentiert Voigt auf seiner Webseite.

Ambitionen in der NPD

Größere Bedeutung als seine Aktivitäten im Parlament dürfte für Voigt sein im Oktober 2014 eröffnetes »Bürgerbüro« in der NPD-Parteizentrale in Berlin-Köpenick haben. Hier und am Sitz des Europaparlaments beschäftigt Voigt insgesamt sechs MitarbeiterInnen, für die ihm monatlich 23.202 Euro vom Parlament zur Verfügung stehen: NPD-Vize Karl Richter als parlamentarischen Assistenten, Florian Stein als Personalsachbearbeiter, seine langjährige Sekretärin Bettina Bieder als Leiterin des Bürgerbüros, Uwe Meenen als persönlichen Referenten sowie Frank Rohleder und als Berater in außenpolitischen Fragen Kersten Radzimanowski.

Radikalisierung

Neben Voigt verfügen nach dem Scheitern der Sachsen-NPD bei den Wahlen Ende August 2014 nur noch sein Intimfeind Udo Pastörs und die Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern über einen vergleichsweise intakten Apparat. Welcher Parteiflügel sich bei den anstehenden Vorstandswahlen durchsetzen wird, ist offen. Klar ist aber, dass die NPD ihren Radikalisierungskurs fortsetzen wird. Denn sowohl das Pastörs- als auch das Voigt-Lager stehen für die enge Zusammenarbeit mit der militanten Szene. Und auch die aktuelle Krise der Partei bedeutet nicht, dass ihr Ende in greifbare Nähe rücken würde. Denn es war, von Ausnahmen abgesehen, in den fünfzig Jahren ihres Bestehens nie besser um sie bestellt als heute.

NPD-Verbot in der Endlosschleife



Die Verbotsdebatte begleitet die NPD seit mehr als einem Jahrzehnt und ist oft das einzige Thema, mit dem die Partei bundesweit wahrgenommen wird. Ihr schleichender Niedergang hat seinen Grund aber nicht in dieser immer wieder aufflammenden Debatte.

von Gerd Wiegel

Trotz des Einzugs in sieben Länderparlamente und des nur knappen Scheiterns bei den Bundestagswahlen 1969 sah sich die NPD erst 37 Jahre nach ihrer Gründung mit einem ersten Verbotsverfahren (2001 ff.) konfrontiert, das jedoch krachend scheiterte. Zwischen ihren frühen Erfolgen in den 1960er Jahren und dem neuen Aufschwung ab Mitte der 1990er Jahre lag eine lange Phase des Niedergangs und der Bedeutungslosigkeit, in der es die Politik nicht für nötig befand, sich mit der Neonazipartei zu befassen. Dies änderte sich jedoch mit der Annäherung der NPD an das militante Kameradschaftsspektrum, der wachsenden Bedeutung und Sichtbarkeit der Partei und ihrer zunehmenden kommunalpolitischen Verankerung. Mit der rot-grünen Regierungsübernahme 1998 wurden die Bemühungen, der extremen Rechten endlich systematisch und staatlich unterstützt entgegenzutreten, deutlich verstärkt. Viele AkteurInnen der rot-grünen Regierung waren selbst antifaschistisch geprägt und wollten dieses Engagement jetzt auch mit den Mitteln des Staates fortführen. Neben der Implementierung der »Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus« (2001) war es vor allem das im gleichen Jahr gestartete NPD-Verbotsverfahren, das dieses Engagement dokumentieren sollte. Direkter Auslöser für die Forderung nach einem NPD-Verbot war eine Reihe von rechten Anschlägen und insbesondere der Anschlag auf eine Gruppe von russischen MigrantInnen in Düsseldorf, unter ihnen zahlreiche Jüdinnen und Juden. Zwar gab es keinerlei Hinweis darauf, dass die NPD etwas mit diesem Anschlag zu tun haben könnte, dennoch wurde sie als Stichwortgeber der militanten Neonazis und ideologischer Brandherd ausgemacht.

Gescheitertes Verfahren, neue Verbotsdebatte

Das Verbotsverfahren entwickelte sich zu einem Desaster für den Staat und endete 2003 mit der Einstellung des Verfahrens. Die NPD sei so sehr mit V-Leuten des Staates durchsetzt, dass das Gericht nicht entscheiden könne, ob die gegen die NPD vorgebrachten Beweise nicht vom Staat selbst produziert wurden. Deutlich wurde in dieser Entscheidung des Verfassungsgerichts die über das Mittel der V-Leute hergestellte Nähe zwischen Neonazipartei und staatlichen Behörden. Während die Politik – subjektiv teils glaubwürdig – ihren Willen zum Verbot eines zentralen Akteurs der extremen Rechten verkündete, zeigte sich auf der anderen Seite, dass dieser Akteur auch durch staatliche Hilfe alimentiert wurde: nicht nur in Form von Steuergeldern für Wählerstimmen, sondern auch durch finanzielle und materielle Hilfe für Nazispitzel der Verfassungsschutzämter.

Mit dem Scheitern des Verbotsverfahrens 2003 hätte klar werden müssen, dass es im Verhältnis NPD–Staat durch das Wirken der Geheimdienste immer ein Moment der Verbindung bis hin zur Kumpanei gegeben hatte. Eine Erkenntnis, die erst mit den Ungeheuerlichkeiten aus dem NSU-Skandal deutlicher wurde. Ob der Staat damit als Akteur für das Handeln gegen Nazis weiter zentraler Ansprechpartner bleiben kann, ist eine bis heute nicht diskutierte Frage. Er bleibt es jedoch weiterhin bei der Verbotsforderung, kann sie doch nur staatlich umgesetzt werden.

Sechs Jahre nach dem Scheitern des ersten Verbotsverfahrens kam die Forderung ab 2009 erneut in der Politik auf. Der Wiedereinzug der NPD in den Sächsischen Landtag und die Sorge vor einer zumindest regionalen parlamentarischen Verankerung waren Gründe für den Vorstoß. Fahrt nahm die neuerliche Debatte dann nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 auf. Obwohl es nur wenige Bezüge zwischen NSU und NPD gegeben hatte, wurde die Forderung nach einem NPD-Verbot für Teile der Parteipolitik zu einer ultimativen Folgerung aus dem NSU, womit die Ursachen für den mörderischen Neonaziterror völlig verkannt wurden. Das im Dezember 2013 gestartete neue NPD-Verbotsverfahren ist dann auch Ausdruck eines eher instrumentellen Verhältnisses zur Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Während Rassismus in der Mitte der Gesellschaft, Neonazistrukturen im regionalen Bereich, institutioneller Rassismus in den Behörden und die Enttarnung der Verfassungsschutzämter als eigentliche Gefährder der öffentlichen Sicherheit nicht angegangen werden oder nur schwer mit spektakulären Maßnahmen bekämpft werden können, bietet sich mit dem NPD-Verbot eine Alibihandlung an, die politische Handlungsfähigkeit simuliert.

Staat als Akteur gegen Rechts?

Sieht man sich die von der etablierten Politik geführten Debatten der letzten 14 Jahre zum Thema NPD-Verbot an, dann lässt sich darin wenig an strategischer Überlegung im Kampf gegen Rechts, dafür aber sehr viel an publikumswirksamer Inszenierung erkennen. Der NPD haben diese Debatten nicht wirklich geschadet – ihr parlamentarischer Aufstieg begann nach dem Scheitern des ersten Verbotsverfahrens, aber nicht wegen des Scheiterns –, sie haben ihr umgekehrt aber auch nichts genutzt.

Ohne Zweifel gibt es gute Gründe, die ein Verbot der NPD als wünschenswert erscheinen lassen und alle zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich dafür einsetzen, engagieren sich aus ehrenwerten antifaschistischen Motiven. Dennoch ist es gerade vor den Erfahrungen mit staatlichem Handeln im NSU-Zusammenhang an der Zeit, den Staat als zentralen Akteur für antifaschistische Forderungen verstärkt zu hinterfragen.

Der »Zwischen-Zwischentag«

Die ›freie Messe für die Rechte jenseits von CDU/CSU‹, wie der Untertitel für den so genannten »Zwischentag« lauten könnte, gab im September ein Zwischenspiel in Bonn.

von Jens Breuer



^ *Menzel begrüßt Gäste vorm Burschenschafter-Haus*

2012 organisierten Götz Kubitschek (»Sezession«, »Antaios Verlag«) und Felix Menzel (»Blaue Narzisse«) zum ersten Mal eine Messe für Verlage, Zeitschriften, AutorInnen und Projekte aus dem Spektrum der »Neuen Rechten« – den so genanten »Zwischentag«. In dem Forum können sich unterschiedliche AkteurInnen vorstellen. Rund 700 vorwiegend männliche Besucher kamen 2012 zur ersten ›Messe‹ nach Berlin. 2013 waren es ähnlich viele. Doch dann legte Kubitschek (44) die Verantwortung in die Hände seines ›Schülers‹ Menzel (29). Verkündet wurde, die große Veranstaltung finde nun nur noch alle zwei Jahre statt, zwischendurch solle »die Messe durch Deutschland wandern«. Zweimal pro Jahr werde es eine ›kleine‹ Messe für etwa 200 BesucherInnen geben. Auserkoren wurde zum Auftakt nun Düsseldorf.

Hürden

Weit vor dem Termin, dem 6. September 2014, zog das gemietete Tagungshotel seine Zusage für die als »Buchmesse« angemeldete Veranstaltung zurück. Es folgte eine verzweifelte Suche nach Ersatz, der in Dortmund gefunden schien. Doch am Vortag sagte auch hier die Vermieterin ab. Kurzfristig wurde umdisponiert: »An einem Rasthof informieren wir alle Aussteller und Messegäste über den Umzug nach Bonn auf das Haus der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks, die über einen großen Garten verfügen«, schrieb Menzel. 18,50 Euro kostete der Eintritt.

Beteiligte

Präsent waren die Verlage »Antaios«, »Lesen und Schenken«, »BPE«, »Telesma«, »Regin« und »Uwe Berg«, die Zeitschriften »Sezession« und »Zuerst!« sowie »KonMo – Konservative Mode«, die »Identitäre Bewegung«, der »Versand Phalanx Europa!«, die »Deutsche Burschenschaft« und der Maler Hubert Döring. Über den Tag verteilt fanden höchstens 150 Interessierte den Weg hierher, darunter auch die »pro NRW«-Vorstandsmitglieder Gary Hauer und Tony Xaver Fiedler sowie die Mitglieder des NPD-Landesvorstands Nordrhein-Westfalen Hans-Jochen Voss (Unna) und Ariane Meise (Rhein-Sieg-Kreis). Mehr hätten auch nicht kommen dürfen, der kleine Vortragsraum war bei den Buchvorstellungen – unter anderem mit Björn Clemens, Johannes Schüller (»Blaue Narzisse«) und Benedikt Kaiser (»Antaios«) – und den Vorträgen überfüllt.

Integration? Unmöglich

Nils Altmieks, seit Frühsommer 2014 »Leiter« der »Identitären Bewegung Deutschlands«, sprach über die politische Arbeit und die Ideen seiner Organisation. Zentral sei die ›Bewahrung von Identität‹, die Gemeinschaft voraussetzt – eine ethnisch homogene Gemeinschaft, wie eine Nachfrage in der Diskussion zeigte: »Nehmen wir einen Araber, einen aus dem arabischen Raum. Er spricht unsere Sprache hervorragend, ist vielleicht sogar in Deutschland geboren, vielleicht ist er sogar zur Kirche übergetreten. Ist er unserer Identität?«, fragte ein Besucher. Altmieks verneinte: »Er wird unseren Denkprozess nicht zwingend übernommen haben« Sofort wurde nachgehakt: »Warum nicht? Er hält sich an die Gesetze, er spricht die Sprache, vielleicht macht er all das besser als manche Deutsche. Das kann ja sein. Was haltet Ihr dagegen?«. »Wir halten dagegen, dass er äh«, setzte Altmieks an, brach ab und versuchte es erneut: »Dieses Gemeinschaftsgefühl ist etwas, was nur dann entsteht, wenn man sich als Gemeinschaft wahrnimmt. Und er wird von den meisten Nicht-Arabern nicht als Teil dieser Gemeinschaft wahrgenommen werden«.

Scheidelinie »Alternative für Deutschland«

»Stichwort Gretchenfrage des deutschen Konservativen, wie hältst du es mit der AfD?«, versuchte Andreas Lichert vom »Institut für Staatspolitik« die Hintergründe der Trennung von ihrem vormaligen Spiritus Rector Karlheinz Weißmann zu erklären: »Ich möchte diese Frage jetzt nicht überstrapazieren, aber ich möchte Ihnen nur vielleicht soweit eine Orientierung geben, dass es eben im konservativen, rechten, wie auch immer Sie es nennen wollen – unserem Lager, unserem Milieu – es eben eine Fraktion gibt, die ganz stark auf diese Linie setzt, die sagt, das ist das Maximum, was realpolitisch möglich ist. Wir müssen uns in dieser Situation eben behaupten und versuchen die verbliebenen Gestaltungsspielräume zu nutzen. Und dann gibt's uns. Wir sind nämlich nicht mit den realpolitischen Spielräumen, die uns der Gegner lässt, zufrieden« – im Gegensatz zu Weißmann, was er zwar nicht sagt, aber meint.
Doch die Konfrontation mit ihm suchte Lichert nicht: »Der entscheidende Feind steht außerhalb unseres Lagers, und auf den wollen wir uns konzentrieren«. Doch dann folgte die Frage, ob das Verhältnis zur Zeitung »Junge Freiheit« (JF) auch unter diesem Blickwinkel zu sehen sei. Der Konflikt liege doch tiefer, schon 2013 habe sie nicht am »Zwischentag« teilgenommen. Lichert nannte den Namen Gabriele Adinolfi, ein bekannter italienischer Faschist, der im Vorjahr als Vortragender geladen worden war – und der »in manchen Kreisen sehr umstritten ist«. Nach dem Rückzug der JF 2013 sei er, so berichtete Menzel, dieses Jahr nun wieder auf die Zeitung zugegangen. Er habe den JF-Chefredakteur Dieter Stein zu einer Podiumsdiskussion zur AfD einladen wollen – doch er erhielt eine Abfuhr. »Warum hat diese Zeitung überhaupt diesen massiven Kampf um die Meinungsfreiheit denn eigentlich 25 Jahre geführt, wenn man sich danach davon verabschiedet und nicht mal mehr für ein Streitgespräch […] nicht mal mehr daran beteiligen will«, schimpfte er.
Es scheint, als ob die AfD einen Selbstklärungsprozess in diesem Spektrum angestoßen hat. Auf dem ›Zwischen-Zwischentag‹ zeigte sich deutlich die Aufspaltung in ›Realos‹ und ›Fundis‹ im Spektrum der radikalen Rechten.

Prozess in Hoyerswerda

Am 17. Oktober 2012 versuchten etwa 15 teils vermummte Neonazis in eine Wohnung in Hoyerswerda einzudringen. In dieser wohnten Menschen, die sich gegen Neonazis engagieren. In einer Berufungsverhandlung am Landgericht Görlitz musste sich am 24. September 2014 der letzte von acht Tatverdächtigen wegen des Übergriffs verantworten. Zu Beginn der Verhandlung einigte man sich auf einen Deal: Der einschlägig vorbestrafte Silvio L. beschränkte seine Berufung auf die Höher der vom Amtsgericht verhängten Strafe. Dafür wurde das Strafmaß, das unter Einbeziehung einer anderen zwölfmonatigen Haftstrafe zustande kam, von 17 auf 14 Monate reduziert.

Schweiz legalisiert Hitlergruß

Das Schweizer Bundesgericht urteilte im Mai dieses Jahres, dass das Zeigen des Hitlergrußes in der Öffentlichkeit nicht grundsätzlich verboten ist. Zuvor war ein Mann wegen Rassendiskriminierung verurteilt worden, der am 8. August 2010 bei einer Veranstaltung der »Partei National Orientierter Schweizer« (PNOS) auf der Rütliwiese den Hitlergruß gezeigt hatte. Das Bundesgericht hob das Urteil auf, da der Mann mit seiner Geste »lediglich die eigene nationalsozialistische Gesinnung bekunde«. Strafbar mache sich nur, »wer mit der Geste bei Dritten Werbung für den Nationalsozialismus betreiben will«.

»Der Landser« reloaded

Nur zwei Monate nach Einstellung der kriegsverherrlichenden Heftreihe »Der Landser« im September 2013 sind offenbar gleich vier Nachfolger auf dem Markt erschienen: »Weltkrieg Großbrand«, »Weltkrieg Doppelband«, »Weltkrieg Flieger« und »Weltkrieg«. Sowohl inhaltlich als auch optisch hat sich kaum etwas verändert. Die pseudodokumentarischen Geschichten des »Landsers« propagierten seit 1957 den Mythos von der »sauberen Wehrmacht«. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus oder den Verbrechen der deutschen Soldaten fand dort nie statt.

Razzia bei Thiazi-Mitgliedern

Das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern hat am 4. Juni in zwölf Bundesländern Wohnungen und Geschäftsräume von 35 mutmaßlichen UnterstützerInnen des ehemaligen Neonazi-Forums »Thiazi« durchsuchen lassen. Sie sollen die Plattform mit Geld- und Sachspenden gefördert oder dort Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen veröffentlicht haben. Insgesamt ermittelt die Staatsanwaltschaft Rostock gegen 500 NutzerInnen. Ermittlungen gegen vier Beschuldigte, die als BetreiberInnen des Forums gelten, hatten die Behörden auf die Spur der nun Verdächtigen gebracht. »Thiazi« galt als größtes deutschsprachiges Online-Forum der Neonaziszene.



^ *Gastwirt Apfel auf Mallorca*

Holger Apfel, der Immigrant

Der ehemalige NPD-Vorsitzende, Holger Apfel, ist auf die spanische Insel Mallorca ausgewandert. Zusammen mit seiner Frau Jasmin eröffnete er dort Mitte Mai 2014 das Lokal »Maravillas Stube« an der Playa de Palma auf Mallorca – in Deutschland auch als »Ballermann« bekannt.

Im Dezember 2013 trat Holger Apfel von seinem Posten bei der NPD zurück und legte sein Mandat im Sächsischen Landtag nieder. Er selbst nannte einen »Burnout« als Grund für seinen Rücktritt. Zuvor wurde ihm jedoch parteiintern ein Ultimatum unterbreitet. Er solle seine Ämter bei der NPD niederlegen. Der Vorwurf gegen ihn: Apfel soll im Wahlkampf 2012 einen jungen Kameraden sexuell belästigt haben. Innerhalb der Neonaziszene war Apfel damit untragbar – weniger wegen des ihm vorgeworfenen sexuellen Übergriffes, sondern aufgrund der Vermutung, er sei schwul. Homosexualität gilt vor allem innerhalb der völkischen Neonaziszene als »unnatürlich«.

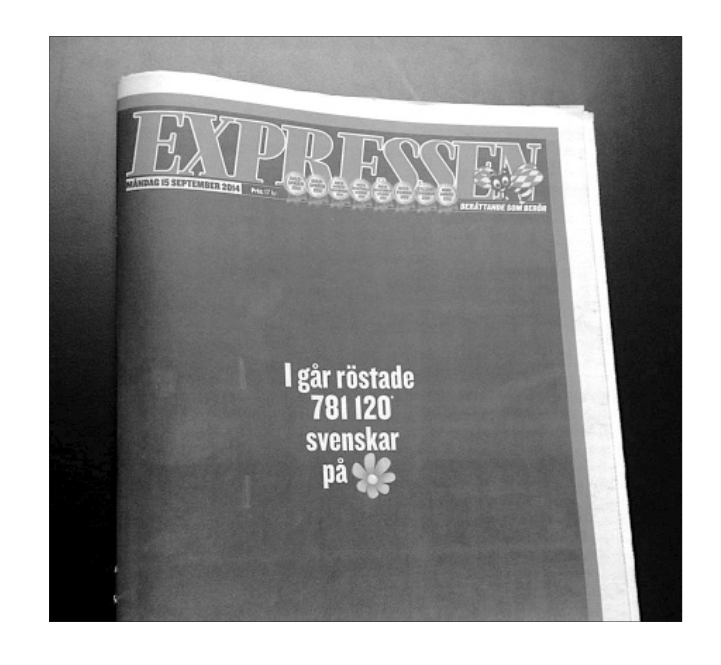
Gegenüber der »Mallorca Zeitung« (MZ) sprach Holger Apfel von einem beruflichen Neuanfang. Er habe nach wie vor eine »patriotische Einstellung«. Sein Versuch die neonazistische NPD mit einem Konzept der »seriösen Radikalität« an den Wahlurnen erfolgreicher zu machen, sei gescheitert. Die Partei sei seiner Meinung nach »nicht-reformierbar«.

Innerhalb der NPD war Holger Apfel bereits früher als »Malle-Holger« verschrien. Regelmäßig machte er Urlaub auf der spanischen Insel. Er selbst wolle so schnell wie möglich die Landessprache erlernen und sich so gut wie möglich integrieren, sagte er gegenüber der MZ. Der 43-jährige Neonazi teilte mit, dass sein Restaurant kein Treffpunkt der rechten Szene werden solle. Die »Mallorca Zeitung« zitiert Apfel, der mit 18 Jahren in die NPD-Jugendorganisation JN eintrat, mit den Worten: »Hier wird nicht politisiert, hier ist jeder willkommen, auch Linke oder Menschen anderer Nationalitäten«. Völlig fremd wird er sich dennoch nicht fühlen. Mallorca ist auch bei vielen Rechten ein beliebtes Urlaubsziel. »Hier fühlen solche Leute sich heimisch, hier ist alles deutsch«, weiß er mitzuteilen. Rassismus ist auf der Insel keine Seltenheit. In der Vergangenheit kam es zu Hetzkampagnen und Übergriffen gegen migrantische Straßenhändler (s. drr Nr. 143).

Parlamentswahlen in Schweden

Mit der Parlamentswahl am 14. September 2014 wurde die rechtspopulistische Partei »Sverigedemokraterna« zur drittstärksten Partei im schwedischen Parlament.

von Anne Jessen



»Gestern stimmten 781.120 Schweden für die«, so die Schlagzeile auf dem schwarz eingefärbten Titelblatt der Tageszeitung »Expressen«, danach folgte die Abbildung einer blauen schwedischen Blume, dem Logo der »Sverigedemokraterna« (»Schwedendemokraten«, SD).
781.120 Stimmen entsprechen 12,9 Prozent, womit die Partei die drittstärkste nach den »Socialdemokraterna« (»Sozialdemokraten«, S) mit 31,2 Prozent und der bürgerlichen Partei »Moderaterna«, (»Die Moderaten«, M) mit 23,2 Prozent, die unter Staatsminister Fredrik Reinfeldt die bisherige Regierungsmacht innehatte, wurde.
Mit diesem Wahlergebnis konnten die »Sverigedemokraterna« ihren Stimmenanteil im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2010 mehr als verdoppeln (2010: 5,7 Prozent, s. drr Nr. 127) und zogen zum dritten Mal in Folge in den »Riksdag« ein.
Für die Zeitung und viele andere gelten die »Schwedendemokraten« immer noch als eine rassistische, stark ausländerfeindliche Partei, obwohl sie die offen rassistische und rechtsradikale Rhetorik seriös verpackt, und Jimmi Åkesson, der seit 2005 Parteivorsitzender ist, die extremsten Mitglieder aus der Partei warf. Die Partei, die 1988 aus den Resten mehrerer neonazistischer Gruppierungen gegründet wurde, arbeitet seit Jahren an einer Strategie, die jener der rechtspopulistischen »Dansk Folkeparti« (»Dänischen Volkspartei«, DF) sehr ähnelt. Die »Dansk Folkeparti« gilt als ihr politisches Vorbild.
Die Wahlthemen der »Sverigedemokraterna« lagen schwerpunktmäßig auf der starken Begrenzung der Einwanderung nach Schweden und der Abschaffung der multikulturellen Gesellschaft. Laut den »Schwedendemokraten« sollen ImmigrantInnen sich der schwedischen Lebensweise anpassen. Viele Vorschläge zu Flüchtlingsfragen entliehen die SD der dänischen Flüchtlingspolitik.
Das zweite zentrale Thema ist die EU. Die SD ist eine EU-kritische Partei, die es am liebsten sähe, wenn Schweden aus der EU austreten würde (s. drr Nr. 147). Bei den EU-Wahlen im Mai erhielt sie 9,7 Prozent der Stimmen und zwei Plätze im EU-Parlament.
Obwohl die Partei nun die drittstärkste Partei in Schweden ist, wird es für sie schwer parlamentarischen Einfluss zu üben. Sämtliche Parteien im »Riksdag« lehnen es ab, mit ihr zusammenzuarbeiten.
In der Wahlnacht opferte Reinfeldt seine Regierungsallianz der Frage der Zusammenarbeit mit den »Schwedendemokraten« und überließ wie versprochen dem Sozialdemokraten Stefan Löfven die Regierungsmacht. Dieser wiederum setzte ein klares Zeichen: Die Hälfte der 24 MinisterInnen in der neuen rot-grünen Regierung sind Frauen und das Integrationsministerium ist abgeschafft worden.
Welche Rolle werden die »Schwedendemokraten« spielen können? Diese Frage wird in Schweden heftig diskutiert. Im Parlament werden sie ignoriert und isoliert. Dies hängt deutlich mit ihrem neonazistischen Ursprung zusammen – im Gegensatz zu Norwegen und Dänemark, wo die rechtspopulistische »Fremskrittspartiet« und die »Dansk Folkeparti« trotz ihrer fremdenfeindlichen Politik keine neonazistischen Wurzeln haben. Diese beiden Parteien haben einen großen parlamentarischen Einfluss.
Mit der Wahl 2014 haben 781.120 Schweden und Schwedinnen ein Signal gesetzt, dass sie ihre Interessen von der SD vertreten sehen, RassistInnen oder Neonazis sind sie deshalb nicht. Daher ist es von großer Bedeutung, dass die Ursachen für den Zuwachs in der Öffentlichkeit diskutiert werden.
In der dänischen Tageszeitung »Information« erklärt Jimmy Ståhl, ein Hafenarbeiter, der früher aktiv in der Gewerkschaft war, seine Mitgliedschaft bei den »Schwedendemokraten« so: »Die Probleme, auf die die Partei zeigt, können nicht einfach als rassistisch verurteilt werden. Eigentlich meine ich, dass die Parteien, die die Wohlfahrt beschneiden, den Rassismus befördern. Reinfeldt hat den bürgerlichen Arbeiter mit Steuererleichterungen hinters Licht geführt. Es sind ja die mit den niedrigsten Löhnen, die am wenigsten davon profitiert haben – dagegen bekommen sie die schlechteste Wohlfahrt.« Er ist davon überzeugt, dass die Partei breiter akzeptiert werden wird.
Die Botschaften der »Sverigedemokraterna« werden durch andere Kanäle wie zum Beispiel soziale Medien verbreitet. Es sind Botschaften wie Jimmy Ståhl sie formuliert hat. Das schwedische Establishment ist der Meinung, dass der Erfolg der SD darauf beruht, dass die Arbeiterklasse intoleranter geworden ist. Das etablierte Schweden »versteht nicht, dass es um einen sozio-ökonomischen Konflikt geht. Um verschiedene Gruppen, die um weniger Ressourcen kämpfen«, sagt Dan Andersson, ehemaliger Chefökonom des schwedischen Gewerkschaftsbundes. »Der Zulauf zu den Schwedendemokraten ist Resultat der Verringerungen in der Wohlfahrt und den Sozialleistungen, die in den letzten acht Jahren unter Reinfeldt aggressiv zugenommen haben«, meint Andersson.
Eine Strategie des Ignorierens kann nur Erfolg haben, wenn das gesellschaftliche Establishment und besonders die Sozialdemokraten, die in Skandinavien historisch immer stark waren, die sozio-ökonomischen Ursachen und Probleme erkennen, diskutieren und Lösungen formulieren, die eine ökonomische Umverteilung der gesellschaftlichen Werte mit einbeziehen. Darauf warten wir noch. Bis jetzt sind es die Rechtsnationalisten, die mit ihren Lösungen Erfolg haben.
In Schweden und in anderen Teilen Europas.

Eine Einführung

von Benjamin Mayer

In der Tat ist »Rechtsextremismus« eine »never ending story«, wie es im Vorwort des Buches »Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze« von Samuel Salzborn heißt. Salzborn ist Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen und seit vielen Jahren im Themengebiet wissenschaftlich und publizistisch tätig. Bei seiner kleinen Einführung handelt es sich um ein »Lehrbuch«, das sich vor allem an Studierende richtet. Salzborn hat sich zum Ziel gesetzt, die »Kontroversität und Pluralität der Rechtsextremismusforschung« abzubilden und führt in den vier Hauptkapiteln (»Was ist Rechtsextremismus?«, »Erscheinungsformen«, »Erklärungsansätze«, »Präventions- und Interventionsmöglichkeiten«) grob durch die größeren wissenschaftlichen Kontroversen der jeweiligen Themengebiete. Beendet werden die jeweiligen Kapitel mit weiterführenden Diskussionsfragen, welche die Ausrichtung als Lehrbuch deutlich machen. Hinzu kommt eine meist kurze Literaturliste mit weiterführenden Publikationen zu den zuvor zusammengefassten Kontroversen, die allerdings etwas ausführlicher sein könnte und teils wichtige Werke vermissen lässt, die dann erst in der vollständigen Literaturliste zu finden sind.

Insgesamt ist das kleine Bändchen ein guter, aber mit insgesamt 150 Seiten doch sehr kurzer Überblick über die großen Themenfelder des »Rechtsextremismus«. Es ist eben keine ausführliche Einführung in Geschichte und Gegenwart des Themas sondern eher ein Überblick über die Beschäftigung mit der Thematik aus wissenschaftlicher Perspektive. Daher dürfte der Gebrauchswert für unterschiedliche LeserInnen-Gruppen auch deutlich auseinandergehen: Gerade für erfahrenere LeserInnen bietet sich das Buch als ein gutes Nachschlagewerk an, wenn man zielgerichtet Literatur zu einem Themengebiet sucht und zu bereits bekannten Debatten nachrecherchieren möchte. Dafür erscheinen die Kapitel und die Ausführungen immer etwas zu kurz, um tiefer in die Materie einzusteigen. Das ist wohl aber auch nicht das Anliegen des Autors. Für eine erste Beschäftigung hingegen kann das Buch eher als eine strukturierende Hilfe verstanden werden, die zur näheren Auseinandersetzung anleitet und diese systematisiert. Das allerdings mit wichtigen und kritischen Einschätzungen zu den kontroversen Debatten innerhalb der Sozialwissenschaften.

Samuel Salzborn: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden: Nomos/UTB, 2014, 149 Seiten, 17,99 Euro.

Faschismustheorien

von Gerd Wiegel

Die Diskussion um den Faschismusbegriff hat in Deutschland einen schweren Stand. Der Begriff gilt noch immer als ideologisch belastet und die Debatten der 1960er und ´70er Jahre haben Spuren hinterlassen, die viele jüngere WissenschaftlerInnen davor zurückschrecken lassen, diesen Fährten zu folgen.

Der im Februar 2014 verstorbene Marburger Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl hatte für die marxistisch orientierte Faschismusforschung eine herausragende Bedeutung. Neben seinen Klassikern »Formen bürgerlicher Herrschaft« und »Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten« war es vor allem das jetzt vom Distel Verlag neu aufgelegte Buch »Faschismustheorien«, das seine Bedeutung begründete. Erstveröffentlicht 1979 bietet der Band eine kommentierte Übersicht der theoretischen Hauptströmungen der Interpretationen zum Faschismus, wie sie sich seit den 1920er Jahren herausgebildet haben.

Kühnl nahm sowohl die verschiedenen Ausprägungen bürgerlicher und konservativer Herleitungen des Faschismus in den Blick, als auch die marxistisch geprägte Diskussion. Dabei ging es ihm keineswegs darum, einen bestimmten Ansatz als alleinigen Schlüssel zu einer Theorie des Faschismus herauszuarbeiten. Wiewohl er ein Vertreter des bündnistheoretischen Ansatzes war, ging es Kühnl in dem Band neben der Auseinandersetzung mit affirmativen und reaktionären Theorieansätzen (Führertheorie, Totalitarismustheorie und andere) um die theoretische Erweiterung marxistischer Interpretationen. Sozialpsychologische Ansätze und Arbeiten zur Massenbasis des Faschismus interessierten ihn besonders. Die erneute Lektüre seiner Texte zeigt, dass es Kühnl unter marxistischen Vorzeichen um eine Erweiterung des erstarrten Faschismusverständnisses ging, wie es im Anschluss an Georgi Dimitrow in den realsozialistischen Staaten vorherrschend war. Mit seinem Ansatz der Faschismusdeutung betonte Kühnl die objektiv herrschaftsstabilisierende Funktion des Faschismus in der Krise bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften nach dem Ersten Weltkrieg. Der Faschismus wurde von ihm jedoch gerade nicht als Marionette der herrschenden Klasse verharmlost. Kühnl arbeitete die eigenständige Rolle des Faschismus heraus.

Die Neuauflage ermöglicht einen Einblick in die damaligen produktiven Faschismusdiskussionen und ist als Hintergrund heutiger Debatten, wie sie im angelsächsischen Raum geführt werden, äußerst instruktiv.

Reinhard Kühnl: Faschismustheorien. Ein Leitfaden. Heilbronn: Distel Verlag, 2014, 371 Seiten, 18,- Euro.

Rechte »Lebensschützer«

von Paul Wellsow

5.000 Menschen nahmen am 20. September 2014 in Berlin am »Marsch für das Leben« teil – radikale AbtreibungsgegnerInnen, christliche FundamentalistInnen und Homosexuellen-HasserInnen. Unter den UnterstützerInnen finden sich auch die »Zivile Koalition« der Europaabgeordneten der »Alternative für Deutschland« (AfD) Beatrix von Storch, und die »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« des »Junge Freiheit«-Chefs Dieter Stein. Das Spektrum reicht von der extremen Rechten über Mitglieder evangelikaler und reaktionärer katholischer Gruppen bis ins Milieu von CDU/CSU. Über diese Bewegung, ihr Netzwerk und ihre politischen Vorstellungen haben Eike Sanders, Ulli Jentsch und Felix Hansen vom »antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum« (apabiz) ein fundiertes Buch vorgelegt.

Die »Lebensschützer« treten für das radikale Verbot von Abtreibungen ein. Ihre Ideologie »entspringt einem konservativen bis extrem rechten Weltbild«, einem fundamentalistisch interpretierten Christentum und ist »eng verknüpft mit einem Kampf gegen den Feminismus und gegen die sexuelle Selbstbestimmung«, schreiben die AutorInnen. Feminismus, Marxismus und die moderne Gesellschaft sind ihr Feindbild. Sie fühlen sich umstellt von »Homo Lobby«, »politischer Korrektheit«, »Abtreibungs-Industrie« und »´68ern«. Die Kritik an den heutigen Regelungen von Schwangerschaftsabbrüchen ist für sie Vehikel für ihre anti-moderne und anti-egalitäre Weltanschauung.

Ein Sprachrohr hat die Bewegung, die sich medial vor allem auf eigene Websites, Zeitschriften und Kleinverlage stützt, in der AfD gefunden. Wer es wagt, die »Lebensschützer« öffentlich zu kritisieren, wird auf deren Websites diffamiert und von den AnhängerInnen oft mit einem Shit-Storm beleidigender E-Mails überzogen.

Das Buch basiert auf einer Auswertung gedruckten und digitalen Materials der Bewegung. Zu Anfang unternehmen die AutorInnen einen detaillierten Fakten-Check. Sie unterziehen die Behauptungen, die Begriffe und Argumentationen der »Lebensschützer« einer kritischen Überprüfung. Die moralisierende Argumentation der Bewegung reicht bis zur Gleichsetzung von Abtreibung mit dem Holocaust (»Babycaust«). Blicke in die Geschichte der Bewegung und auf ihre Aktionsformen schließen sich an. Abschließend bietet das Buch eine Übersicht wichtiger Organisationen der »Lebensschützer«.

Eike Sanders / Ulli Jentsch / Felix Hansen: Deutschland treibt sich ab. Organisierter »Lebensschutz«, christlicher Fundamentalismus und Antifeminismus. Münster: Unrast Verlag, 2014, 98 Seiten, 7,80 Euro.



Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ Email-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter.
Wir verschicken frühzeitig eine Email als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige Email-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der Email-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen.
Bildung & Publizistik - Sparkasse Hannover, Konto: 910222045, BLZ: 25050180

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name _____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. Email-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

drr-Archiv (Seite 19)
Getty Images (Seite 6)
Mark Mühlhaus (Seiten 1, 3, 10-11, 13, 14, 17, 20, 21, 22-23, 24, 26, 27, 29, 30)
Nele Bendgens (Seite 32)
Roland Geisheimer (Seiten 4, 5, 9,
Sascha Rheker (Seite 28)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.